

DER EISENBAHNER

Zentralorgan

des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien, V/1, Bentagasse Nr. 5.
Redaktionschluss vier Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden
Jeden Tag mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:
Die zweimal geschnittene Nonpareilzeile oder deren Raum 40 Heller.
Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:
Halbjährig Kr. 2.88
Ganzjährig „ 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährig M. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährig 9 Franken.

Wahlspruch:
Was wir begehren von der Zukunft fern:
Dass Brot und Arbeit uns genügt leben,
Dass unsere Kinder in der Schule lernen
Und unsere Greise nicht mehr betteln gehen.
G. Serwayd.

Telephon Nr. 2325.
Erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Vom milden und vom strengen Rechte.

Gesetzt den Fall, es würde sich ereignen, daß eine der ehrsamten Pölschergarden, die in den Wiener Vorstädten ihr beschauliches Dasein führen, in nicht öffentlicher Sitzung den Beschluß faßte, einen Einbruch zu verüben, von dessen programmäßigem Stattfinden die Öffentlichkeit im Wege des Nachrichtenendienstes rechtzeitig verständigt würde.

Ein solcher Zustand, wo etwa ein Mord, ein Einbruch oder eine Brandstiftung 24 Stunden vorher, wie eine Versammlung oder ein öffentlicher Aufzug, der Polizei angezeigt werden müßte, wäre einfach ideal. Der recherchierenden Staatsgewalt würde manche Arbeit erspart und die Mörgler, die an der Zindigkeit unserer Polizei immer etwas auszusetzen haben, müßten verstummen, wenn diese so in die angenehme Lage käme, die Herren Gesetzesübertreter in flagranti, bei frischer Tat festzunehmen.

Aber so weit sind wir leider noch nicht. Nur in den letzten Tagen ist dazu ein bescheidener Anfang gemacht worden. In den Abendblättern der Tagespresse konnte man nämlich eines Tages die Mitteilung lesen, daß zwei Leute beschlossen haben, am folgenden Morgen ein Verbrechen zu begehen, welches nach dem österreichischen Strafgesetze mit Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr bestraft wird. Am darauffolgenden Tage wurde, damit die Polizei genau am Laufenden erhalten und über die einzelnen Phasen der Vorbereitung des Verbrechens unterrichtet bleibt, an die Mittagsblätter gemeldet, daß das Verbrechen erst nachmittags in einem Walde bei Hütteldorf ausgeführt werden soll. Und also geschah es auch ganz programmäßig.

Und das eben ist das Wunderbare. Das mystische Rätsel polizeilicher Weisheit und Fürsorge steht in seiner gewaltigen Größe vor dem naiven Staatsbürgerverständnis. Denn man durfte mit Recht erwarten, daß die Polizei von dem lebenswürdigen Entgegenkommen der Herren Gesetzesübertreter den entsprechenden Gebrauch macht und das Verbrechen verhindert oder doch die Herren im Hütteldorfer Walde bei Begehung der strafbaren Tat festnimmt.

Aber die Polizei quittierte das Entgegenkommen der Herren Malik und v. Hollsberg — denn um ihr Duell handelt es sich — mit gleicher Liebesswürdigkeit und stürzte das „Verbrechen des Zweikampfes“ nicht durch ihr Dazukommen. Das war sehr höflich und es zeigt, daß die Polizei unter der rauhen Hülle, die man sonst bei Arbeiterdemonstrationen kennen gelernt hat, Takt und Höflichkeit zu bewahren versteht.

Aber nicht immer wird die Polizei von so menschenfreundlichen und humanen Gefühlen geleitet. Um zu begreifen, daß das Recht auch anders gehandhabt werden kann, braucht man sich zum Beispiel bloß die Vorgänge anzusehen, wie sie sich in den Tagen der Dischlerausperrung in Wien fast alltäglich abspielen. Nicht bloß gewöhnliche Arbeiter, sondern immune Abgeordnete werden verhaftet, weil sie der Polizei, die bei einem Streik wie immer ausmarschiert, im Wege sind. Der Einsiedlerplatz, auf dem sich die Hofschlerer Müller befindet, und alle dort befindlichen Straßen gleichen in den letzten Tagen einem Heerlager. Eine polizeiliche Macht zu Pferde und zu Fuß ist konsigniert, als gälte es den Einmarsch serbischer Banden abzuwehren. In den Abendstunden kann man es erleben, daß der Verkehr der Straßenbahn in der Arbeitergasse behindert ist, weil nach Hause gehende „Arbeitswillige“ von Wachleuten durch eine ruhig

demonstrierende Menge begleitet und bis zu ihren entfernt liegenden Wohnungen von den Wachorganen geführt werden.

Solche und ähnliche Vorfälle, die wir ja bekanntlich noch bei jedem Ausstand erleben, wiederholen sich immer wieder. Sie gehören zur Einrichtung der bürgerlichen Gesellschaft. Man könnte einwenden, daß die Staatsgewalt öffentliche Interessen zu schützen hat, für die sie ja eigentlich da ist. Aber welches öffentliche Interesse ist gefährdet, wenn der Unternehmer X oder Y mit seinen Arbeitern einen privaten Konflikt austragen hat? Nehmen wir das Schlimmste von den Möglichkeiten in einem solchen Falle, der „Arbeitswillige“ sei wirklich in Gefahr, von den Streikenden oder Ausgesperrten verhaßt zu werden. Und nehmen wir weiters den Fall an, dieselbe Gefahr bestünde bei einem anderen Menschen, der zufällig kein Streikbrecher ist, und er wendet sich an den Staat mit dem Begehren, es mögen Straßen und Wege, in denen er verkehrt, zu seinem Schutze bewacht werden. Im entgegenkommendsten Falle wird die Polizei die „Anzeige zur Kenntnis nehmen“, sonst aber müsse der Anzeiger schon warten, bis ein „strafbarer Tatbestand gegeben ist“, der ein „Einschreiten hieramts ermöglicht“. Was aber für den gewöhnlichen Menschen gilt, das müßte folgerichtig und nach Gesetz auch für den „Arbeitswilligen“ gelten, der seine hochachtbare Person gefährdet sieht, um so mehr, da er in der Lage ist, die Gefahr abzuwenden, indem er sich zum sittlichen Prinzip des solidarischen Handelns bekennt.

Aber immerhin ist es auch so gut. Und es schadet nichts, daß auch die bürgerlichen Demagogen, die sich anschicken, Arbeiterorganisationen zu spielen, bei einer jeden solchen Gelegenheit mit der Anwerbung von „Arbeitswilligen“ zur Hand sind. Deutsch-nationale und Christlichsoziale, die, wie die Tatsachen immer wieder beweisen, die Staatsgewalt unterstützen und dem bedrohten Unternehmer rettend zur Seite stehen, helfen hier nur diesen Anschauungsunterricht fördern. In einer Zeit, wo man der Arbeiterschaft so oft und gerne einreden möchte, daß das Prinzip des Klassenkampfes aus der Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet werden müsse, wirken solche Tatsachen belehrender und aufklärender als jede theoretische Auseinandersetzung. An dem Leibe des einzelnen mögen solche Dinge oft hart empfunden werden, für uns als kämpfende Klasse kann solcher praktischer Anschauungsunterricht nur als treibende Kraft wirken, durch die sich die marxistische Prophezeiung erfüllt, daß der moderne Klassenstaat an sich selbst zum eigenen Totengraber wird!

Der Bureaukratismus im Eisenbahnwesen.

Wer die verschiedenartigen Institutionen unseres engeren Vaterlandes, wie die gesamte Staatsverwaltung überhaupt kennt, für den unterliegt es keinem Zweifel, daß wir das Land des Bureaukratismus par excellence sind. Die Stubenweisheit verändelter Bureaukraten, die mit ihrer ledernen Verständnislosigkeit dem flutenden Leben mit seinen fortwährend neuen Anforderungen gegenüberstehen, blickt hierzulande auf ein altertümliches Alter zurück, das heute noch auf so ziemlich allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich sein Ansehen und seine Würde bewahrt hat. Seit den Tagen des Vormärzes ist trotz des modernen Anstriches, den unser gesamtes Staats- und Verwaltungswesen erhalten hat, der Geist noch in vielfacher Hinsicht so ziemlich derselbe geblieben, der in un-

serem staatlichem Leben herrscht. Daß darin nicht bloß ein ganz gewaltiges Hindernis für jedes Fortwärtsschreiten und für jede freiheitliche Ausgestaltung gelegen ist, sondern daß dieser verhängnisvolle Umstand zuweilen unser gesamtes Verwaltungswesen direkt der Lächerlichkeit preisgibt, bewies ein grotesker Fall, in welchem ein Wiener Steueramt einen Gymnasialprofessor, der ein Buch herausgegeben hatte, aufforderte, sein Einkommen „aus der von ihm betriebenen Schriftstellerei“ bezuflüssigen. Das ist so recht ein Illustrationsfaktum, das für das Wesen unseres geheiligten Bureaukratismus Bände spricht.

Auf keinem Gebiet treten jedoch die mannigfachen Schäden, die der Bureaukratismus verursacht, so grell und auffallend zutage, wie im modernen Verkehrsleben. Schon die ganze Natur und Eigenart dieses Zweiges unseres Wirtschafts- und Kulturlebens bildet einen ganz natürlichen Gegensatz zu der starren, jeder Neuerung abholden Begriffswelt des bürokratischen Bspiegels, der sich aus Formeln und Paragraphen sein eigenes, streng umschlossenes Reich gebaut hat. Der Bureaukratismus, wie er heute sich in unserem Eisenbahnwesen sowohl zum Nachteil des großen Publikums, wie insbesondere aber zum Schaden der Bediensteten eingegraben hat, besitzt mannigfache Ursachen, die alle bloßzulegen, seine Naturgeschichte schreiben hieße. Wer diese Ursachen aber auch nur einigermaßen kennt, der wird begreifen, wie schwer es ist, diesem schwerfälligen Ungeheuer erfolgreich an den Leib zu rücken. Gerade deshalb wurde auch die von uns bereits registrierte Erklärung des Ministerpräsidenten, in Zukunft dem Bureaukratismus in der Eisenbahnverwaltung ein wenig Bügel anzulegen, allseits als ein erfreuliches Zeichen der Erkenntnis begrüßt, die sich nunmehr auch schon in den maßgebenden Regierungskreisen Bahn gebrochen hat.

Daß freilich der Kampf dagegen nicht so leicht zu führen sein wird, das läßt sich heute schon voraussagen, wenn man bedenkt, daß ganz abgesehen von dem traditionellen Recht, das sich den Kopf erworben hat, mächtige Faktoren in den obersten Verwaltungsstellen unserer Eisenbahnen ein ganz eminentes Interesse an dem Fortbestand dieser ehrwürdigen Einrichtung haben. Da ist zunächst das Eindringen der Juristen in den Bahndienst, das schon wiederholt und mit Recht Gegenstand der Kritik in den verschiedenen Fachzeitschriften gewesen ist. Wer die Zusammenfassung des Personals in den verschiedenen Verwaltungsstellen auch nur einigermaßen kennt, der weiß, wie heute alle Plätze mit dem juristischen Element versorgt werden, das im Bahndienst seine einzige Zufluchtsstätte gefunden hat. Dieser Umstand resultiert zunächst daraus, daß heute nachweisbar auf dem Gebiete des Rechtsstudiums eine Überproduktion an Kräften herrscht, die vergeblich innerhalb ihrer ihnen auf Grund ihres Studiums zugewiesenen Wirkungssphäre eine wirtschaftliche Selbständigkeit anstreben. Dazu kommt, daß hochmögliche Gönner, Freunde, Bekannte und Verwandte in den maßgebenden Verwaltungsstellen unserer Eisenbahnen alle Hebel in Bewegung setzen, um die auf die eben geschilderte Art schiffbrüchig gewordenen Existenzen im Bahndienst unterzubringen, um sie auf diese Weise zu verjagen und ihnen die Möglichkeit eines schnelleren Avancements zu bieten. Eine regelrechte Protektions- und Bettendynastie ist daher auf diese Art zu der mächtigsten Stütze des juristischen Elements im Eisenbahndienst geworden. Merkwürdigerweise erscheint nun das Eindringen der Juristen in Berufe, die ihnen infolge ihrer Vorbildung fremd sein müssen, schon ziemlich alt zu sein; schon Martin Luther erklärte nämlich in seiner derb-brasilianischen Art, daß das Fuß, so lange es sich in der ihm zugewiesenen Sphäre begnüge, einer edlen Jungfrau gleichzuhalten sei, das aber zur Eile werde, die zu anderen ins Bett steigt, wenn es sich auf Gebiete verirre, auf denen es nichts zu suchen hat.

Für jedermann ist es klar, daß im gewöhnlichen Leben die Regel gilt, daß man an die Spitze eines kaufmännischen Unternehmens Kaufleute, an die Spitze eines technischen Berufes eben folgerichtig Techniker stellt. Nur dann, wenn in jedem Fall der richtige Mann am richtigen Platz steht und seine beruflichen Qualifikationen die Voraussetzung für das Gelingen, was er zu leisten hat, ist ein wirtschaftliches Gedeihen des Unternehmens möglich.

Bei dem Überwuchern des juristischen Elements,

wie es in unserer heutigen Eisenbahnverwaltung an der Tagesordnung ist, wird daher mancher finanzielle Mißerfolg erklärlich, mit denen gerade unsere Staatsbahnen so reichlich heimgesucht werden. Die Bureaucratie, die unausgesetzt am grünen Tisch „reformiert“, zeigt aber auch in einer anderen Hinsicht ihre unheilvollen Spuren, die am allerdeutlichsten für das angestellte Personal sichtbar werden. Ballen von Papier und Klübel von Tinte werden in den Bureaus unserer Staatsbahnen verschrieben, um die dienstlichen Angelegenheiten zu regeln und notwendige Reformen durchzuführen. Ja, wenn es nur darauf ankäme! Dann hätten wir in der Tat eine so mustergiltige Eisenbahnverwaltung, die allen anderen Staaten als leuchtendes Vorbild dienen müßte. Es gibt nichts, was man bei uns nicht auf dem recht einfachen Weg der Erlasse und Verordnungen zu regeln versucht hätte. Mit der gleichen Beharrlichkeit begehen die diversen Eisenbahnkörpern den sich mehrenden Betriebsunfällen, gleichwie der Tuberkulose mit dem Universalmittel des Erlasses und der Unzufriedenheit unter dem Personal wird ebenso wie dem Kranksein mit einem hochwohlweisen Zirkular vorzubeugen gesucht, so daß man zu der Annahme verleitet wird, es gehe hier prinzipiell und nach dem bewährten Grundsatz *ut aliquit fiat* — damit eben nur etwas geschehe.

Unseres Erachtens liegt aber das Unglück wirklich vielmehr darin, daß es sich hier keineswegs immer um das Nichtverstehenwollen, sondern ziemlich oft vielmehr um den Mangel eines wirklichen modernen Verständnisses handelt. Die Eisenbahn ist eines der wichtigsten Instrumente der Volkswirtschaft, so daß die Betätigung auf diesem Gebiet ein ganz besonderes sozialpolitisches Verständnis und soziale Einsicht überhaupt voraussetzt. Das aber sind Attribute, die gerade, wie von hervorragenden Juristen in neuerer Zeit selbst zugestanden wird, unseren Berufsjuristen in ganz hervorragendem Maße mangeln. In der historischen Weisheit vergangener Tage lebend, stehen die dem praktischen Leben mit seinen vielseitigen Anforderungen ent-rückten Paragraphenmenschen, vor allem anderen den Forderungen des Personals fremd und indifferent gegenüber und wohnen dort, wo unerfüllte Notwendigkeiten Uebelstände in ungemeßener Zahl zeitigen, die Quelle alles Unheils mit ein paar Federstrichen und schlecht stilisierten Sätzen zu verschöpsen. Woran unter solchen Umständen unsere Eisenbahnverwaltung krankt, ist ein Ueberfluß an papierernen Vorschriften und Erlässen, mit denen man die Bediensteten überflüssigerweise quält und ein viel zu wenig an wirklichen von sozialer Einsicht zeugenden Taten. Hier einmal die Herrschaft des Pappes zu brechen und die Bahn freizumachen für Leute, die die Praxis des Eisenbahndienstes, die Mängel unseres Verkehrs und die Leiden und Bedürfnisse der Bediensteten verstehen gelernt haben, wäre eine Tat, die eine zukünftige Besserung verspräche. Aber auch diese Arbeit wird nur bewältigt werden können, wenn die Bediensteten einträchtig zusammenstehen, um allezeit gewappnet zu sein!

Der Verfall des bürgerlichen Freisinns.

Vom Landtagsabgeordneten Robert Preußler.

Der bürgerliche Freisinn ist von einer unheilbaren Krankheit befallen, er leidet an einer Austrocknung seiner Grundsätze und geht wie der Rückenmarkschwindlichtige dem sicheren Verfall entgegen.

Schon fikt der Wurm des Klerikalismus tief in seinem Markte und zehrt ihm die letzten Säfte aus den Knochen und in nicht allzuferner Zeit wird es nur noch zwei konsequente Richtungen geben: die Klerikal-agrarisch-künstlerische Reaktion und die unaufhaltsam vorwärts-

dringende Sozialdemokratie. Dieser Fäulnis- und Umwandlungsprozeß atmet jedoch so viele giftige und anstehende Keime aus, daß keine gesunde Menschengemeinschaft achtlos an ihm vorübergehen darf, denn gerade der Todesstampf des angestrichenen Freisinns birgt für die gesunde Menschheit eine Unzahl von Gefahren, von denen auch die Arbeiter nicht unberührt bleiben. Der bürgerliche Freisinn wurde durch Privilegien in den einzelnen Vertretungskörpern dem Volksganzen vollständig entfremdet und seine Geschichte ist eine ununterbrochene Reihe von Kriecherei nach oben und eine geradezu bis zur Gefährlichkeit gehender Indifferentismus nach unten.

Schon innerhalb des Privilegienwahlrechtes starb der Liberalismus, weil er dem kleinen Zünftguldennmann nichts zu geben vermochte, den Arbeitern blieb er vollständig fremd und die Arbeiterbewegung konnte sich, unberührt und ungehindert durch die liberale Bourgeoisie entwickeln. Alle Kulturaufgaben des Bürgerstaates blieben in Halbheiten und in Kompromissen mit der Reaktion stecken, das liberale Bürgertum hatte nicht einmal die Fähigkeit, die Umwandlung in einen Industriestaat konsequent durchzuführen, von einem konsequenten Fortschritt unserer geistigen Kultur, von der allmählichen Verwirklichung der bürgerlichen Demokratie und einer ersten Lösung des nationalen Problems war keine Rede. Die freisinnigen Nachfolger des Liberalismus fanden bereits eine rüde christlichsoziale Demagogie vor. Sie versuchten nun dieser Demagogie den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie in eine ebenso lächerliche zünftlerische Demagogie verfielen, um sich den kleinen Zünftguldennmann in den Städten und Industrieorten zu erhalten.

Mit den Arbeitern suchte die christlichsoziale und freisinnige Demagogie erst Fühlung, als die Sozialdemokratie ihr das Zünftguldennrecht erobert hatte. Wie schlecht ihre Geschäfte in dieser Richtung ausfielen, bewies die Beschimpfung der Wiener Arbeitererschaft durch Lueger. Die nationale Demagogie brachte es ebenfalls nur zu vorübergehenden Erfolgen, weshalb sie bis auf den auf die Unterstützung der Fabrikanten angewiesenen Schimpfbold Stein das Handwerk des Arbeiterfanges wieder aufgab. Die große Wahlrechtsbewegung und die passive Resistenz der Eisenbahner zeigte die christlichsozialen und nationalen Arbeiterorganisationen in ihrer ganzen Nichtigkeit. Als jedoch das gleiche Wahlrecht errungen und in der ersten Wahlschlacht die Sozialdemokratie so überraschende Siege errang, daß sie als stärkste Partei ins Parlament einzog, da wurde der bürgerliche Freisinn von den ersten Todesahnungen befallen und ging in seiner Angst und Ratlosigkeit den christlichsozialen ins Garn. Geymann, dieser aus dem Nichts geborene Emporkömmling, dem die Krankheit Luegers die politische Führung in die Hände gespielt hatte, träumte von einer christlichsozialen Reichsmacht.

Die Wahlen hatten auch ihn enttäuscht, er mußte, um an die Macht zu gelangen, die Vereinigung mit den Klerikalen in der Provinz durchführen und benützte die Angst des Freisinns, denselben unter sein Kommando zu rufen unter der Parole: Koalition der staatserkhaltenden Parteien zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Nun begann in- und außerhalb des Parlaments ein wildes Treiben. Der in die Laube gegangene Freisinn, der jahrzehntelang die wirklichen Interessen der Industrie vernachlässigt hatte, wurde nun auf einmal zum glühendsten Anwalt und Eiferer für die Schachsmacher. Dabei benützte er die chauvinistische Hege in Krain und in Böhmen zur Verdächtigung der Sozialdemokratie, mit der er unter den indifferenten Arbeitern Anhang zu gewinnen hoffte. Mit Hilfe der Unternehmer wurde jeder Lohnkonflikt zur Gründung von gelben Streikbrechervereinen benützt, die Presse war voll von Schimpfartikeln über den roten Terrorismus, man wollte die Arbeiter im Sturm er-

obren, gründete wieder sogenannte nationale Arbeiterblätter, sandte einen Stab von Streibern und Wichtigtuern in alle Richtungen des Reiches, um der Sozialdemokratie den Boden abzugraben und wies nach kurzer Zeit 150.000 angeblich organisierte nationale Arbeiter aus. Es soll durchaus nicht gesagt werden, daß dieses Treiben den Arbeitern nicht vorübergehend Schaden zufügt. Der Prozenttag der unorganisierten Arbeiter und die Machtmittel der Unternehmer sind zu groß, als daß eine Gegenagitation nicht momentan Störungen verursachen würde, auf die Dauer vermag man jedoch durch solchen Schwindel der geschulten sozialdemokratischen Arbeitererschaft keinen Nachteil zuzufügen sondern verboppelt nur ihre Widerstandskraft. Die Unternehmer, die sich in allen Berufen im ersten Feuer organisatorischer Stöckkraft befinden, schlagen der Arbeitererschaft durch ihre Aussperrungswut, durch ihre schwarzen Listen und Streikbrecherorganisation hie und da tiefe Wunden. In der Zeit der Krise muß die Stöckkraft der Verteidigung seitens der Arbeiter zurückgehalten werden, was selbstverständlich auch den bürgerlichen Streikbrecherparteien zugute kommt.

Trotz alledem zeigen sich heute schon die verhängnisvollen Folgen der klerikal-freisinnigen Paarung für den Freisinn in so auffallender Weise, daß der sichere Untergang schon in die Erscheinung tritt.

Die starke Note, die dem Freisinn noch zur Verfügung stand, war der Nationalismus. Seitdem jedoch die christlichsozialen auch diese nationale Demagogie in ihr Programm genommen haben, tritt der Unterschied zwischen dem klerikalen und freisinnigen Bürgertum immer mehr zurück, die Wähler werden verwirrt und schließen sich der stärkeren christlichsozialen Richtung an, vom der sie mehr praktischen Erfolg erwarten als von den schwachen und in viele kleine Parteien zersplitterten bürgerlichen Freisinn. Dabei veräumen es die christlichsozialen nicht, ihren lieben schneefreisinnigen Freunden den Boden auf das intensivste abzugraben und den Wählern zu erklären: „Da seht ihn nur an, den elenden Scheinfreisinn, wie lange wird er denn noch vegetieren?“ Immer mehr verschwindet die bürgerliche Demagogie zu einem breiten, unterschiedslosen Brei unter christlichsozialer Flagge, der bürgerliche Freisinn in den Alpenländern getraut sich nicht mehr den Gegenlag zum Klerikalismus zu betonen und wenn er in die Enge getrieben wird, schlägt er wütend gegen die Sozialdemokratie aus und gibt ausweichende Antworten. Es ist ja kein großer Unterschied: Schwarz ist mir lieber als Rot! Diese und ähnliche Bekenntnisse freisinniger Bürgerseelen kann man jetzt in Halle und Fülle hören. Die führenden Männer sehen den Untergang selbst, weshalb das Drängen nach Ministerposten ein besonders starkes ist. Jeder möchte vor dem Ende in Sicherheit kommen, möchte wenigstens einen fetten Posten oder eine lebenslängliche Pension haben, mag dann aus der Partei werden was will, was kümmert es ihn. Parasiten des Staatsäckers und rücksichtslose Kletterkumulierungen in den heimatischen Machisphären, das ist das einzige Reale, was bei den freisinnigen Politikern übrig geblieben ist.

Sie haben ein Wort erfunden, das für diese Jagd nach Nektaren bezeichnend ist, indem sie sich in den Kreisen der Wähler gern Realpolitiker nennen. Das paßt auf ihren Nektarhunger, das paßt aber auch dem Spießer, dem der Kampf um die freie Schule und ähnlicher „kultureller Strömungen“ immer zuwider war und der seine Politik immer am liebsten auf den Magen gestellt hätte. Immer mehr Kandidaturen melden sich an, die offen das sinkende Schiff des Freisinns verlassen und sich als „Vertreter aller wirtschaftlichen Interessengruppen“ erklären. Ihnen war ja auch der Nationalismus immer nur ein schöner Aufputz oder eine Nektarfrage. Wie sind sie mit Leidenschaft und Liebe in ein Problem eingedrungen; in den Koterien,

Heute.

Der Naschbrot.

Von Oskar Friedrich Luchner.

Eines Abends sagte meine Frau: „Es wird Zeit zur Versicherung, lieber Pacifus. Es ist unsere Pflicht, die Zukunft Engelbrechtsens für alle Fälle sicher zu stellen.“

„Wenn es aber ein Nennchen werden sollte?“

Meine Frau erwiderte, schlug die Arme um meinen Hals und flüsterte: „O, ich habe so eine Ahnung.“

Die Ahnungen meiner Frau sind wie die Züricher Wetterprognosen: bestimmt, aber falsch.

„Heutezutage braucht übrigens ein Mädel auch Geld. Noch nötiger als ein Bub, damit sie einen kriegt.“

„Sollen wir nicht lieber warten bis —“

„Aber, Pacifus, wenn Dir inzwischen etwas passieren sollte? Ich denke ja nicht daran, aber man kann nie wissen. Man liest so furchtlich viel Unglücksfälle.“

Ich schrieb also an die Erste Internationale Lebensversicherungsgesellschaft um ein Tarifverzeichnis.

Zwei Tage später stürzte Marie während des Diners ins Zimmer: „Gnädiger Herr, der Generaldirektor möchte Sie sprechen.“

Der Generaldirektor? Meine Frau jubelte.

„Gewiß wegen Deines Avancements!“

Ich ließ die köstliche Madeiraauce, die man rasch essen muß, weil sie sonst allzuleich sticht, stehen, legte in wahnwitziger Hast Kragen, Manschetten, Krawatte, Gürtel, Rock und Schuhe an und stürzte ins Empfangszimmer hinüber.

Der Generaldirektor war's nicht, aber ein kleiner beweglicher Herr mit Pelztragen und Zylinder.

„Fritz Kronberger, Generaldirektor der Zentralfiliale der Ersten Internationalen Lebensversicherungsgesellschaft. Sie haben die Absicht, sich versichern zu lassen.“

„Nicht mich, Mein Kind.“

„Ein trefflicher Entschluß. Das ist man seinen Kindern schuldig. Wie alt ist Ihr Fräulein Tochter, wenn man fragen darf?“

„Ziemlich jung. Sie soll nämlich erst geboren werden.“

„Je später, um so besser. Die Prämien sind um so niedriger.“

*) Wir entnehmen diese köstliche Satire der Münchener „Jugend“. Die Red.

„Den Geburtstag werden wir doch wohl abwarten müssen?“

„Aber nein. Sie nehmen ganz einfach eine Polizza auf N. Raschbrot. Den Vornamen füllen wir nachträglich aus. Vielleicht kombiniert auf Lebensfall, mit Prämienrückvergütung bei vorzeitigem Ableben.“

„Das würde kosten?“ — „Für wie viel?“ — „20.000 Kr.“

— „Bei welchem Lebensalter?“ — „21 Jahre.“ — „Einem Moment — sofort.“ Der Generaldirektor zog eine Tabelle heraus. „Für 21 — 21 — 21 macht die Prämie 57 Kr. per Monat.“

Ich nahm mir Bedenken.

Meine Frau war unbedingt dafür.

„Du schreibst einfach einen Artikel mehr im Monat und wir haben die Versicherung herinnen.“ außerdem wollte sie sehen, ob sich nicht beim Frühjahrshut durch Umänderung des vorjährigen etwas ersparen ließe.

Ich war ob solcher Versicherung künftiger Mutterliebe tief gerührt. Als später die Rechnung kam:

„Gut für der Gnädigen nel aufgemerkt und jachoniert, 2 Straußhühner dazu und Zubeh, alles zusammen. . 92 Kronen 65 H“, während er neu 64 Kr. gekostet hatte, da war es schon zu spät. Fritz Kronberger hatte meine Unterschrift und ich zwei Wochen später die Polizza Nr. 50.117, Ser. 000253, lautend auf Raschbrot. Der Vornamen des P. N. Naschbrot sei seinerzeit einzusetzen, hieß es im Begleitschreiben.

Anny war beruhigt. Wachte es nun ein Engelbrechtchen oder Nennchen sein, dem einen war das Körper, der anderen eine Partie gesichert.

Aber wehe, wehe!

Wir erhielten weder ein Engelbrechtchen noch ein Nennchen. Meine Frau weinte zwei Wochen, dann sprach sie:

„Weißt Du, Pacifus, etwas tröstet mich doch ein bißchen. Daß wir nicht mehr jedes Monat 57 Kr. zu zahlen brauchen. Dafür wollen wir uns etwas Süßes kaufen: Weißt Du, ich das Creme-Epigenkleid bei Wertheim und Du . . . Du kriegst auch etwas, gelt?“

Nach dieser Beratung teilte ich die Sachlage der Ersten Internationalen Lebensversicherungsgesellschaft mit.

Das Antwortschreiben lautete:

„Gut Hochwohlgeborn!“

Zu unserem lebhaften Bedauern können wir Ihrem Ersuchen um Rückvergütung der eingezahlten Prämien nicht ent-

sprechen. Wir müssen Sie auf § 37A der Versicherungsbedingungen verweisen, nach dem eine Prämienrückvergütung nur bei vorzeitigem Ableben des Polizzinhabers stat hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung die Generaldirektion der I. J. L. W. A. G.“

Da meine Frau unbedingt ihr Creme-Epigenkleid haben wollte, ging ich zum Rechtsanwalt.

Dr. Baum sagte, das sei so klar wie etwas, daß die Versicherung die fünf eingezahlten Prämien zurückzahlen müsse. Er kenne die Gesellschaft gut, sie mache es immer so. Was man ihr nicht mit der Klage komme, sei nichts herauszukriegen.

Ich war vor Jahren einmal von einer Ehrenbeileidigung freigesprochen worden, obwohl ich den Anderen in seinem eigenen Bureau einen Schurken und Stubstrotzel genannt hatte und seither sehr mißtrauisch gegen die sogenannte Gerechtigkeit.

Als aber Dr. Baum mir die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom 8. 2. 1907, S. 15366 vorlas, die einen ganz analogen Fall betraf, war meine Voreingenommenheit gegen das ehrsame Gewerbe der Rechtsfällerei überwunden und ich unterschrieb eine Vollmacht.

Dr. Baum überreichte beim Landesgericht eine Klage des Inhalts:

Die Beklagte sei schuldig, mir die vorhin ein gezahlten Prämienbeträge von zusammen 285 Kr. samt 5 Prozent Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung an zurückzubehalten und die Prozeßkosten zu ersetzen. Alles binnen vierzehn Tagen bei Exekutionsvermeidung.

Der Erfolg war überraschend. Eine Woche später wurde mir eine Gegenklage der Ersten Internationalen Lebensversicherungsgesellschaft zugestellt des Inhalts:

Es werde festgestellt, daß der Beklagte Herr Pacifus Raschbrot schuldig sei, die auf Grund der Polizza Nr. 50.117, Ser. 000253 zu entrichtenden monatlichen Prämienbeträge von 57 Kr. bis zum erreichten einundzwanzigsten Lebensjahre der beziehungsweise des N. Raschbrot zu bezahlen und die Prozeßkosten zu ersetzen.

Entrüstet über diese Frechheit eilte ich zu meinem Anwalt.

„Sehen Sie sich mal die Gemeinheit an, Herr Doktor!“

Dr. Baum beruhigte mich. Es sei ganz klar, daß diese Gegenklage abgewiesen werden müsse.

Die Sache nahm folgenden Verlauf: Die erste Instanz verurteilte die Versicherungsgesellschaft zur Rückstellung der 285 Kr. an mich und wies die Gegenklage ab.

welche untereinander den Raub am Volke und die Privilegien verteilten, war ihr Platz und ihr Wirkungsbereich, und ohne Bedenken opfern sie die kulturellen Aufgaben des Bürgertums, weil ihr engstirniger Geist die Konsequenzen einer reaktionären Herrschaft für Österreich nicht zu erfassen vermag.

Die Arbeiterklasse hat sich heute schon darauf eingerichtet, der alleinige Träger der modernen Kultur-entwicklung zu sein und die gemeinsame Stoffkraft des verfallenden Bürgerfreisinn und des Altklerikalismus abzuwehren. Was an dem Bürgertum bleibend ist und sich in seiner Geschlossenheit und Kraft steigert, das ist der Haß und der gemeinsame Ansturm gegen die Sozialdemokratie. Die wirtschaftlichen Organisationen des Bürgertums wachsen und stürzen sich immer größerer Wut auf die Arbeiterklasse. Unternehmer und bürgerliche Parteien haben ein Interesse daran, die indifferenten Arbeiter einzufangen und zu korrumpieren. In diesem Bestreben steht ihnen die Staatsgewalt treu zur Seite, greift das Koalitionsrecht an, verfolgt die Arbeiter mit der Massenjustiz und mit dem Mißbrauch der Verwaltung.

Die Statthaltereien stellen sich zu Wahlzeiten öfter in den Dienst der bürgerlichen Parteien, um zu ihren Gunsten wie in Niederösterreich das Gesetz in der unerhörtesten Weise zu beugen. Die Regierung ignoriert die Urteile des Obersten Gerichtshofes und nicht das Gesetz, sondern der jeweilige Nutzen ist maßgebend für ihr Verhalten.

Dies ist alles gut für uns, wenn wir alle auf unserem Posten stehen. Immer hat die Willkür von oben die Widerstandskraft von unten mächtig gefördert. Die österreichische Sozialdemokratie ist unter diesem System die zweitstärkste Arbeiterpartei Europas geworden und kann auf Grundlage des gewonnenen Gebietes den vereinigten bürgerlichen Feinden in absehbarer Zeit die Lektion geben, daß sie die Hoffnung aufgeben, uns mit den abgebrauchten Kräften bürgerlicher Korruption und staatlicher Willkür niederzurücken. Wir sind dazu bestimmt, das neue freiheitliche und demokratische Österreich aufzurichten, das nicht nur im Interesse des Proletariats, sondern auch der Dynastie liegt und ohne welches die dringendsten Probleme nicht gelöst werden können. Soll sich diese Aufgabe bald verwirklichen, so müssen wir unsere Organisationen derart ausbauen, daß aller Bodensatz, der sich in jedem Berufe findet, ohne Einfluß auf das öffentliche Leben bleibt, alle christlichsoziale und nationale Demagogie in unseren Reihen verschwindet.

Der Preis ist ein hoher, wohl jedem, der mit dabei war, ihn erringen zu helfen.

Ein lehrreicher Verkehrsstreik.

Die organisierte Arbeiterklasse Frankreichs hat eine Schlacht verloren. Clemenceau, dessen Stellung unhaltbar geworden war, triumphierte. Er galt als der Urheber des Übels; er erscheint heute der Bourgeoisie und allen, die gleich ihr denken, als der Retter der Gesellschaft, der mit einem Schlage die „aufrührerischen“ Postler und die gesamte organisierte Arbeiterklasse zu Boden gestreckt hat.

Das ist das vorläufige Ergebnis des zweiten Poststreiks und des Generalstreiks, der abgebrochen wurde, ehe er in Wirklichkeit begonnen hatte. Außer einem erheblichen Teil der Pariser Bauarbeiter sind nur verschwindend kleine Bruchteile der Arbeiter der ausgegebenen Parole gefolgt.

Es wäre eine gefährliche Schwäche, sich das inner-

freuliche Resultat verhehlen zu wollen. Gewiß hat Clemenceau das soziale Problem nicht einen Finger breit seiner Lösung nähergebracht. Er hat besten- oder schlimmstenfalls die Lösung um eine Spanne hinausgeschoben, aber schon dadurch allein erscheint er der Bourgeoisie, die ihre Herrschaft um eine Galgenfrist verlängert sieht, als ein großer Wundermann.

Wenn wir uns von den allgemeinen politischen Gesichtspunkten abwenden und den Ursachen dieser Niederlage nachspüren, so werden wir zunächst durch eine Tatsache frappiert. Der erste Poststreik, der unvorbereitet, gegen den Willen der Organisation ausbrach, gelang ebenso vollständig wie der zweite Poststreik, bei dem alle Chancen und alles Recht auf Seiten der Postler war, mißlang. Und es war gar nicht schwer, das Mißlingen des zweiten Streiks bald nach seiner Erklärung vorauszu sehen, und es bedurfte unsererseits keiner Prophetengabe, um das Ende am zweiten Streiktag vorauszu sagen. Es hat sich da auch wieder ein alter Erfahrungssatz bewahrt, den die Mehrheit der französischen Gewerkschaftler zu ihrem Schaden anzuerkennen sich weigert. Der erste Poststreik war eine spontane Empörung, die einen jahrelang aufgestauten Groll zum Ausbruch brachte, als ambulante Postbeamte von der Polizei brutalisiert und die Telegraphistinnen des Zentralkontrollamtes durch den verhassten Unterstaatssekretär Simyan beschimpft wurden. Und da die Empörung unter den zwei Kategorien des Postdienstes unerlässlich war, war der Sieg in wenigen Tagen entschieden. Hier hat sich das französische Temperament bewährt.

Aber um eine gewerkschaftliche Errungenschaft aufrecht zu erhalten, dazu gehört mehr als Temperament. Dazu ist nur eine starke Organisation fähig, dazu gehört eine klug und vorsichtig lazierende Taktik, die sich nicht rednerischen Versammlungserfolgen, sondern der Denkfähigkeit der großen Masse anpassen muß. Ansätze dazu waren bei den Postlern allerdings vorhanden, aber sie sind nicht zur Durchführung gekommen. Allerdings muß man den Postlern ihre mangelhafte gewerkschaftliche Erfahrung zugute halten.

Anders liegt es jedoch bei der französischen Gewerkschaftsleitung und bei den Gewerkschaftsführern, die den Postlern ihre Hilfe durch einen Solidaritätsstreik zusagten: Guerard von den Eisenbahnern, Pataud von den Elektrizitätsarbeitern und Bousquet von den Lebensmittelarbeitern. Guerard, der zu den Reformisten gehört, sonst einer der kühnsten Gewerkschaftler, ließ sich von den Postlern, die an den Erfolg ihrer eigenen Bewegung verzweifeln, dazu verleiten, in einer Versammlung mit dem bevorstehenden Generalstreik der Eisenbahner zu blaffen. Er hätte den Führern der Postler erwidern müssen, daß sie durch ihr vorzeitiges Losschlagen auch den Eisenbahnstreik kompromittiert hätten. Was nun Pataud und Bousquet betrifft, so konnte nur die ignorante Bourgeoisie ihre Prahlereien ernst nehmen. Das schlimmste hat jedoch das Konföderationskomitee getan. Man ließ erst fohbare zwei Wochen verstreichen und beschloß dann Hals über Kopf, ohne die Mitglieder vorher zu fragen, ohne sie auch nur vorzubereiten, geschweige denn die große Masse der Unorganisierten heranzuziehen, zu einem Zeitpunkt, als der Poststreik aus Mangel an Streikenden aufgehört hatte zu existieren, einen Solidaritätsstreik.

Ein Generalstreik, mag er zu welchem Zweck immer geführt werden, ist nur möglich, wenn er in einer allgemeinen, tiefgehenden Erregung wurzelt, wenn er zur Ursache ein Objekt hat, das die gesamte Arbeiterklasse mittelbar oder unmittelbar

bar in Mitleidenschaft zieht. Hier handelte es sich in Wahrheit nur mehr um die Unterstützung von 700 Gemäßigten. Die wirkliche Unterstützung wäre da die Eröffnung einer Geldsammlung und eine öffentliche Agitation zur Wiedereinstellung der Gemäßigten gewesen. Ein Generalstreik war da purer Wahnsinn. Gewiß hat sich Genosse Niel, der vor kurzem gewählte Sekretär der Konföderation, mit aller Kraft dem Vorhaben entgegen gestellt. Er ging darin so weit, am Vorabend des Beschlusses in einer öffentlichen Versammlung zu erklären, daß die Gewerkschaften nicht bereit zum Generalstreik wären. Es ist leider eine traurige und abscheuliche Tatsache, daß viele revolutionäre Syndikalisten nur deshalb für den Generalstreik stimmten, um dann Niel für dessen Scheitern verantwortlich zu machen, damit Griffurhes, der frühere Sekretär, wieder aus Ruder käme. Es ist einfach skandalös, in welcher Weise die Masse während des Kampfes gegen Niel verhehrt wurde. Wenn der „Generalstreik“ nicht mit einer schmachvollen Deroute geendet hat, so ist das einzig Niel zu danken, der ein kleines taktisches Meisterstück vollführte. Schließlich muß die Partei schwerer Unterlassungsfünden angeklagt werden. Außer dem Eingreifen der Kammergruppe beschränkte sich die Aktion der Partei auf die Veröffentlichung eines in der „Humanité“ abgedruckten nichtssagenden Manifestes. Man ist ja nachgerade daran gewöhnt, daß die Partei bei allen bedeutenden politischen Ereignissen sozusagen von der öffentlichen Bildfläche verschwindet. Wenn die französische Parteileitung einen derart absoluten Mangel an Initiative bekundet, so liegt das teilweise daran, daß die Abgeordneten, also die besten Kräfte der Partei, von der Leitung wie von jedem Parteiamt ausgeschlossen sind. Man will dadurch ein Vorherrschen der Parlamentarier verhindern. In Wirklichkeit ruft man es nur hervor, da sich die Aktion der Partei nur noch auf die Aktion im Parlament beschränkt, wo sie natürlich von vornherein einer Niederlage sicher ist. Es hat sich auch kein französischer Genosse gefunden, der den Mut gehabt hätte, von einem Generalstreik abzuraten. Das hindert natürlich nicht, daß die Partei die Niederlage teilt und sie am stärksten zu spüren bekommen wird.

Gewiß ist die Niederlage anscheinend größer, wie sie in Wirklichkeit ist, ebenso wie der Sieg des ersten Poststreiks mehr scheinbar als wirklich war. Denn schon bereitet das Ministerium das vielversprochene Beamtenstatut vor, in dem den Staatsangestellten die verlangten Garantien gegeben werden.

Zustände auf der k. k. Nordbahn.

Man schreibt uns: Es wird hohen Orts bemängelt, daß das Eisenbahnpersonal in seinen Forderungen und Wünschen keine Grenzen setzt und kein absehbares Endziel zu erblicken ist, daß größtenteils höhergestellte oder im öffentlichen Leben hervorragende wirkende Personen bei der Einbringung von Personalangelegenheiten, Wünschen und Beschwerden mit Umgehung des Dienstweges intervenieren.

Es wünscht gewiß niemand sehnlicher als das Personal selbst den Augenblick heranzu, wo eine allgemeine, durchgreifende Regelung der wirtschaftlichen und dienstlichen Verhältnisse Platz greift, um endlich das fortwährende Fordern, Bitten und Betteln zu ersparen.

Wenn aber alles, dem Personal notgedrungen Zugestandene erst erbettelt werden muß oder durch vorerwähnte Intervention erreicht werden kann, so können wir sagen, daß der Zeitpunkt noch lange nicht gekommen ist, wo die

Mein Anwalt murmelte bei Verkündung des Urteils: „Teufel!“

„Aber Herr Doktor, es ist ja famos gegangen.“

Dr. Baum deutete mit der Stirnhaut Bedenken an. Er habe gehofft, daß wir in der ersten Instanz verlieren würden. Dann hätte die zweite das Urteil abgeändert und der Oberste Gerichtshof die Abänderung bestätigt. Nun bestiehe die umgekehrte Gefahr.

„Die Entscheidung ist doch so klar begründet worden.“

„Gerade deshalb. Je dümmere ein Urteil, umso größer die Chance, daß es beseitigt wird. Weil mit seiner Widerlegung kein Vorbehalt zu holen ist. Je begründeter und unanfechtbarer es scheint, umso mehr reizt es den juristischen Ehrgeiz der nächsten Instanz, einen Punkt darin zu finden, von dem aus es umstürzbar ist.“

Meine Frau schenkte dem keinen Glauben, sondern besichtigte bei Wertheim das Cremestückchen auf Probe und fand, daß es ihr passe wie angegossen.

Dr. Baums Verdrüssung über die intellektuelle Objektivität unserer Richter wurde durch das Oberlandesgericht glänzend widerlegt. Die Berufung der Versicherungsgesellschaft ward kostenfällig in allen Punkten abgewiesen und der gegnerische Vertreter außerdem wegen mutwilliger Prozeßführung zu einer Geldstrafe von 100 Kr. verurteilt.

Dr. Baum zeigte sich über den guten Ausgang in zweiter Instanz geradezu bestürzt. Das machte nicht denn doch zu frühig. Sollte er am Ende von der Klägerin bestochen worden sein? Der Verdacht lag fern. Denn es war selbst für einen Laien lächerlich, was er sagte:

Nun müsse ich mich gefast machen, daß der gegnerischen Klage vom Obersten Gerichtshof Folge gegeben werde. Das bestätigende Urteil der zweiten Instanz wäre so zutreffend und lebensklug abgefaßt, daß eine Aenderung zu begründen ein juristisches Kunststück sei.

Ich durchschaute aber Ihre Doppelrolle, Herr Dr. Baum kündigte Ihnen die Vollmacht und übertrug die Vertretung vor dem Obersten Gerichtshof dem mir als äußerst charaktervoll empfundenen Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Josef Scheller, Landtagsabgeordneten und Gemeinderat der Stadt Wien.

Meine Frau aber kaufte das Spitzenkleid bei Wertheim, beschnitt und mir eine jener kurzen englischen Hosen aus gebeiztem schottischen Hornholz, die ich mir nach ihrer Versicherung schon so lange gewünscht hatte. Bei Aufstellung der Kosten ergab sich eine Quote von 81:3.

Nachdem ich Wertheim bereits einmal mit dem Versprechen nach Beendigung des Prozesses sogleich zu bezahlen betörtet hatte, erhielt ich nach fünf Monaten das Urteil:

Cg I 812/4.

Der Oberste Gerichtshof hat in nicht öffentlicher Sitzung vom 15. 7. d. Js. über Revision der Ersten Internationalen Lebensversicherungs-Vereinigung gegen das Urteil des Oberlandesgerichtes vom 2. 1. d. Js. erkannt:

Der Revision wird Folge gegeben und in Abänderung des angefochtenen Urteils:

Die Klage des Pacificus Kallatterer auf Rückzahlung der bezahlten Prämien von 285 Kr. abgewiesen. Dagegen ist Pacificus Kallatterer schuldig, die monatlichen Prämien von je 57 Kr. bis zu dem erreichten 21. Lebensjahre des, beziehungsweise der Kallatterer zu bezahlen und der Klägerin die Kosten aller drei Instanzen im Betrage von Kr. 721.36, binnen 14 Tagen bei Exekution zu ersetzen.

Begründung:

Die erste und zweite Instanz haben mit Unrecht angenommen, daß eine Auflösung des streitgegenständlichen Vertrages aus dem Grunde eingetreten sei, weil der eheliche Nachkomme, für den die Versicherung abgeschlossen wurde, nicht existent geworden sei. Es ist von dem Beklagten weder behauptet noch bewiesen worden, daß die Versicherung für einen ganz bestimmten Nachkommen abgeschlossen wurde (was auch unmöglich gewesen wäre, da derselbe weder dem Namen noch dem Geschlechte nach spezifiziert werden konnte). Da andererseits die Möglichkeit, daß der bereits versicherte Nachkomme aber noch existent werden wird, nicht ausgeschlossen erscheint, so...

Ich war vernichtet.

„Aber nein, das nehme ich nicht an, das ist ja undenkbar, das ist ja unmöglich! Und wenn ich bis zum Kaiser gehen müßte!“

Mein Dr. Scheller belehrte mich, daß sich der Kaiser in derartige Privatangelegenheiten prinzipiell nicht einzumischen wünsche, daß es gegen das Urteil kein weiteres Rechtsmittel gebe.

„Wie lange muß ich also diese 57 Kr. per Monat bezahlen?“

„Bis Ihr künftiges 21. Jahre alt ist.“

„Und wenn wir nun gar keines bekommen?“

Dr. Scheller meinte, wir seien doch beide noch sehr jung und müßten uns nicht unnötige Sorgen machen.

Auch meine Frau zeigte sich sehr zufrieden und erklärte so eine Ahnung zu haben, als ob —

Mein Schwiegervater aber sagte, er mache Konkurs, wenn er noch einmal für mich Prozeßkosten bezahlen müsse.

Wir taten was in unseren Kräften stand, um das Versicherungsobjekt zur Existenz zu bringen. Meine Frau ging einen Sommer nach Franzensbad, einen anderen nach Ostende, betrieb schwebende Gesundheitsgymnastik, lernte Turnen, Fechten, Reiten, Skifahren und Eislaufen, brach sich zweimal den Unterschenkel und einmal das Schlüsselbein, besuchte die Schönheitsabende und verfaumte nicht eine Reboute. Ich selbst hatte stets Klubschmerz, wenn Wertheim konstant bei uns fuhrte, wurde chronischer Knickelkäufer und bekam die ersten Erscheinungen von Rückenmarkschwindel.

Verlorene Liebesmüh. Wir hatten bereits 5714 Kr. an Monatsprämien bezahlt. Mein Gehalt war auf acht Jahre hinaus vorgemerkt und unsere Einrichtung auf das unspendbare Minimum verringert worden.

Und noch immer keine Aussicht auf einen Sprössling.

Da sagte ich einen verzweifelten Entschluß. Als ich ihn meiner Frau mitteilte, schrie sie lachend auf und erklärte: Nie, nie, nie. Nie werde ich das ausgehen. Lieber —

Als aber im März die Mobilität die Beförderung eines neuen Frühjahrshutes von Barzahlung abhängig machte, zog sich Nanny in ihr Zimmer zurück und meinte drei Tage und drei Nächte. Dann schlang sie die Arme um meinen Hals und sagte mit zärtlicher Wehmüt: „Es ist vielleicht doch das Beste, Pacificus.“

Am nächsten Tage ging ich zu Professor Dr. Messerschlag, Primarius der Chirurgischen, und hatte mit ihm eine lange Unterredung. Auf Grund derselben kam ich um einen dreiwöchentlichen Krankheitsurlaub ein.

Nach seinem Ablauf brachte ich durch Dr. Baum eine neue Klage gegen die Versicherungsgesellschaft ein auf Feststellung, daß meine Verpflichtung zur Zahlung der Prämie mangels Unmöglichkeit der Erfüllung der Voraussetzung nunmehr erloschen sei. Das Landesgericht gab der Klage Folge, da durch das beigebrachte Urteil die Unmöglichkeit der Existenzwerdung des oder der Kallatterer erwiesen sei.

Ein Jahr später erhielt meine Frau, trotzdem dieses Urteil vom Obersten Gerichtshof bestätigt worden war, einen Buben.

Wir taufte ihn einvernehmlich auf den Namen Konstantin.

unzähligen Bittgänge aufgehört haben, sondern das Personal mehr denn je gezwungen ist, Mittel und Wege zu suchen, um das Zugeständene nicht nur zu erhalten, sondern auch vor jeder Verkürzung von unten zu schützen.

Die älteren Nordbahner wissen es ja — man nannte es im allgemeinen Streberei, wenn einer oder der andere Vorgesetzte bei jeder Gelegenheit den Bediensteten von allem noch etwas abschächern und abzugucken versuchte — was bereits seitens der Betriebsgesellschaft zugestanden war.

Nach den Normen der k. k. österreichischen Staatsbahnen sollte man glauben, daß die Qualifikation die Streberei aus der Welt geschafft habe. Aber es zeigt sich, daß jetzt die größte Streberei als die beste Qualifikation betrachtet wird. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn verschiedene Begünstigungen des Personals, welche zur leichteren Durchführung und kürzeren Behandlung in die Hand der Dienstvorstände gegeben wurden, von diesen absichtlich und willkürlich derart in Anwendung gebracht werden, daß das Personal eher darauf verzichtet, als darum anzufachen.

Das Bedauerlichste aber ist, daß die an leitenden Stellen stehenden Funktionäre im guten Glauben sind, daß sie der betriebsführenden Verwaltung einen unermesslichen Dienst erweisen, wenn sie durch die erwähnte Vorgangsweise die Unzufriedenheit des Personals auf höchste steigern, wenn sie sich bis zur Anwendung verschiedener „Kunststücke“ versteigen, welche auszuführen sich selbst ihre Vorgänger aus dem alten Verhältnis geschämt hätten.

Die Urlaubs- und Fahrbegünstigungsverweigerung ist ein Kapitel der Willkür und Selbstherrscherei gegen alle Regeln des Uebereinstimmens und der Vertragsmäßigkeit. Die angesprochenen und bewilligten Urlaube können entweder nur durch Ueberbürdung der übrigen Bediensteten, oder wegen Mangel an Ersatz überhaupt nicht angetreten werden. In Krankheitsfällen wird meist keine Vertretung erstellt, oder eine solche, welche für den betreffenden Dienstposten des Krankendienstes nicht autorisiert oder überhaupt eingeschult ist.

In Bezug auf die Fahrbegünstigungen, welche seitens der Dienstvorstände im kurzen Wege zu erteilen sind, sind dieselben ganz gegen dem Einführungsartikular der Meinung, die Ausstellung dieser Fahrscheine offenbar aus dem Grunde selbst eigenhändig bezorgen zu müssen, um durch willkürliche Einschränkung oder gänzliche Verweigerung die Entfernung jedes einzelnen Bediensteten aus der Station zu verhindern.

Die Beschreibung von einzelnen Bediensteten im gegebenen Zeitpunkt der Eingabe geschieht größtenteils nicht mit Anerkennung der Verwendbarkeit und Verlässlichkeit sowie des moralischen Verhaltens im allgemeinen, sondern ist die Gefinnung des Bediensteten sowie des Vorgesetzten, oder aber auch die beiderseitige Gefinnungslosigkeit der ausschlaggebende Faktor, daher die Folge, daß die Geeignetesten zurückbleiben und die Kriecher überall vorgehoben werden.

Im Akt Nr. 27.877, V, ex 1909, 13/II, wird angeordnet, daß alle Amtsblätter des k. k. Eisenbahnministeriums sowie alle Amtsblätter und Erlasse allgemeiner Natur der k. k. Nordbahndirektion sämtlichen Organen zugänglich gemacht werden müssen, weil dieselben verpflichtet sind, dieselben zur Kenntnis zu nehmen und die Kenntnisnahme zu bestätigen, weil die Bediensteten über wichtige Verfügungen durch die Amtsblätter zur Kenntnis gelangen können.

Im allgemeinen bleiben aber die Amtsblätter und Erlasse, an den Dienststellen liegen und das untere Personal wird überhaupt nicht in Betracht gezogen. Am härtesten sind in dieser Beziehung die Streckenwächter, Visierer und Oberbauarbeiter daran.

Diese Bediensteten wissen vom Eisenbahndienst — und in den meisten Fällen schon vom Streckenvorstand abwärts — nur das, was im Streckenrapport steht, denn alles übrige ist ja Verkehr und nicht Bahnerhaltung, daher haben sie auch kein Gefühl für die Dienstverhältnisse im allgemeinen und finden wir auch solche wie vor 30 Jahren. Während der Dienstfahrten per Draisine wird selten einem Bahnwächter die hohe Gnade zuteil, daß einmal die Draisine bei seinem Wächterhaus anhält, und geschieht es ja einmal, so gewiß nur zum Zweck, um dem Bahnwächter einen Kipper zu erteilen, wegen einem Büschel Gras zwischen den Geleisen oder eines Unstandes welcher während einer geheimen Kontrollfahrt in der I. Klasse beobachtet wurde, nicht aber auch, um ein Anliegen des Wächters entgegenzunehmen. Wir glauben, solche Fahrten würden gerade geeignet sein, dem Streckenpersonal die amtlichen Verlautbarungen mit kurzen Worten zur Kenntnis zu bringen.

Vor circa zwei Monaten erschien ein Erlaß, nach welchem über Antrag der Personalkommission allen Bediensteten, welche täglich Dienst versehen, monatlich zweimal ein freier Tag gewährt werden soll, und haben die Dienstvorstände einen diesbezüglichen Bericht zu machen inwieweit dies ohne erhebliche Kosten durchzuführen wäre.

Wenn aber dieser Erlaß auf die Oberbauarbeiter nicht Anwendung finden kann, weil dieselben ohnehin im Monat alle Feiertage sowie Regentage feiern müssen, so könnte man, um auch diesen armen Teufeln einen schwachen Hoffnungsschimmer andeuten zu lassen, um zwei Tage weniger, von dem im Laufe eines Monats auf jeden einzelnen entfallenden unfreiwilligen Feiertage, vom Lohn abziehen.

Es ist eine gewiß bedauernde Tatsache, wenn man im Dienste einer mächtigen Anstalt während der Regenzeit oft von der Dauer einer Woche außer Gehalt gesetzt wird, trotzdem man auch während dieser Zeit in hieser Bereitschaft sein muß, um bei Eintritt von außergewöhnlichen Ereignissen gleich zur Hand zu sein — und das betrifft gewiß unsere Visierer — Männer mit mehr als 30jähriger Dienstzeit verlieren nicht nur jeden Regentag sondern werden ihnen in den Wintermonaten auch noch die Löhne rebuziert; wenn daher eine allgemeine Forderung dahingehet, die Bezahlung der Regentage, sowie die gleichen Löhne für Sommer und Winter zu erzielen, so ist diese Forderung gewiß nicht dem so verhassten Modernismus in dieser Richtung zuzuschreiben, weil doch jeder Arbeiter seinen Knecht im Winter geradeso wie im Sommer bezahlen muß.

Die Arbeitslöhne der ältesten Oberbauarbeiter sind dieselben wie die Anfangslöhne der neu aufgenommenen Arbeiter und es wäre höchste Zeit, wenn eine durchgreifende, automatische Lohnregelung auch unter diesem Personal durchgeführt werden würde.

Die Dienst- und Arbeitsräume sowie die Kanzleien sind auch im neuen Verwaltungsregime auf der Nordbahn die alten geblieben; die durch den stärkeren Verkehr, sowie durch das neue Rechnungssystem in vielen Dienstzweigen notwendig gewordene Personalvermehrung, hat in vielen Kanzleien geradezu lebensgefährliche Verhältnisse geschaffen.

Das Personale ist zusammengepfercht, entbehrt Luft und Licht und die allernotwendigste Reinigung dieser Höhlen unterbleibt gänzlich, weil der Dienst keine Zeit erlaubt. Die Kontrolle seitens der maßgebenden Organe ist zwecklos, weil dieselbe immer ein dahin lautendes Resultat ergibt: „Der Herr Dienstvorstand soll halt eine Eingabe machen.“

Die noch von der alten Nordbahn her in Aktivität stehenden Kontrollorgane, noch aus der guten alten Zeit mit dem Herrn Dienstvorstand in traulichem Du-Verhältnis stehend, erkundigen sich bei ihrem Erscheinen in der Station höchstens darum, wo der beste Wein geschenkt und die größten Portionen geschnitten werden, und wenn schon auch gerade ein Anstand erhoben werden soll, so findet ihn der Herr Kontrolleur gewiß darin, indem er an einem gewissen Ort zurückgelassene Restfragmente einer wenn auch längst außer Gebrauch gesetzten Drucksorte vorfindet. Und in seiner Erkenntnis der Wichtigkeit des Falles, denjenigen Bediensteten auszuforschen, welcher diesen Mißbrauch begangen hat, beirrt ihn selbst der übrige, meist grauenvolle Zustand des bewachten Ortes nicht.

Wenn das Personal aber schon an der Durchführung alles Gewährten und Zugestandenen verzweifeln möchte, so kann es nur der § 92 der Dienstordnung (Sprich: Hals- und Gerichtsordnung) sein, der das Personal sowie das gesamte Eisenbahnwesen erhält. Von der im dritten Punkt dieses Paragraphen ausgedrückten Ermächtigung der Dienstvorstände wird so ausgiebig und in einer solchen Weise Gebrauch gemacht, daß man förmlich meinen sollte, die Kronenwährung wurde erst durch diesen Paragraphen eingeführt, nachdem man früher für den ersten Fall eines Verzuges es mit einer Klage bewenden ließ oder mit 30 fr. Lohnabzug strafe, regnet es jetzt nur so die Kronen auf die Häupter der Schuldigen, ja, man sagt ihnen in den meisten Fällen gar nicht, warum sie gestraft werden, so daß die Strafe auch keine Besserung herbeiführen kann.

Die Gewissenlosigkeit in der Handhabung der Bestimmung des § 92 zeigt sich bei jedem einzelnen Fall, indem man sich nicht fragt, ob der betreffende Bedienstete durch eine oft bedeutende Einbuße an seinem Verdienst durch Strafzüge noch imstande ist, den Anforderungen des Dienstes zu entsprechen oder ob es nicht noch praktische Mittel gibt, ordnungs- und disziplinarwidrige Vergehen der Bediensteten zu vermeiden. Oft liegt ein Unstand in den gegebenen Dienstverhältnissen selbst, welcher längst hätte behoben werden können, wofür unzählige Bedienstete aber bestraft werden müssen, weil kein Ausweichen möglich war. Wie viele Bedienstete werden disziplinarisch bestraft wegen ungebührlichen oder frechen Benehmens, ohne Rücksicht darauf, daß dieselben herausgefordert, zuerst angebrüllt und beschimpft wurden und dafür hernach zu wenig höflich sind.

Es soll ja nicht behauptet werden, daß für das Eisenbahnpersonal keine Strafbestimmungen bestehen sollen, denn Ordnung muß sein, aber in allen Dienstzweigen, auch am Sitz der Herren Dienstvorstände, wenn alle Amtsblätter und amtlichen Erlasse und Anordnungen, besonders die für das Personal hochwichtigen Bestimmungen, seitens der maßgebenden Organe so strickle behandelt und zur Kenntnis gebracht würden sowie alle Begünstigungen und Verbesserungen für das Personal ohne Bescheidung und Verzögerung durchgeführt würden, wie die Bestimmungen des § 92 der Dienstordnung vollzogen werden, dann würde dieser Paragraph vielleicht ganz überflüssig sein.

Die Kampfesart der Deutschen.

In der Folge 15 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 18. „Bonnemond“ bringt das die edle deutsche Sprache radebrechende Winkelschläger eine Kritik unseres Rechenschaftsberichtes, die für die hinterhältige Art, mit der diese Gesellschaft kämpft, bezeichnend ist. Die Ziffern aus unserem gedruckten Rechenschaftsbericht werden nämlich dort durch die willkürlichsten Konstruktionen nach dem bekannten Goetheschen Hexenmaleins bearbeitet:

„Aus Eins mach Zehn,
Und Zwei laß gehn,
Und Drei mach gleich,
— — — — —“

„Dreier die Vier,
Aus Fünf und Sechs,
So sagt die Der,
Mach Sieben und Acht,
— — — — —“

„Und Neun ist Eins,
Und Zehn ist keins.“

Nach dieser Methode gelingt es natürlich dem „Deutschen Eisenbahner“ haarsträubend zu beweisen, daß unsere Organisation höchstens 18.463 Mitglieder haben könne. Um dieses Kunststück fertig zu bringen, nimmt der Mann ganz einfach die Ziffer „Beiträge und Einschreibgebühren der Mitglieder“ und beginnt nun zu rechnen. Und siehe da, er findet, daß wir bloß 18.463 Mitglieder haben können. Wäre freilich das Schlaugerei, das uns wieder einmal entlarvt hat, unserem Rechenschaftsbericht genau gefolgt, so hätte er gefunden, daß die Beiträge der Mitglieder auf den Zeitungs- und Hilfsfonds u. s. w. separat verbucht und verrechnet sind. Hätte er endlich unseren „Eisenbahnerkalender“ für das Jahr 1909 zur Hand genommen, ehe er zu seinem gewaltigen Streich ausholte, so hätte er dort sogar den genauen Modus gefunden, nach welchem die geleisteten Beiträge verrechnet werden. Er hätte dann auch freilich die bei allen den dort angeführten Posten ausgewiesenen Beträge addieren und die so gewonnene Summe zur Berechnung des Mitgliederstandes heranziehen müssen, und wäre, vorausgesetzt, daß er einen geübten Volksschüler zur Hand gehabt hätte, — auf die wirkliche Mitgliederzahl unserer Organisation herausgekommen. Hätte der gute Mann weiters den an unsere Delegierten gedruckt ausgegebenen Rechenschaftsbericht genau gelesen, so wäre der Umstand, daß einmal

von 55.746 und dann wieder von 58.601 Mitgliedern die Rede ist, für ihn kein Rätsel gewesen. Denn bei der erstgenannten Ziffer handelt es sich um die auf Grund der Evidenzführung in der Zentrale ermittelte Anzahl, bei der nur jene Mitglieder gezählt sind, die mit ihren Beiträgen nicht im Rückstand sind, während die zweite Ziffer jene Ermittlungen wiedergibt, die auf Grund der an die einzelnen Ortsgruppen ausgegebenen Zählbogen gemacht wurden, die bekanntlich, wie das in allen Vereinen geschieht, auch Mitglieder mitzählen, die zwar mit ihren Beiträgen rückständig sind, von denen man aber annimmt, daß sie dieselben nachzahlen werden. Auf diese scheinbare Differenz verweisend, heißt es daher auch in unserem ausgegebenen Bericht auf Seite 9 wörtlich:

„Nach den Ergebnissen, wie sie uns aus den von den Ortsgruppen eingelangten Statistiken über den Mitgliederstand nach Kategorien vorliegen, ist die Situation etwas verändert. Hier erhalten wir die Mitgliederzahl mit 58.601 angegeben gegenüber 53.788 im Vorjahre, was eine Vermehrung um 4833 zur Folge hätte. Diese Differenz zwischen der Zählung der Zentrale und den Ermittlungen der Ortsgruppen ist damit zu erklären, daß bei jener nur diejenigen Mitglieder berücksichtigt werden, welche den Oktober bezahlt haben, während diese alle Mitglieder ins Kalkül ziehen, welche nicht als ausgetreten angenommen werden.“

Noch köstlicher ist das Kunststück, das sich der Rechenmeister bei der Zeitungsaufgabe leistet. Er sagt nämlich:

„Auch mit den Zeitungsaufgaben stimmt es nicht ganz. Es wird angegeben, daß die deutsche Ausgabe des Eisenbahners in 45.000 Exemplaren aufgelegt wird und daß im Jahre 1908 1.445.700 Exemplare ausgegeben wurden. 45.000 \times 36 = 1.620.000 Stk. Es fehlt also da auch wieder um fast 200.000.“

Nun muß aber auch hier dem Begriffstüchtligen klar sein, daß, nachdem die Auflage des „Eisenbahner“ nicht während der ganzen Berichtsperiode 45.000 Exemplare betrug, auch nicht 36 \times 45.000 gerechnet werden darf. Wer vielmehr alte Exemplare unseres Blattes zur Hand hat, der findet durch den Ausdruck der Auflagenzahl, daß diese früher niedriger war, so daß auch diese geringere Zahl der Berechnung der Jahresausgabe von 1.445.000 Exemplaren naturgemäß mit zugrunde liegt.

Weiters wird dann von dem Kornblumenbauern Gesellschaftsvorstand gehöhnt:

„Ausgegeben wurde: für Rechtschütz 68.635 Kr. (die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb 67.779 Kr.; es wurden also in ein paar Wochen ein wenig mehr Ausgaben), für Unterhaltungen 51.611 Kr. (die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb 22.277 Kr.).“

Hätte auch hier der gute Jüngling Seite 16 mit Seite 15 unseres Rechenschaftsberichtes verglichen, so hätte er gefunden, daß in dem Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ nur jene Ziffern angeführt waren, die die Ausgaben der Zentrale darstellen, während in den Ziffern des „Eisenbahner“ auch die Ausgaben mit eingeschlossen sind, die die Ortsgruppen in eigenen Wirkungskreis machten, so daß sich dementsprechend das Ausgabenbudget verändert. Aber es war den Herren eben darum zu tun, uns wieder einmal durch absichtliche Entstellung eines am Zeuge zu stützen. Und deshalb sagen wir:

„Mein Freund, die Kunst ist alt und neu.
Es war die Art zu allen Zeiten,
Durch Drei und Eins und Eins und Drei
Fertum statt Wahrheit zu verbreiten.
So schwätzt und lehrt man ungehörig;
Wer will sich mit den Narren befassen?“

Armer Reichsbundnarr, wie hast du dich blamieren!

Der Provisionsfonds der Buschtiehrader Eisenbahn.

In Durchführung der nach der Bewegung im Jahre 1907 gemachten Zugeständnisse wurde von der Direktion der „Ausschließlich privilegierten Buschtiehrader Eisenbahn“ am 20. Jänner d. J. ein Dienstverlaß herausgegeben, mit welchem die Schaffung eines Provisionsfonds für Arbeiter angeordnet wird. Der Erlaß enthält „provisorische Grundzüge“ und es wird darin gesagt, daß diese provisorischen Grundzüge einer gründlichen Ueberprüfung zugeführt werden müssen, und erst dann definitive Statuten dieses Fonds herausgegeben werden.

Zu unserem Bedauern vermissen wir in diesem Erlaß die Bemerkung, daß die Festlegung der definitiven statutarischen Bestimmungen der bei der Buschtiehrader Eisenbahn bestehenden Personalkommission (Sektion Arbeiter) zur Begutachtung vorgelegt werde.

Wir legen unseren Lesern von der Buschtiehrader Eisenbahn — selbstredend auch denen der anderen Bahnen — den Erlaß wörtlich vor und erklären, daß wir die darin enthaltenen Bestimmungen einer objektiven und sachlichen Kritik unterziehen werden, ersuchen jedoch schon heute, daß auch die einzelnen Ortsgruppen und Zählstellen diesen Entwurf ihren Mitgliedern zur Diskussion vorlegen und uns deren Ergebnisse bekanntgeben, damit wir nicht nur das vielleicht Uebersehene noch verbessern, sondern auch die notwendigen Schritte bei der Direktion der Buschtiehrader Eisenbahn einleiten und gerechte Verbesserungen herbeiführen können.

Der Erlaß lautet:

Ausschließlich privilegierte Sammlungsnummer 10 ex 1908.

Buschtiehrader Eisenbahn.

Generaldirektion.

Zahl 59676 ex 1908.

Dienstvorschrift.

Betreff: Schaffung eines Arbeiterprovisionsfonds für das Eisenbahnpersonal und „provisorische Grundzüge“ für denselben.

Mit dem hierseitigen Zirkular vom 25. Oktober 1907, Zahl 44.381, Punkt V, wurde im Grunde des Verwaltungsratsbeschlusses vom 21. Oktober 1907 die Schaffung eines Provisionsfonds für ständige, das ganze Jahr hindurch beim hiesigen Eisenbahnunternehmen beschäftigte Arbeiter in Aussicht gestellt.

Bezüglich Durchführung dieses Beschlusses wurde von der am 15. Mai 1906 abgehaltenen Generalversammlung der hiesigen Aktionäre aus dem Reinertrag des Jahres 1907 ein Betrag von 300.000 Kr. für einen zu gründenden Provisionsfonds für jene ständigen Eisenbahnarbeiter, welchen kein anderer Versorgungsanspruch zusteht, gewidmet und hierdurch dem Wesen nach der mit dem eingangs bezogenen Zirkular in Aussicht gestellte Provisionsfonds geschaffen.

Da die versicherungstechnischen Berechnungen, auf denen die Statuten des neuen Provisionsfonds aufgebaut sein sollen, erst vor kurzem zum Abschluß gelangt sind, konnten die erwähnten Statuten bisher noch nicht hinausgegeben werden. Um jedoch den neuen Provisionsfonds mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1909 aktivieren zu können, werden hiermit vorübergehend die definitiven Festsetzungen durch die hinausgegebenen Statuten des neuen Provisionsinstituts, für welche Statuten die erforderlichen Genehmigungen vorbehalten werden, die wesentlichsten

probatorischen Grundsätze

über dieses neue Provisionsinstitut wie folgt festgesetzt:

I. Mitglieder des Provisionsinstituts.

1. Berechtigter und zugleich verpflichtet, dem Provisionsinstitut als Mitglied beizutreten sind nach mindestens einjähriger Dienstzeit im Eisenbahndienst der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn die im Bezüge eines Diurnums, Tagelohnes, Tag- oder Stücklohnes stehenden Bediensteten mit Ausnahme der Beamten- und Betriebsaspiranten und der in den Bahnbetriebsverhältnissen der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn oder deren Filialen beschäftigten Arbeiter, für welche auch weiterhin das Provisions- und Unterhaltungsinstitut für das Verfallpersonal der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn bestehen bleibt, endlich mit Ausnahme jener Bediensteten, welche sonst noch am 1. Jänner 1909 dem letztgenannten Provisions- und Unterhaltungsinstitut tatsächlich als Teilnehmer angehören.

2. Für die mit 1. Jänner 1909 dem Provisionsfonds beitretenden Mitglieder gilt als Maximalalter für den Eintritt das vollendete 40., für später Eintretende das vollendete 35. Lebensjahr. Wer das Maximalalter überschritten hat, wird nicht in das Provisionsinstitut aufgenommen.

II. Anrechnung der bisherigen Dienstzeit.

Den mit 1. Jänner 1909 dem Provisionsinstitut beitretenden Mitgliedern wird von ihrer bis dahin bei der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn vollstreckten ununterbrochenen Dienstzeit ein Zeitraum als Teilnehmungszeit am Provisionsinstitut angerechnet werden, der wie folgt berechnet wird:

Von der ununterbrochenen Dienstzeit jedes einzelnen dieser Mitglieder wird zunächst ein volles Jahr in Abzug gebracht, von dem eventuell verbleibenden Rest wird die Hälfte als Teilnehmungszeit angerechnet. Bei dieser Berechnung resultierende halbe Tage sind unberücksichtigt zu lassen.

Für diese Dienstzeitanrechnung haben die in Betracht kommenden Mitglieder keine Nachzahlung zu leisten.

III. Mittel des Provisionsinstituts.

Die Mittel des Provisionsinstituts bestehen:

- a) aus dem laut Beschluß der am 15. Mai 1908 abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn eingekauft der in das Jahr 1908 fallenden Feste des 60jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I. gemeldeten Betrage von 300.000 Kr.;
- b) aus den Beiträgen der Mitglieder;
- c) aus den Beiträgen der Gesellschaft;
- d) aus den von den Mitgliedern des Arbeiter-Provisionsinstituts heringebrachten Strafgebern;
- e) aus allfälligen Vermächtnissen, Schenkungen und sonstigen Zuflüssen und
- f) aus allfälligen, durch Fruktifizierung des Vermögens erzielten Einnahmen.

IV. Beiträge der Mitglieder.

Die Mitglieder des Provisionsinstituts haben während ihrer aktiven Dienstzeit einen Beitrag von 65 Prozent ihres jeweiligen Diurnums, beziehungsweise Tagelohnes, fixen Tagelohnes oder (bei Altordarbeitern) Grundlohnes zu leisten.

Dieser Beitrag wird den Mitgliedern von den fälligen Quoten ihrer Bezüge seitens der diese Bezüge auszahlenden Kasse unmittelbar in Abzug gebracht.

Die Abzüge beginnen mit dem Tage der Aufnahme in das Provisionsinstitut.

Bediensteten, denen im Falle der Erkrankung kein Anspruch auf Fortbezug ihres Dienstlohnes (Diurnum, Tagelohn, Tagelohn u. s. w.) zusteht, sind die Beiträge, falls sie dieselben nicht schon während der Krankheitsdauer entrichten, nach der Wiederaufnahme des Dienstes von den fälligen Bezügen auf einmal oder über ihr Ansuchen in einer entsprechenden, von der Generaldirektion zu bestimmenden Anzahl von Raten in Abzug zu bringen.

V. Beiträge der Gesellschaft.

Der dem Provisionsinstitut monatlich im nachhinein zuzuführende Beitrag der Gesellschaft besteht in einem Betrage in der Höhe der in dem betreffenden Monate seitens der Mitglieder geleisteten Einzahlungen.

VI. Eintritt der Provisionsberechtigung.

1. Ein Mitglied, welches die statutenmäßigen Beiträge ordnungsmäßig geleistet hat, erwirbt die Provisionsberechtigung nach zehn Jahren wirklicher oder angerechneter Teilnehmungszeit am Provisionsinstitut, wenn es nach Verlauf dieser Zeit nach dem Gutachten des Bahnarztes als dauernd arbeitsunfähig erkannt wird.

2. Einem Mitglied, welches nach dem Gutachten des Bahnarztes infolge eines in Ausübung des Dienstes ohne eigenes großes Verschulden erlittenen Unfalles dienstuntauglich geworden ist, wird, wenn es auch noch nicht zehn Teilnahmehahre am Provisionsinstitut zurückgelegt hat, die für eine Teilnahmehahre von zehn Jahren entfallende Provision bemessen.

VII. Bemessung der Provision der Mitglieder

Die Höhe der Provisionen wird bemessen nach dem Durchschnitt des in den drei letzten Arbeitsjahren (zu 300 Arbeitstagen gerechnet) bezogenen, der Bemessung der Beiträge zugrunde gelegten Lohnes (Diurnums, beziehungsweise Tagelohnes, Tagelohnes oder Grundlohnes).

Die Provision beträgt nach zehnjähriger wirklicher oder angerechneter Teilnehmungszeit 30 Prozent (dreißig Prozent) des Durchschnittslohnes und steigt für jedes weitere Teilnahmehahre bis zum vollendeten 30. Teilnahmehahre um je 20 des Durchschnittslohnes bis zu 70 Prozent (siebzig Prozent) dieses Durchschnittslohnes. Eine höhere Provision als 70 Prozent des Durchschnittslohnes wird in der Regel nicht gewährt; ausnahmsweise kann jedoch Mitgliedern mit einer mindestens dreißigjährigen zufriedenstellenden Dienstleistung eine Provision bis zu 90 Prozent (neunzig Prozent) des Durchschnittslohnes von der Generaldirektion der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn gewährt werden.

Bei schon erlangter Provisionsberechtigung wird eine Teilnehmungszeit von mehr als sechs Monaten über das letzte volle Teilnahmehahre als volles Jahr in Anschlag gebracht.

Wenn die nach den vorstehenden Bestimmungen zu bemessende normalmäßige Jahresprovision weniger als 300 Kr. betragen sollte, dann hat an Stelle der normalmäßigen Provision eine außerordentliche Provision von 300 Kr. jährlich zu treten.

In den die normalmäßige Provision übersteigenden Betrag der außerordentlichen Provision ist ein etwaiger Nebenbezug des Bediensteten einzurechnen.

Als solcher Nebenbezug ist anzusehen:

- a) eine auf Grund der hiesigen oder ausländischen Unfallversicherungsgesetze zuerkannte Unfallrente oder im Falle der Auszahlung eines Kapitals an Stelle der Unfallrente die vierprozentigen Zinsen dieses Kapitals;

b) eine Entschädigung auf Grund des Haftpflichtgesetzes vom 5. März 1869, R.-G.-Bl. Nr. 27, oder auf Grund einer sonstigen gesetzlichen Bestimmung und zwar sowohl eine Rente als auch die vierprozentigen Zinsen eines Entschädigungskapitals und

c) eine aus Betriebsmitteln der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn oder aus den Mitteln eines Unterhaltungsfonds gewährte Zusage (Unterstützung, Provisionszuschuß).

VIII. Austritt aus dem Provisions-Institut.

1. Mitglieder, welche noch nicht provisionsberechtigt sind, haben, wenn sie ohne ihr Verschulden und ohne ihr Verlangen aus dem Dienste ausscheiden müssen, Anspruch auf Wiedererstattung der von ihnen in das Provisions-Institut geleisteten Einzahlungen.

2. Mitglieder, die strafweise aus dem Dienstverband entlassen werden, verlieren für sich, ihre Gattin und Kinder alle Ansprüche an das Provisions-Institut.

3. Mitglieder, welche freiwillig aus dem Dienste austreten, verlieren für sich, ihre Gattin und Kinder jeden wie immer gestarteten Anspruch an das Provisions-Institut.

IX. Beginn und Dauer des Provisionsgenusses der Mitglieder.

Der Provisionsgenuss eines Mitgliedes beginnt mit dem Tage der Einstellung der Aktivitätsbezüge, beziehungsweise des Krankengeldes und dauert, mit Ausnahme der Fälle der Reaktivierung und der Vervielfachung des Provisionsgenusses, bis zum Ableben des Provisionsisten.

X. Verwirkung des Provisionsgenusses.

Der Anspruch auf den Bezug einer schon zuerkannten Provision wird verwirkt, wenn

- a) der Provisionsist wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurde,
- b) ein Provisionsist sich weigert, der Aufforderung zum Wiedereintritt in den aktiven Dienst unter Flüssigmachung seiner letzten Aktivitätsbezüge Folge zu leisten.

XI. Provisionsanspruch der Witwe.

1. Die Witwe eines Mitgliedes, welches bei seinem Tode provisionsberechtigt war, oder doch provisionsberechtigt gewesen wäre, hat, sofern die Ehe nach österreichischem Gesetze gültig ist und keiner der statuierten Ausnahmefälle zutrifft, Anspruch auf eine Witwenprovision.

2. In folgenden Fällen hat die Witwe keinen Anspruch auf eine Witwenprovision:

- a) wenn die Ehe mit dem verstorbenen Mitglied erst innerhalb eines Jahres vor dessen Ableben zu einer Zeit geschlossen wurde, als dieses Mitglied bereits im Krankenstande geführt wurde;
- b) wenn die Witwe ihren Gatten im Provisionsstande geheiratet hat, insofern derselbe nicht wieder in aktiver Dienstleistung getreten ist;
- c) wenn die Witwe zur Zeit des Todes ihres Gatten mit demselben nicht in ehelicher Gemeinschaft lebte, und nicht zu erweisen vermag, daß sie an der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft keine Schuld trage, und
- d) wenn sie einen unfittlichen, öffentlichen Vergernis erregenden Lebenswandel führt.

Die Witwe eines Mitgliedes, welches vor erlangter Provisionsberechtigung nach dem Gutachten des Bahnarztes infolge eines in Ausübung des Dienstes ohne eigenes großes Verschulden erlittenen Unfalles gestorben ist, wird gleich der Witwe eines bei seinem Tode provisionsberechtigten Mitgliedes behandelt.

XII. Ausmaß der Witwenprovision.

1. Die Jahresprovision der Witwe beträgt normalmäßig 50 Prozent jener Provision, welche ihr Mann bezog oder im Zeitpunkt seines Todes zu beziehen berechtigt gewesen wäre.

2. Doch darf die Witwenprovision den dritten Teil der für die Provisionsbemessung maßgebenden Lohnsumme des Gatten (Durchschnitt des in den drei letzten Arbeitsjahren bezogenen Lohnes) nur in den Fällen des nachfolgenden Absatzes übersteigen.

3. Wenn die normalmäßige Jahresprovision einer Witwe weniger als 240 Kr. betragen sollte, dann hat an die Stelle der normalmäßigen Provision eine außerordentliche Provision von 240 Kr. jährlich zu treten.

4. In den die normalmäßige Provision übersteigenden Betrag der außerordentlichen Provision ist ein etwaiger Nebenbezug der Witwe einzurechnen. Was als Nebenbezug gilt, ist oben im VII. Abschnitt (am Schluß) gesagt.

5. War die Witwe eines Mitgliedes, welches bei Eingehung der Ehe das 55. Lebensjahr überschritten hatte, mehr als 15 Jahre jünger als der verstorbene Gatte, so wird die (normalmäßige oder außerordentliche) Witwenprovision für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 10 bis einschließlich 20 Jahre um ein Zwanzigstel gekürzt.

6. Die nach Ziffer 5 vorzunehmenden Kürzungen der Witwenprovision sind auf die Höhe der nach dem XV. Abschnitt zu bemessenden Erziehungsbeiträge und Waisenprovisionen ohne Einfluß.

XIII. Abfertigung nicht provisionsberechtigter Witwen.

1. Die Witwe eines vor erlangter Provisionsberechtigung verstorbenen Mitgliedes erhält, wenn sie nicht nach den Bestimmungen des XI. Abschnittes in den Bezug der Provision tritt, eine einmalige Abfertigung, bestehend in einem Viertel der für die Provision maßgebenden Jahreslohnsumme des Gatten (VII. Abschnitt).

2. Keinen Anspruch auf Abfertigung hat die Witwe, wenn dieselbe zur Zeit des Todes ihres Gatten mit demselben nicht in ehelicher Gemeinschaft lebte und nicht zu erweisen vermag, daß sie an der Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft keine Schuld trage.

XIV. Beginn, Dauer und Verwirkung des Provisionsbezuges der Witwen.

1. Der Provisionsgenuss der Witwe beginnt mit dem Tage der Einstellung der Aktivitätsbezüge (beziehungsweise des Krankengeldes) oder der Provision des Gatten und dauert bis zu ihrem Tode oder ihrer Wiederverheiratung fort, sofern sie denselben nicht nach den Bestimmungen des XI. Abschnittes verlor.

2. Im Falle der abermaligen Verwitwung tritt die Witwe, sofern nicht mittlerweile Umstände eingetreten sind, welche sie von dem Fortbezuge der Witwenprovision ausschließen, von neuem in den Provisionsgenuss.

3. Wenn der Witwe auch aus der späteren Ehe ein Anspruch auf eine Provision oder Pension aus einem Fonds der ausschließlich privilegierten Buschthierader Eisenbahn zukommt, so gebührt ihr nur ein, und zwar bei ungleichen Beiträgen der höhere Versorgungsgenuss.

4. Eine Witwe, welche wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wird oder einen unfittlichen, öffentlichen Vergernis erregenden Lebenswandel führt, verliert den Provisionsgenuss.

XV. Erziehungsbeiträge und Waisenprovisionen.

1. Für die ehelichen Kinder, welche aus einer Ehe stammen, die die Frau zur Erlangung einer Provision berechtigt, gebührt der Witwe, wenn sie selbst auf eine fortlaufende Provision Anspruch hat, ohne Rücksicht auf die Anzahl der vorhandenen Kinder ein Erziehungsbeitrag in der Höhe von einem Fünftel der wirklich zur Auszahlung gelangenden Witwenprovision für jedes unverfögte, in ihrer Verpflegung stehende Kind.

2. Es darf jedoch die Summe aller Erziehungsbeiträge den Betrag der Witwenprovision nicht übersteigen.

3. Elternlose Waisen haben Anspruch auf eine Waisenprovision in dem Gesamtbetrag der Hälfte jener Witwenprovision,

die von ihrer Mutter oder ihrer Stiefmutter bezogen wurde, beziehungsweise derselben nach den Bestimmungen des XII. Abschnittes gebührt hätte. (Vergleiche auch Ziffer 5.)

4. Wird die Witwe des Provisionsgenusses nach dem XI. Abschnitt, Ziffer 2a und d, nicht teilhaftig oder wegen Wiederverheiratung oder nach den Bestimmungen des XIV. Abschnittes, Ziffer 4, verlustig, so werden die Kinder bezüglich der Erziehungsbeiträge, beziehungsweise Waisenprovision als elternlose Waisen behandelt.

5. Sollte die Summe der normalmäßigen Erziehungsbeiträge, welche nach Ziffer 1 der Mutter gebührt hätte, den Betrag der Waisenprovision überschreiten, so ist der Mehrbetrag als Zulage zur Waisenprovision nach Köpfen anzuweisen und zwar mit der Maßgabe, daß bei dem jedesmaligen Austritt eines Kindes aus der Bezugsberechtigung der Betrag des auf dasselbe entfallenden Erziehungsbeitrages in Abfall kommt und dies so lange, bis jener Mehrbetrag vollkommen verschwindet und nur noch die Waisenprovision im vollen Betrag erübrigt.

6. Die Waisenprovision samt Zulagen darf in keinem Falle die Höhe der Witwenprovision überschreiten.

7. Die fortlaufenden, normalmäßigen Versorgungsgenüsse der Witwe und der Kinder dürfen zusammen die Provision nicht überschreiten, die der Gatte, beziehungsweise Vater im Zeitpunkt seines Todes bezog oder zu beziehen berechtigt gewesen wäre, dabei aber keinesfalls mit einem geringeren Betrag als mit zusammen 240 Kr. jährlich bemessen werden.

XVI. Dauer des Bezuges der Erziehungsbeiträge und Waisenprovisionen.

1. Der Anspruch auf einen Erziehungsbeitrag, beziehungsweise eine Waisenprovision erlischt:

- a) mit dem vollendeten 18. Lebensjahr;
- b) mit der Verheiratung oder mit der früheren Erlangung einer Versorgung;
- c) mit der Verurteilung wegen eines Verbrechens oder
- d) mit dem Ableben.

2. Nach Vollendung des 18. Lebensjahres kann der Fortbezug des Erziehungsbeitrages, beziehungsweise der Waisenprovision über Ansuchen solcher bedürftigen Kinder von der Generaldirektion bewilligt werden, welche wegen Geistes- oder Selbstverbrechens erwerbsunfähig sind.

XVII. Abfertigung der Waisen.

Die ehelichen elternlosen und unverfögten, noch nicht 18 Jahre alten Waisen nach einem Mitglied, welches bei seinem Tode weder provisionsberechtigt war, noch provisionsberechtigt gewesen wäre, erhalten zusammen jene Abfertigung, welche der Witwe, falls sie beim Tode ihres Gatten noch am Leben gewesen wäre, gebührt hätte.

XVIII. Auszahlung der Fondsleistungen.

1. Die Provisionen, Abfertigungen und Erziehungsbeiträge werden, insofern diese Bezüge nicht durch einen gerichtlichen oder außergerichtlichen Einstellungs- oder Exekutionschritt getroffen sind, nur an die bezugsberechtigten Personen, beziehungsweise an deren gesetzliche Vertreter gegen Quittung ausbezahlt.

2. Die Auszahlung der Provisionen und Erziehungsbeiträge erfolgt in monatlich vorzulegenden Raten gegen Vorbringung einer legalen Lebensbescheinigung seitens der bezugsberechtigten Personen. Die Witwe hat außerdem auch eine legale Bescheinigung über ihren Witwenstand beizubringen.

3. Tritt im Laufe des Bezugsmonats in den Verhältnissen des Provisionsisten oder seiner Hinterbliebenen eine solche Veränderung ein, die das Aufhören des Versorgungsgenusses bedingt, so findet eine Nachforderung der bereits rechtmäßig zur Auszahlung gelangten Gebühre weder im vollen, noch in einem Teilbetrag statt.

XIX. Uebergangsbestimmungen.

Vorstehende provisorische Grundsätze haben auf jene gemessenen hiesigen Bediensteten, welche am 1. Jänner 1909 nicht mehr in aktiven Dienste (in aktiver Verwendung) standen, dann auf die Hinterbliebenen dieser Bediensteten keine Anwendung zu finden.

Wie schon eingangs bemerkt wurde, werden die vorstehenden provisorischen Grundsätze mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der definitiven Festsetzung, eventuell der Abänderung durch die hinausgegebenen Statuten des neuen Provisionsinstituts, für welche Statuten die erforderlichen Genehmigungen ausdrücklich vorbehalten werden, mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1909 festgesetzt.

Die Dienstverhältnisse werden angewiesen, bis längstens 31. Jänner 1909 Konfigurationen über jene Bediensteten, welche im Sinne der obigen provisorischen Grundsätze mit 1. Jänner 1909 Mitglieder des neuen Provisionsinstituts werden, anher (und zwar direkt an die Generaldirektionsabteilung X) vorzulegen; diese Konfigurationen haben insbesondere bei jedem einzelnen Bediensteten sein genaues Geburtsdatum sowie seine gesamte ununterbrochene Dienstzeit, dann den nach den obigen Bestimmungen, II. Abschnitt, anrechenbaren Teil dieser bisheriger Dienstzeit auszuweisen. Analoge Konfigurationen sind dann auch in Zukunft — bis zur Hinausgabe anderweitiger Vorschriften über die Anmeldungen der Mitglieder des Provisionsinstituts — monatlich, und zwar stets bis zum 15. eines jeden Monats, hinsichtlich jener Bediensteten vorzulegen, bei welchen die Voraussetzungen für den Eintritt zum Provisionsinstitut in dem betreffenden Monat eingetreten sind. In diesen letzteren Fällen sind auch Ausweise über die in dem betreffenden Monat ausgeschiedenen Mitglieder des Provisionsinstituts anher (und zwar gleichfalls direkt an die Generaldirektionsabteilung X) vorzulegen. Bei der Verfassung der obigen Konfigurationen sind insbesondere auch die Bestimmungen über das Maximalalter (oben I. Abschnitt) zu beachten und es sind die Konfigurationen über die aufzunehmenden Mitglieder des Provisionsinstituts mit den Dokumenten (Taufschein, Matriculauszug u. c.), aus denen das Geburtsdatum der betreffenden Bediensteten verlässlich entnommen werden kann, zu belegen.

Für die Richtigkeit der in Rede stehenden Konfigurationen, beziehungsweise Ausweise, bei deren Verfassung mit größter Sorgfalt und Genauigkeit vorzugehen ist, werden die Dienstverhältnisse persönlich verantwortlich gemacht.

Die nach den obigen provisorischen Grundsätzen behufs Vereinerung der Beiträge der Mitglieder durchzuführenden Lohnabzüge sind — ohne weitere Weisung abzumachen — in den Lohnlisten über die ab 1. Jänner 1909 gehörenden Bezüge durchzuführen.

Weigelt wird noch, daß betreffs der Aenderung der in Betracht kommenden Bestimmungen der Arbeitsordnungen für die Hilfsanstalten und Regiebauten Weisung nachfolgen wird.

Die vorliegende Dienstvorschrift ist den Bediensteten in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen.

Prag, am 20. Jänner 1909.

(Unterschrift unleserlich.)

Was wir zu dem vorliegenden Entwurf zu sagen hätten, ist folgendes: Anerkennenswert ist, daß die Verwaltung diesen Entwurf selbst als provisorisch bezeichnet und nicht daran denkt, dem Personal gleich definitive Statuten mit allen ihren Fehlern und Mängeln aufzutrotzen, sondern daß sie ein Rahmenstatut vorlegt, damit das Personal darüber diskutieren kann.

Wir begrüßen diesen Vorgang und wollen dazu redlich beitragen, daß das definitive Statut zu einem Musterstatut wird.

In erster Linie würden wir wünschen, daß der gleich im ersten Absatz vorkommende Satz: „Ständige, das ganze Jahr hindurch beim hiesigen“

Eisenbahnunternehmen beschäftigte Arbeiter z. pr. präzis interpretiert wird, da man, wie allgemein bekannt, bei den Oberbauarbeitern Leute findet, die wohl jahrelang „ständig“ beschäftigt werden, jedoch im Winter aussetzen müssen und diese Zeit als eine Unterbrechung der Dienstzeit angesehen wird. Hier muß daher unbedingt Klarheit herrschen.

Obwohl müssen wir unserem Stammen Ausdruck verleihen, daß die Verwaltung die Werkstättenarbeiter, für welche der bestehende Provisions- und Unterstützungsfonds für das Werkstättenpersonal der B. G. B. auch des weiteren bestehen bleibt, von der Mitgliedschaft der neu zu schaffenden Institution ausschließt. Wir sind der Ansicht, daß die Kumulierung der beiden Institutionen den Arbeitern nur zum Vorteil gereichen würde.

Auch das im Artikel I, Abs. 2 festgesetzte Maximalalter von 40 Jahren befremdet uns, weil durch diese Bestimmung eine große Anzahl von Arbeitern von der Wohltat einer Altersversorgung ausgeschlossen werden würde.

Die im Artikel II, Abs. 2 und 3 ausgesprochene Anrechnung der Hälfte der zurückgelegten Dienstzeit ist wirklich eine liberale Tat, der man Anerkennung zollen muß; es wäre — wie schon erwähnt — zu wünschen, daß die Grenze des Maximalalters mindestens bis zu 50 Jahren erhöht wird. Die Anrechnung geschieht in der Weise, daß von der ununterbrochenen Dienstzeit jedes einzelnen Mitgliedes vorerst ein volles Jahr in Abzug gebracht und von dem eventuell verbleibenden Rest die Hälfte als Teilnahmszeit angerechnet wird. Für diese Dienstanzrechnung haben die in Betracht kommenden Mitglieder keine Nachzahlung zu leisten. Diese Bestimmung kann man wirklich als eine Tat der sozialen Fürsorge bezeichnen.

Laut Artikel IV ist der laufende Beitrag mit 65 Prozent bestimmt, zu welchem die Gesellschaft einen ebenso hohen Beitrag leistet. Im Falle der Erkrankung hat das Mitglied von den fälligen Beiträgen die Beiträge entweder auf einmal oder über Ansuchen in einer entsprechenden von der Verwaltung zu bestimmenden Anzahl von Raten zu leisten.

Im Artikel VI, Abs. 2 vermissen wir eine Bestimmung, welche die Frage der Anrechnung von Jahren regelt, für jene Arbeiter, die im Dienste verunglücken, erwerbs- und berufsunfähig werden und länger als 10 Jahre Mitglieder des Provisionsfonds sind; gehen solche Leute ganz leer aus? Auch die Bestimmung, daß der Anspruch auf Anrechnung von Jahren von dem Gutachten des Bahnarztes allein abhängig gemacht wird, befriedigt uns nicht. Bei der bekannten „Objektivität“ vieler dieser Herren dürften die armen Verunglückten nicht viel profitieren.

Im Artikel VII, Bemessung der Provision der Mitglieder, macht die Verwaltung einen Abstecker ins Reaktionsäre. Nach dem Vorbild braucht man nicht weit zu suchen: es ist der Herr Ritter von Lauffig von der St. G. G. Freilich, „böse Beispiele verderben gute Sitten.“ Wir glauben fest, daß die B. G. B. ihre soziale Fürsorge für die alten arbeitsunfähigen Bediensteten soweit ausdehnen wird, daß sie zumindest in puncto Bemessung der Provision jene Vorteile gewährt, die den k. k. Staatsbahnen im Vorjahre zugesprochen worden sind.

Ebenfalls engherzig kommen uns die Bestimmungen der Artikel VIII, Abs. 3 (Anspruch der freiwillig austretenden Mitglieder), Artikel XI, lit. c (Provisionsanspruch einer nicht in Ehegemeinschaft lebenden Witwe) und lit. d, Artikel XII, Abs. 2 (Ausmaß der Witwenprovision), Abs. 5 (Berechnung der Provision der Witwe eines Mitgliedes, das das 55. Lebensjahr überschritten hat und die Altersdifferenz bei der Frau mehr als 15 Jahre beträgt, das heißt, daß sie um so viel Jahre jünger ist), Artikel XIII, Abs. 2 (Anspruch einer nicht in ehelicher Gemeinschaft lebenden Witwe), ebenso sind die Bestimmungen über die Erziehungsbeiträge der Waisen, Artikel XV, nicht einwandfrei und sehr engherzig gehalten. Wir hoffen, daß sich die geehrte Verwaltung bei Überprüfung dieser provisorischen Bestimmungen von einem moderneren Geist leiten läßt und das definitive Statut im Eisenbahner mit den gewählten Arbeitervertretern so ausgestaltet, daß ein jeder provisorische Bedienstete und Arbeiter aus vollem, dankbaren Herzen wird sagen können: „Jetzt ist mir um meine und meiner Lieben Zukunft nicht bange, mit dem bin ich zufrieden!“ —d—

Was leistet die Organisation?

(Fortsetzung.)

Aktion des Personals in Reichenberg.

Durchführung: Wegen nichtentsprechender Durchführung der anlässlich der passiven Resistenz gemachten Zugeständnisse wendete sich das Personal in einem dessen Wünsche enthaltenden Memorandum an die Direktion, auf welches eine abweisliche Erklärung und unmittelbar darauf die Entlassung zweier Deputationsmitglieder (Genossen Skotepa und Hillebrand) erfolgte. Das Magazinspersonal, welchem die beiden Vertrauensmänner angehörten, bemächtigte sich wegen dieses Gewalttates große Erregung, welche dahin führte, daß das Magazinspersonal am 21. Mai 1906 die Arbeit einstellte und erklärte, diese erst nach erfolgter Wiederaufnahme der beiden entlassenen Vertrauensmänner wieder aufnehmen. Die Stationsleitung bemühte sich erfolglos, Streikbrecher zu erhalten, da die hierzu Kommandierten von anderen Stationen, sobald sie die Situation erkannten, trotz Drohungen und Einschüchterungen die Arbeit nicht verrichteten. Nach den durch die Organisation mit der Direktion eingeleiteten Unterhandlungen wurde die Arbeit von den Magazinsarbeitern wieder aufgenommen. Die Intervention des Vertreters der Organisation wegen Wiederaufnahme der beiden entlassenen Vertrauensmänner blieb leider erfolglos, da angeblich der eine der beiden Genossen bei Ueberreichung des Memorandums an den Inspektor Götting Drohungen ausgesprochen haben soll. Mit dieser Aktion im Zusammenhang wurde auch der damalige Obmann der Ortsgruppe Reichenberg Genosse Sperlich gemeldet, das heißt „aus Dienstesrückständen“ nach Königsgrätz veretzt. Bezüglich dieser Aktion verweisen wir auf den Artikel im „Eisenbahner“ Nr. 16/1906.

Die Forderungen der Gleisereiarbeiter in der Werkstätte in Reichenberg.

Durchführung: Zugleich mit der Ueberreichung der Forderungen der in den Privatbetrieben beschäftigten Gleisereiarbeiter erfolgte auch die Ueberreichung der Forderungen der Gleisereiarbeiter in der Reichenberger Werkstätte.

Erfolg: Infolge Intervention der Organisationsvertreter sowohl bei der Werkstättenleitung in Reichenberg als

auch bei der Direktion in Wien kam es zu einem befriedigenden Abschluß. (Siehe hierüber den Bericht im „Eisenbahner“ Nr. 18/1907.)

Aktion der Verschieber.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung eines die Forderungen enthaltenden Memorandums.
Erfolg: Mäßigung der Dienstzeit, Verlängerung der Ruhezeit und Gewährung eines dienstfreien ganzen Tages im Monat.

Aktion der Aushilfswächter der Bahnerhaltungsektion Josefstadt.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung eines Gesuches um Gleichstellung mit den Streckenwächtern.

Aktion der Zugbegleiter in Prag.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung einer Eingabe um Verringerung der Turnusse, Gewährung einer Ortszulage und Gewährung einer Umzugskostenentschädigung für die nach Prag veretzten Zugbegleiter.

Erfolg: Entschädigung der Ueberstellungskosten; die Zuerkennung einer Stationszulage sowie die Verringerung der Turnusse wurde in Aussicht gestellt.

Aktion der Oberheizer des Heizhauses in Prag.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung einer Eingabe um Durchführung des zwölfstündigen Dienstes mit darauffolgender zwölfstündiger Ruhezeit. — Bisher nicht erledigt.

Ansuchen des Gesamtpersonals um Ausfolgung der Statuten des Provisionsfonds an die Mitglieder.

Durchführung: Intervention des Vertreters der Organisation bei der Direktion.

Erfolg: Dem Ansuchen wurde ohne weiteres Folge gegeben und die Vertrauensmänner mittels Zirkulars der Zentrale verständigt, die Ausfolgung der Statuten bei den Vorständen zu verlangen.

Wahlen in den Zentralkomitee und in die Lokalkomitees des Unterstützungsfonds.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten für den Zentralkomitee in Wien, als auch für die Lokalkomitees in Nürnberg, Prag und Reichenberg. Verendung einer Flugschrift und Abdruck der Kandidatenliste im „Eisenbahner“ in den Nummern 21 und 22/1906.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden mit großer Majorität gewählt. (Siehe „Eisenbahner“ Nr. 25/1906.)

Wahlen in den Verwaltungsausschuß des Lebensmittelmagazins.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten im Einverständnis mit dem Eisenbahnbeamtenverein. Verendung einer Flugschrift und Abdruck der Kandidatenliste im „Eisenbahner“ Nr. 3/1907. Zwei unserer Kandidaten wurden auch in die Liste der Gegner aufgenommen. Die beiden Genossen verwarfen sich dagegen in einer Erklärung im „Eisenbahner“ Nr. 3/1907.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden mit großer Majorität gewählt. (Siehe „Eisenbahner“ Nr. 6/1907.)

Wahl der Personalkommission.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten, Drucklegung und Verendung der Flugschriften und Klebegettel. — Die Bestimmungen für die Personalkommission sind im „Eisenbahner“ Nr. 2/1908 abgedruckt.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden zum größten Teil gewählt. (Siehe „Eisenbahner“ Nr. 4/1908.)

Der Bericht über die am 5. und 6. März 1908 in Wien stattgefundenen Konferenzen der Personalkommissionsmitglieder ist im „Eisenbahner“ Nr. 9 und 10/1908 abgedruckt.

Die Protokolle über die Sitzungen der Personalkommission sind in nachstehenden Nummern des „Eisenbahner“ abgedruckt: 14/1908 Sektion Arbeiter (30. und 31. März 1908), 17/1908 Sektion Unterbeamte (20. und 21. März 1908), 20 und 21/1908 Sektion Diener (26. und 27. März 1908).

Eine Deputation aus der Personalkommission sprach am 13. Juli 1908 bei der Direktion vor, um die Durchführung der eingebrachten Anträge zu urgieren. (Siehe „Eisenbahner“ Nummer 21/1908.)

Buchstiehrader Eisenbahn.

Aktion des Gesamtpersonals.

Durchführung: Am 16. April 1905 tagte in Komotau eine Delegiertenkonferenz, in welcher die dringenden Forderungen aufgestellt und über die Art der zur Durchsetzung dieser Forderungen einzuleitenden Aktion beraten wurde. Eine der Hauptforderungen ist die nach Verringerung der Statuten des Provisions- und des Unterstützungsfonds. (Siehe Bericht im „Eisenbahner“ Nr. 10/1905.)

Erfolg: Die verlangte Verringerung der Statuten des Provisionsfonds (§ 33) sowie des Unterstützungsfonds (§ 18) wurde durchgeführt. (Siehe hierüber den Artikel im „Eisenbahner“ Nr. 16/1906.)

Aktion der Oberbauarbeiter der Strecke Postwitz-Luzna-Lisau.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung von Gesuchen um Verringerung der täglichen Arbeitszeit.

Wahlen in den Ausschüß des Provisionsfondsinstituts.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten. Verendung der Kandidatenliste und Veröffentlichung derselben im „Zelesnični zvezec“ und im „Eisenbahner“ Nr. 17/1906. Bezüglich Durchführung der diesmal nicht mehr durch Wahlmänner, sondern direkt vorgenommenen Wahlen verweisen wir auf die Notiz im „Eisenbahner“ Nr. 17/1906.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden gewählt und auch von der Direktion bestätigt.

Für die Wahlen im Juni 1908 wurden ebenfalls die Kandidaten aufgestellt und die Mitglieder des Fonds auf diese Wahlen aufmerksam gemacht. (Siehe „Eisenbahner“ Nummer 16/1908.)

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Das Wahlergebnis ist im „Eisenbahner“ Nr. 21/1908 abgedruckt.

Aktion des Provisionsfondsausschusses.

Durchführung: Zum Zweck der Einbeziehung eines Teiles des Quartiergeldes wurden im Fondsausschuß die geeigneten Anträge gestellt und eine diesbezügliche Petition in Vorlage gebracht.

Erfolg: Dem gestellten Ansuchen wurde Folge gegeben.

Wahlen in den Ausschüß des Provisionsfondsinstituts.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten und Verendung der Vertrauensmänner.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden gewählt.

Wahl in den Ausschüß der Betriebskrankenkasse.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten, Drucklegung und Verendung der Kandidatenliste.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden gewählt.

Wahl der Personalkommission.

Durchführung: Aufstellung der Kandidaten, Drucklegung und Verendung der Flugschriften und Klebegettel.

Erfolg: Die von der Organisation aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Die Liste der Gewählten ist im „Eisenbahner“ Nr. 14/1908 abgedruckt.

Die von der Personalkommission einzubringenden Anträge sind im „Eisenbahner“ Nr. 18/1908 abgedruckt. — Die Bestimmungen für die Personalkommission sind im „Eisenbahner“ Nr. 16/1908 veröffentlicht.

Böhmische Nordbahn.

Die Forderungen der Werkstättenarbeiter.

Durchführung: Abhaltung einer Versammlung und Auffstellung der Forderungen. Verfassung und Ueberreichung eines diesbezüglichen Memorandums an die Direktion. (Siehe Bericht im „Eisenbahner“ Nr. 23/1905.)

Erfolg: Außer den durch die passive Resistenz erzielten Erfolgen wurden noch seitens des Direktors mündlich nachstehende Zugeständnisse gemacht: Bezug von Regieholz zu den für das definitive Personal geltenden Preisen. Erhöhung des Grundlohnes um 10 S. von zwei zu zwei Jahren. Alterspension von 1 Kr. per Tag auf Lebenszeit.

Aktion der Oberbauarbeiter der Bahnerhaltungsektion Jungbunzlau.

Durchführung: Verfassung und Ueberreichung eines Gesuches um Lohnverhöhung.

Erfolg: Dem Ansuchen wurde stattgegeben und die Tagelöhne um 10 bis 20 S. erhöht. (Schluß folgt.)

Inland.

Eisenbahneranträge im Parlament. Die Abgeordneten Müller und Lomschik haben vor einigen Tagen zwei für die Eisenbahner nicht unwichtige Anträge im Reichsrat überreicht. Die Anträge haben folgenden Wortlaut:

Antrag

der Abgeordneten Rudolf Müller, Lomschik und Genossen betreffend Beziehung von Vertretern der Arbeiterschaft und der Eisenbahnangestellten im besonderen, zum Staatseisenbahnrat.

Für die vielfältigen und komplizierten Fragen des Verkehrs fungiert der Staatseisenbahnrat als eine wichtige beratende Körperschaft, in der die Wünsche und Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen von Interessenten zum Ausdruck gebracht werden. Entsprechend den Zwecken und Aufgaben der genannten Körperschaft haben bisher auch die verschiedenen sozialen Berufs- und Interessengruppen darin ihre Vertretung gefunden erhalten, die solcherart auch bei der Lösung wichtiger Verkehrs-, insbesondere Tariffragen, entsprechend mitwirken konnten.

Von diesem Rechte, das der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft und dem Gewerbe eingeräumt ist, ist bisher nur die Klasse der Lohnarbeiterschaft im allgemeinen sowie auch die Angestellten der Eisenbahnen im besonderen ausgeschlossen gewesen. Mit Rücksicht darauf, daß aber auch diese Klassen von den Fragen des Verkehrs und des Handels innigst berührt werden, da sich aus ihnen sowohl der größte Teil der Reisenden als der durch die Fragen der Tarifbildung z. B. berührten Konsumenten rekrutiert, daß weiters die Eisenbahnangestellten selbst als lebendig mitwirkende an dem Verkehr interessiert sind, stellen die Gefertigten den Antrag:

Als Vertreter in den bestehenden Staatseisenbahnrat seien zu den bereits vorhandenen Interessengruppen auch Vertreter der Klasse der Lohnarbeiterschaft sowie Vertreter des Eisenbahnpersonals, abgestuft nach den Dienstgruppen der a) Beamten, b) Diener, c) Arbeiter, beizuziehen, damit auch in Bezug auf die Verkehrsfragen z. B. die Wünsche aller Schichten zum Ausdruck gelangen und ein gedeihliches Wirken dieser Körperschaft ermöglicht wird.

In meritotischer Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag ohne erste Lesung dem Eisenbahnausschuß zuzuwenden.

Der zweite Antrag verlangt die Einführung von Sicherheitsmännern im Bahndienst und lautet:

Antrag

der Abgeordneten Rudolf Müller, Lomschik und Genossen betreffend Einführung von Sicherheitsmännern im Eisenbahnbetrieb.

Die Aufsicht im Betrieb der Eisenbahnen wird durch die Verordnungen des Handelsministeriums vom 18. Oktober 1876, 3. 30.084, und durch die kaiserliche Verordnung vom 16. November 1881, R.-G.-Bl. Nr. 1 ex 1882, durch die Generalinspektion und deren Organe gehandhabt. Erfahrungsgemäß hat diese Institution bisher ihren Aufgaben keineswegs vollständig gerecht werden können, und zwar schon deshalb, weil ihr die Vertrauenswürdigkeit und der unmittelbare Zusammenhang mit den den Verkehr ausübenden Organen fehlt. Speziell was die hygienischen und sanitären Vorfragen in den für das Eisenbahnpersonal bestimmten Dienst- und Uebernachtungsräumen anbelangt, mehrten sich die berechtigten Klagen, unausgesetzt. Da aber sowohl die Fragen der Hygiene wie der Sicherheit des Verkehrs nicht allein im Interesse der Eisenbahnbediensteten allein, sondern in dem der Allgemeinheit gelegen sind, beantragen die Gefertigten:

Die Regierung wird aufgefordert, dem Hause ehestens einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem in entsprechend auf den Verkehr angewandter Weise wie in dem vom Arbeitsministerium geplanten Gesetzentwurf betreffend Einführung von Sicherheitsmännern im Bergbau, auch für den Eisenbahnbetrieb ähnliche Organe aus den Reihen der aktiven Bediensteten zur Eisenbahnaufsicht herangezogen werden.

Es handelt sich hier um die Schaffung von Inspektionsorganen aus den Kreisen der aktiven Bediensteten, wie sie in ähnlicher Weise durch den Gesetzentwurf des Arbeitsministeriums betreffend die Einführung von Sicherheitsmännern im Bergbau geplant sind. Dagegen verlangt der erstgenannte Antrag eine Erweiterung des Staatseisenbahnrates, der bis heute noch eine bevorzugte Ständevertretung darstellt. Während nämlich Industrie, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel vertreten ist und als beratende Körperschaft der Regierung in Verkehrsfragen fungiert, hat sowohl die Eisenbahnerchaft selbst wie die Arbeiterschaft überhaupt in derselben keine Vertretung, wiewohl sie durch die Fragen der Eisenbahnpolitik und der Tarife eng berührt werden. Daß auch hier wie in allen Vertretungskörpern eine Demokratisierung Platz greife, verlangt daher der Antrag mit Recht.

Zur Regelung der Fahrgebühren auf den k. k. Staatsbahnen. In der letzten Nummer unseres Blattes berichteten wir, daß von der am 18. Mai l. J. stattgefundenen Konferenz der Zugbegleiter der k. k. Staatsbahnen und der k. k. Nordbahn, die aus den Genossen Schöber, Babitsch, Gattinger, Jöl und Kocinel bestehende Deputation beauftragt wurde, die Beschlässe der Konferenz dem Eisenbahnministerium mitzuteilen. Die genannten Genossen sprachen sofort nach der Konferenz unter Führung des Reichsratsabgeordneten Genossen Lomschik im Parlament und zwar in Verbindung des Eisenbahnministers infolge der Budgetaufschüßigung beim Sektionschef Dr. Böll vor. Die Deputation vertrat auf das energischste die Forderung der Zugbegleiter nach Gleichstellung der Fahrgebühren beim Personenzug und Lastzug und zwar auf Grund der ursprünglichen Forderung, wie dieselbe in der am 10. Dezember 1908 stattgefundenen Sitzung des Zentralkomitees der Personalkommission vertreten wurde. Der Antrag lautete:

Regelung der Fahrgebühren in der Richtung, daß das Stundengeld für die Fahrt im Dienste einheitlich für alle Rüge (Personen- und Lastzüge etc.) für den Zugführer und Manipulationskondukteur 30 G., für den Kondukteur 20 G., für die Fahrdauer ohne Dienst und den dienstlichen Aufenthalt außerhalb der Domizilstation für den Zugführer und Manipulationskondukteur 10 G., für den Kondukteur 8 G. beträgt.

Sektionschef Dr. Böll verwies in seiner Antwort auf die im Budgetausschuß seitens des Eisenbahnministers abgegebene Erklärung, wonach er bereit sei, sich wegen der Glättungsmachung des nötigen Betrages, welchen die Gleichstellung erfordert, mit dem Finanzministerium ins Einvernehmen zu setzen. Er hoffe, daß sich die Angelegenheit im Sinne der gestellten Forderung der Zentralpersonalkommissionsung vom 10. Dezember 1908 erledigen lassen wird. Alles hänge aber natürlich davon ab, ob der zur Durchführung dieser Forderung noch nötige Betrag vom Finanzministerium hergegeben wird.

Großer Wahlsieg. Bei der Wahl der Beiratsausschüsse im Direktionsbezirk Linz ergab das am 24. und 25. Mai abgehaltene Skrutinium folgendes Resultat:

	Es erhielten Stimmen:	
	Sozialdemokraten	Christlich-soziale
1. Gruppe: Werkstätten und Heizhaus . . .	660	74
2. „ Bahnerhaltung . . .	1184	838
3. „ Station und Magazin . . .	382	76
	2206	988

Die sozialdemokratischen Kandidaten sind also mit großer Mehrheit gewählt. Trotz des Terrorismus der Gegner und der gemeinsten Beschimpfungen der sozialdemokratischen Eisenbahner in der letzten Nummer des Verkehrsblattes dieser schöne Erfolg!

Außerdem erhielten im Villacher Direktionsbezirk von 3010 abgegebenen Stimmen unsere Genossen 2622. Im Direktionsbezirk Pilsen erhielten die Sozialdemokraten 2088, die Tschechnationalen 755 und die Deutschen 361 Stimmen. Im Direktionsbezirk Prag erhielten die Tschechnationalen 102, die Deutschen 2467 bis 2491, die Sozialdemokraten dagegen 2644 bis 2726 Stimmen.

Außer diesen sind unsere Kandidaten noch im Wiener und Olmüher Direktionsbezirk mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Das genaue Stimmenverhältnis in diesen Direktionsbezirken ist uns noch nicht bekannt und werden wir dasselbe in der nächsten Nummer veröffentlichen. Außer der III. Sektion des Prager Direktionsbezirk, in der die Tschechnationalen die Mehrheit erhielten, sind unsere Kandidaten mit großer Mehrheit gewählt. In der ersten Sektion des Prager Direktionsbezirk erhielt unser Kandidat Genosse Koutenský, Vorarbeiter in Roudna bei Labor, insgesamt 1590 Stimmen und hätte somit die Mehrheit. Nachdem aber auf den Klebzetteln anstatt Johann Franz als Vorname gedruckt war, entfielen auf „Franz Koutenský“ 1141 und auf „Johann Koutenský“ 449 Stimmen. Trotzdem ist klar war, daß es sich um den Koutenský, Vorarbeiter in Roudna bei Labor, handelte und nur ein solcher existiert, beide Stimmenzahlen also nur auf den einen Koutenský fallen können, haben die Herren beim Skrutinium in ihrer Liebe zu den Tschechnationalen angenommen, daß es sich um zwei Koutenský handle und haben die Stimmenzahlen auf zwei Koutenský gezählt. Unsere Genossen im Skrutinium haben gegen diese Annahme Einsprache erhoben. Wenn die Prager Direktion objektiv entscheiden wird, so kann sie nicht anders als den Genossen Koutenský für gewählt zu erklären, weil die 1590 Wähler — gleichviel ob die Stimmzettel den Vornamen Johann oder Franz anführten — nur den Koutenský, Vorarbeiter in Roudna bei Labor, gewählt haben. F—tsch.

Die Verstaatlichung der Buschtiehrader Bahn. Die „Neue Freie Presse“ meldet vom Sonntag: Heute waren Gerüchte darüber verbreitet, daß die Verstaatlichung der B. C. B. in Aussicht genommen sei. Wie verlautet, soll von tschechischer Seite die Einführung der B. C. B. angestrebt werden, während die deutschen Parteien sich gegen einen solchen Plan wenden, von dem sie eine Verärgerung des tschechischen Einflusses befürchten. Die Frage ist daher gegenwärtig eine rein politische und die Entscheidung wird vorwiegend von der parlamentarischen Konstellation beeinflusst sein, die heute sehr unsicher ist.

Rusland.

Ein Tagblatt für die italienischen Eisenbahner. Der in der Zeit vom 26. bis 30. April I. J. in Mailand tagende III. Kongreß der italienischen Eisenbahner beschäftigte sich auch mit dem Ausbau der Presse. Es wurde beschlossen, an die Gründung eines täglich erscheinenden Gewerkschaftsblattes zu schreiten, das an Stelle der jetzigen „Tribuna dei Ferroviari“ erscheinen und neben den Interessen der Eisenbahner auch die aller jener Arbeiterorganisationen vertreten soll, die sich an der Erhaltung des Blattes beteiligen würden. Hauptzweck dieses Blattes soll sein, die Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Taktik zu erzielen und die traurige Lage der italienischen Arbeiterschaft, speziell der Eisenbahner, der weitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten. Der Kongreß stimmte den Vorschlägen des Zentralausschusses zu und beschloß, ihm und dem Generalrat zu überlassen, die nötigen Vorarbeiten zu erledigen sowie eine Uebereinstimmung mit den Arbeitskammern und gewerkschaftlichen Organisationen zu erwirken. Unter Verschiedenem besprach man verschiedene Mißstände betreffend die Behandlung des Personals seitens der Vorgesetzten und der Polizeibehörde, nahm eine Resolution zugunsten der Bahnärzte an und entsandte einen Gruß an die französischen Kollegen, die zurzeit auch ihren Verbandstag abhielten. Damit waren die Arbeiten des III. Kongresses erledigt.

Die deutschen Verkehrsbeamten und der Streik. In der „Sozialen Praxis“ erörtert der Redakteur Falkenberg der „Deutschen Postzeitung“, Organ des Verbandes der mittleren Post- und Telegraphenbeamten, die Frage, ob in Deutschland die Gefahr eines Verkehrsbeamtenstreiks bestehe. Falkenberg verneint die Frage aus drei Gründen: Einmal sind wir Frankreich gegenüber im Vorteil, weil wir das Gesetz haben, wo Frankreich bis zum heutigen

Tage nur die Willkür kannte, ferner weil der deutsche Beamte konservativ im Sinne von schwerfällig ist und daneben einen Politisierungsprozeß durchgemacht hat, der seine Instinkte verfeinert und seinen Willen auf eine langsam aufsteigende Entwicklung, nicht aber auf sprunghafte Ueberraschungen dressiert hat, und drittens weil der Beamtenstand als ein wichtiges Gemeinwohl vorhanden ist, das zwar nicht das Gute schafft, aber das Böse verhindert. Darnach kann in Deutschland nicht einmal der Keim des Streikgedankens Boden finden in der organisierten Beamtenschaft, gar nicht erst zu reden von der nicht organisierten. Aber der Verfasser meint, es sollten sich in allen Kulturländern die französischen Anschauungen als selbstverständliche Wahrheiten durchsetzen, daß nämlich die Beamten keine Untergebenen mehr sind, sondern Mitarbeiter, daß sie keine Maschinen sind, sondern daß sie ihre Arbeit lieben, die ein gutes Fortkommen und Freiheit sichern soll. Falkenberg wünscht ferner, daß deutsche Regierungen und Behörden endlich anfangen, um zu lernen in Sachen, die die Behandlung der Beamtensorganisationen betreffen, und daß die Regierung den Beamten zuerst das freie Koalitionsrecht zugeht. Leider fängt nach Falkenberg die deutsche Beamtenschaft eben erst an, sich den Schlaf aus den Augen zu reiben; sie habe es bisher nicht verstanden, ihre eigenen Angelegenheiten einzureichen in die Kette der großen gesellschaftlichen Kultur- und Wirtschaftsfragen. Seine Forderung lautet deswegen: Verein in die Organisation!

Japanische Staatsbahnen. Wie die Jochamer „Japan-Post“ meldet, geht nunmehr eine umfangreiche Aktion ihrem Ende entgegen; es ist die Besignahme der Privatbahnen durch den Staat. Nach einer ursprünglichen Schätzung wurden für die Verstaatlichung dieser 17 Bahnen 420 Millionen Yen*) gefordert; diese Summe wurde je-

*) 1 Yen = Mk. 2.38.

doch später durch den Landtag auf 480 Millionen Yen erhöht und muß nun noch um weitere 2 Millionen Yen erhöht werden. Der Ankaufspreis der einzelnen Bahnen ist wie folgt:

	Yen
Nippon	142,523.600
Osaka	2,422.000
Yamato	80,416.350
Kobe	14,599.550
Kyushu	118,855.450
Kansai	36,129.900
Sangu	5,728.950
Tanto	30,997.100
Sibu	12,871.200
Yoso	2,157.000
Yoto	3,341.050
Nishinari	2,184.100
Nanai	1,491.400
Tokushima	1,341.450
Hokkaido	7,776.880
Santoku	7,592.620
Sakaido	11,452.100
Summe	481,882.200

Rechnet man dazu den Wert der schon früher im Staatseigentum befindlichen Eisenbahnen, so ergibt sich als Gesamtwert der japanischen Staatsbahnen der Betrag von 600 Millionen Yen. Wie die „Japan-Post“ erwähnt, muß dieser Betrag noch verdoppelt werden, ehe Japan vollkommen mit Eisenbahnen versehen sein wird.

Die Verabschiedung der preussischen Beamtenbesoldungsgeetze. Mit der am 22. Mai erfolgten Annahme der Besoldungsordnung und des sogenannten Mantelgesetzes durch das Herrenhaus in der zuletzt vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung ist nun die vielumstrittene Neuordnung der Beamtengehälter und der Wohnungsgeldzuschüsse endgültig geregelt, und es kommt dadurch eine seit Jahren andauernde Bewegung zum glücklichen Abschluß. Das Gelingen und Wagnen hat ein Ende. Das Herrenhaus hat sich, wie zu erwarten war, dem übereinstimmenden Willen der Regierung und des anderen Hauses schließlich gefügt und der Bewilligung der neuen Wohnungsgeldzuschüsse mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 an zugestimmt. Auch die Deckungsfrage ist durch Bewilligung der von der Regierung verlangten Einkommensteuer- und Ergänzungsteuerzuschüsse erledigt. Wenn auch durch die Neubewilligungen nicht alle Beamtenwünsche erfüllt sind, so hat die Beamtenschaft doch allen Anlaß, auf das Gesamtergebnis mit höchster Befriedigung zu blicken. Ungeachtet der überaus ungünstigen Finanzlage werden insgesamt 126 Millionen für Aufbesserung der Beamtenbezüge (einschließlich Lehrer und Geistliche) verwendet, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908, so daß die große Mehrzahl der Beamten eine sonst im Beamtenleben seltene einmalige Nachzahlung erheblicher Beträge zu erwarten hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Mittelohrentzündung als Unfallfolge. Am 14. Februar 1906 erlitt in der Station Wismar der seither pensionierte Weichenwärter der L. L. Staatsbahnen Franz Haffner einen Unfall. Er wollte gerade beim Stationssemaphor das Licht auslösen. Als er die Laterne herunternehmen wollte, riß beim Semaphorarm das eiserne Balanciergewicht ab und fiel ihm aus einer Höhe von circa 9 Meter direkt auf den Kopf, so daß er sofort bewußtlos zusammenstürzte.

Das Gewicht wog circa 4½ Kilogramm. Beim Bahnarzt beklagte er sich sofort über Schmerzen im Ohre, und kurz nach dem Unfall stellte sich ein rechtsseitiger Mittelohrentzündung ein. Das Trommelfell war durchbrochen, das Hörvermögen auf dem rechten Ohre stark herabgesetzt. Nach Abschluß des Heilverfahrens lehnte die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt die Zuerkennung einer Rente ab, da die von ihr mit der Untersuchung Haffners beauftragten Ärzte einen Zusammenhang zwischen dem Mittelohrentzündung sowie dem bald aufstretenden eitrigen Ohrenfluß und dem Unfall als ausgeschlossen bezeichneten. Allerdings hatte Haffner vier Jahre vor dem Unfall an einer eitrigen chronischen Mittelohrentzündung gelitten, doch war er nach Ausheilung derselben wieder als Weichenwärter bis zum Unfall im Dienste geblieben. Gegen den eine Rentenverweigerung ablehnenden Bescheid brachte Haffner durch Herrn Dr. Leopold Kay die Klage beim Schiedsgericht ein. Das Verweisverfahren bestätigte die von Haffner gemachte Schilderung des Unfalles. Der Sachverständige Professor Dr. Pollat bezeichnete es als unwahrscheinlich, daß die bei Haffner bestehende Erkrankung des Mittelohres auf den Unfall zurückgeführt werden könne, da Haffner bereits vier Jahre vor dem Unfall an einer eitrigen chronischen Mittelohrentzündung gelitten hatte. Er bezifferte die nach seiner Anschauung auf den Unfall nicht zurückzuführende Einbuße mit 20 Prozent. Der Sachverständige Dr. Erb fand bei Haffner einige nervöse Symptome vor, die im Falle der Richtigkeit des Gutachtens des Ohrenspezialisten auf die Erkrankung des Ohres, andernfalls auf den Unfall zurückzuführen

wären, an und für sich aber eine ganz geringfügige Erwerbs-einbuße bedingen.

Das Schiedsgericht hat unter dem Vorsitz des L. L. Landesgerichtsrates Dr. Anton Cap dem Klagebegehren stattgegeben und Haffner eine 20prozentige Rente des Jahresverdienstes von Mk. 831.77 monatlicher Mk. 18.86 und eine Nachzahlung von Mk. 194.04 zuerkannt. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß der Gerichtshof sich der Anschauung des Sachverständigen Prof. Dr. Pollat nicht anschließen konnte. Die Mittelohrentzündung, an der Haffner vier Jahre vor dem Unfall gelitten hatte, mußte als ausgeheilt angenommen werden, da er seit dieser Erkrankung den Streckendienst durch die ganze Zeit versehen hat und erst unmittelbar nach dem Unfall die Ohrenentzündung in so schwerer Form aufgetreten ist, daß Haffner weder zum ekrutiven, noch zum internen Dienst verwendet werden konnte. Trotz der Einschätzung des Sachverständigen, der den Zusammenhang zwischen Krankheit und Unfall als ganz unwahrscheinlich bezeichnete, nahm das Schiedsgericht eine 33½prozentige Einbuße an Erwerbsfähigkeit an, da es gemäß seiner Anschauung über die Entstehung des Ohrenleidens auch die nervösen Symptome als Unfallfolgen anerkannte und sprach die dem Betriebsunfall entsprechende 20prozentige Rente zu.

Streiflichter.

Darwinistisches vom „Verkehrsbund.“ Seit den Tagen, da der große Darwinist und Bücherfreund seine erprießliche Wirksamkeit unter den Christlichsozialen ausübt, wird die Theorie immer wieder durch die Erfahrung bestätigt. Kaum hat nämlich der „Reichsbund“ den Befehl an seine Mitglieder erteilt, unsere Petition nicht zu unterschreiben, hinkt auch schon das Organ des christlichen „Verkehrsbundes“ mit einer gleichen Aufforderung an seine Barrierehüter nach. Der Nachahmungstrieb tut also seine Wunder. Da aber sowohl die Christlichsozialen als die Deutschnationalen in demselben Augenblick, wo sie den Eisenbahner bei ihrer Abwehraktion in den Rücken fallen, erklären, sie werden ihre Abgeordneten dazu bestimmen, daß sie gegen die schädlichen Bestimmungen in dem Sozialversicherungsgeheimturm Stellung nehmen, so hat unsere Aktion immerhin schon einen Erfolg gezeitigt. Wir hoffen also, daß die Herren, wenn es zur Tat kommt, Wort halten. Sie dürfen dann sogar wieder behaupten, daß sie es waren, die alles gerettet haben.

„Wer nicht ein elender Hund ist, welcher den Fuß, der ihn stößt, ableckt.“ So apostrophiert das tschechisch-nationale „Nachblatt“ der „Zemská Jednota“ die Eisenbahner in einem Aufruf an die Arbeiter der L. L. Staatsbahnen, mittels welchem es die Kandidatenliste für die Arbeiterausschüsse in den einzelnen Direktionsbezirken der Arbeiterschaft tschechischer Junge präsentierte. Ein Hund ist also derjenige, der seine Stimme nicht für die Kandidatenliste des Herrn Burival abgibt.

Das Schreiben jene Leute, die seinerzeit erklärten, daß die Personalkommissionen ein Schwindel sind, weil sie eben zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß die Trauben zu hoch hängen und daß sie nicht daran denken können, in dieser Institution die Majorität zu erlangen. Selbst in den zwei Direktionsbezirken Prag und Pilsen, wo sie wählten, die Majorität zu erlangen, mußten sie sich mit ihren Todfeinden, den „Reichsbündlern“, verbünden, um in der Unterbeamtensektion die wenigen Mandate zu erringen. Heute sind sie zu einer anderen Ueberzeugung gelangt; heute sagen sie heuchlerisch, daß zwar diese Institutionen im ganzen nicht viel bedeuten, daß aber sehr viel erreicht werden kann, wenn darin ehrliche und energische Leute sitzen werden, mit anderen Worten, wenn die Eisenbahner die Kandidaten der „Zemská Jednota“ wählen werden.

Nun liegen die Resultate aus dem Direktionsbezirk Prag und Pilsen vor und die Eisenbahnererschaft hat bewiesen, wo sie die ehrlichen und energischen Männer zu suchen hat. Unsere Liste siegte in beiden Bezirken mit großer Majorität. Diese moralische Ohrfeige müssen sich die Herren Tschechnationalen gefallen lassen, denn dieses Resultat haben sie ihrer Doppeltzüngigkeit und Unaufrichtigkeit zu verbanken. Die Eisenbahner erkennen ihre Freunde nicht an hochtrabenden Worten und schmeißigen Phrasen, sondern nach Taten schätzen sie diese verleumderischen Mauthelden.

Wir begrüßen dieses Resultat als ein Zeichen der erwachenden Erkenntnis der Eisenbahner in Böhmen und hoffen, daß sie bei anderer Gelegenheit ihrer Willensmeinung noch viel kräftiger Ausdruck verleihen.

Eine fürchterliche Drohung des „Verkehrsbundes.“ Eine tiefgreifende, unheilbedrohende Erregung zieht angeblich durch die Reihen der Angestellten der Privatbahnen und aus den Schichten der Bediensteten der St. C. G. und De. N. B. B. dringen entschlossene Kundgebungen, die den Untergang der Welt oder noch Gefährlicheres anzeigen, wenn einige christlichsoziale Hahnen nicht sofort in den Besitz des Jubiläumskreuzes gelangen. Die christlichsozialen Abgeordneten haben ihr ganzes Streben auf diese welterlöschende Aktion zu lenken. Diese fürchterliche geharnischte Drohung finden wir in der Nummer 10 vom 15. Mai der „Oesterreichisch-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“, angeblich unabhängiges Organ des christlichen Eisenbahnpersonals. Dieses Blatt, das sonst nur im Beschimpfen und Verleumdungen der organisierten Arbeiter, insbesondere der Eisenbahner energisch ist, sonst aber in puncto Forderungen und Beschwerden, selbst seiner eigenen Mitglieder, dieselben entweder ganz unterläßt oder in einer de- und wehmütigen Form gnädigst unterbreitet, gebärdet sich in dieser Frage auffallend mild.

Es ist einfach lächerlich und nicht den Tatsachen entsprechend, wenn dieses Blatt von tiefgehender Erregung ganzer Schichten von Bediensteten wegen der Nichtbeteiligung der Privatbahner schreibt. Wir sind doch auch ein bißchen unter den Eisenbahnern bekannt, haben jedoch weder eine schichtenweise, noch eine andere Bewegung wegen des Jubiläumskreuzes wahrgenommen. Oder, auf welcher Bahn und in welchen Stationen wurden entschlossene Kundgebungen ganzer Schichten eingebracht und an wen? An Stabrat Graba? den Denkmalschreiber, Benda, den Verleumder oder an „Germann den Zoologen“? Haben die christlichen Eisenbahner keine anderen Sorgen und Beschwerden, als um äußerliche Deforierungen? Warum werden die christlichsozialen Abgeordneten nicht auch bei wichtigeren Anlässen, zum Beispiel Beschwerden, Forderungen u. s. w. aufgefordert, an maßgebender Stelle energisch einzugreifen?

Deutschnationale Konsequenz. In der Folge 15 des „Deutschen Eisenbahner“ vom 18. Wonnemond 1909 leistet sich der „Reichsbund“ die von uns bereits besprochene Aufforderung an seine Mitglieder, unsere Petition wegen der Sozialversicherung nicht zu unterschreiben.

Wie reimt sich nur dieser Aufruf mit den Auslassungen des ehrenfesten Führers der Reichsbündler, des Herrn Ertl, die er in der am 3. März d. J. in Znam stattgefundenen Eisenbahnerversammlung vom Stapel ließ? Im Brustton der Ueberzeugung, mit dem ihm gewohnten (falschen) Pathos erklärte Herr Ertl, „daß es einerlei ist, welche Partei immer in dieser die Eisenbahner so nahe berührenden Angelegenheit die Initiative ergreift und die Aktion durchführt, um den von der Regierung geplanten Raub an den schwer erworbenen Rechten der Eisenbahner abzuwehren, daß es ganz einerlei ist, welche Partei immer den Erfolg an ihre Fahnen heftet, wenn nur dieses Attentat abgewehrt wird. In dieser Frage“ — sagte Herr Ertl — „müssen alle Eisenbahner fest zusammenstehen!“

Und nun plötzlich dieser Wandel! Sollte den Herrn Ertl denn doch Neue angewandelt haben, daß es gerade unsere Organisation ist, die in maßvoller Kundgebung die Initiative ergreift, um dadurch den Eisenbahner einen Erfolg zu sichern? Ist es nicht der Meid über das Unvermögen der Reichsbündler, solche Aktionen durchzuführen zu können? Fast scheint es so. Das Gefasel über eine vom „Reichsbund“ schon früher eingeleitete Aktion, von so vielen Protestversammlungen, die angeblich schon früher eingeleitet worden sind, ist einfach lächerlich. Die Herren scheinen es nicht zu wissen, daß wir die Aktion schon damals eingeleitet haben, als unser Genosse Reichsratsabgeordneter Müller im Arbeitsrat den Kampf mit dem Vertreter des Ministeriums ausgefochten hat. Oder spekulieren die Herrschaften auf die Vergeltlichkeit der Eisenbahner, daß sie ihnen solche Lügen vorsetzen? Wir sind eifrige Leser des „Deutschen Eisenbahner“ und wir erinnern uns genau, daß außer einer in ihrem Blatte in Fortsetzungen veröffentlichten Besprechung über die soziale Versicherung nur hier und da eine Notiz über stattgefundene Versammlungen veröffentlicht wurde. Was für Proteste das waren, geht schon daraus hervor, daß in im „Deutschen Eisenbahner“, Folge 15, die Ortsgruppen aufgefordert werden, noch nachträglich einzulenden; Proteste, die vom Ausschusse hinter verschlossenen Türen beschlossen werden. Ja, so schaut die deutschnationale Konsequenz aus; bei unseren Versammlungen den Mund vollnehmen, um sich dann mit fremden Federn schmücken zu können!

Bahnärztliche Observe um kranke Eisenbahnbedienstete. Wir erhalten folgende Zuschrift: Auf Grund des § 19 des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme nachstehender Verächtigung in der nächsten Nummer Ihres Blattes:

Es ist nicht wahr, daß der am 9. März 1909 im Geizhaus Pilsen verlegte Puger Peter Kraus am 19. April 1909 in schwer kranken Zustand aus dem Spital in Pilsen nach Dobruken entlassen wurde, da ja selbstverständlich ein Verlegter, solange er schwerkrank ist, aus dem Spital nicht herausgeschickt werden kann und darf.

Es sind deshalb alle daran gezogenen Schlussfolgerungen unwahr.

Es ist ferner nicht wahr, daß der Genannte nach seiner Entlassung aus dem Spital von dem zuständigen Bahnarzt nicht rechtzeitig besucht wurde; wahr ist, daß derselbe von mir und meinem Substituten wiederholt besucht und von letzterem in weitere ärztliche Behandlung genommen wurde.

Dr. Fenzl

Bahnarzt der f. t. St. B.

Pilsen, 25. Mai 1909.

Ein deutschnationaler „Ehrenmann“. Der „Arbeiterwille“ schreibt: Der Kandidat der völkischen Arbeiterpartei für den dritten Wahlkreis der allgemeinen Kurie Franz Geisler gestiefel sich in den Wählerversammlungen als Bekämpfer der Protektionwirtschaft und des Denunziantensystems aufzuspielen und die Sozialdemokraten dieser Handlung zu beschuldigen. Nun ist aber der Völkische Franz Geisler durchgefallen und seine guten Kandidateneigenschaften sind auch beim Teufel. Dies bestätigt er durch folgende Tat: Am Dienstag den 12. Mai bemerkte er, daß ein Nebenkollege auf seiner Drehbank eine ihm nicht zugewiesene Arbeit macht. Geisler, der am 25. März in Knittelsfeld einen f. t. Bediensteten öffentlich gemein beschimpfte, hat nun einen Prozeß diesbezüglich anhängig. Er geht nun zu seinem Nebenkollegen und sagte: „Wenn Sie nicht auf den Biß (der Kläger) einwirken, daß er die Klage gegen mich zurückziehe, so werde ich Sie beim Vorstand anzeigen, daß Sie andere als Ihnen zugewiesene Arbeit machen.“ Natürlich wies der Arbeiter, dieses gemeine, einer Erpressung identische Anfinnen energisch zurück und Geisler geht — den ungieren. Eine hochpeinliche Untersuchung folgt und aus dieser geht Geisler als bestraffter Denunziant hervor, da er wegen Erpressung laut § 28 der Dienstpragmatik mit 1 Kr. bestraft wurde. Gewiß mußte auch der verurteilte Arbeiter laut § 24 der Dienstpragmatik 2 Kr. wegen dienstwidriger Handlung zahlen, aber für uns ist es maßgebend, von einem Kandidaten, der gewiß nicht als Richter in den Reihen der Völkischen steht, noch dazu der O h m a n n der deutschen Eisenbahner ist, bestätigt erhalten zu haben, welchen Charakter diese Leute besitzen. Am 28. März kam Herr Geisler in das Gasthaus Eel und traf dort eine Anzahl Sozialdemokraten, und da sich an diesem Tage die „Völkischen“ trotz aller gemeinen Machinationen bei den Wahlen in das Lebensmittelmagazin eine gräßliche Niederlage geholt hatten, wollte er an den Sozialdemokraten seine Wut auslassen und beschimpfte den Genossen Biß in der unflätigsten Weise und bedrohte ihn mit „durchprügeln“ und dieses ohne jede Veranlassung, als nur der mutmaßliche Durchfall. Dieses sein Vorgehen bildete den Gegenstand einer Klage. Die intrinierten Aeußerungen wurden von den Zeugen bestätigt und unter abschwächenden Aeußerungen von dem Angeklagten zugegeben. Gegen die Einvernahme des von Geisler angeführten Zeugen Birker, Magazinsmeisters im f. t. Geizhaus, wendete der Kläger ein, daß ihm der Zeuge wegen einer Familienangelegenheit zwischen Birker und Biß nicht unbefangen erscheine. Die Aussagen des Zeugen konnten jedoch nichts ändern, das Schicksal des Kandidaten Geisler erfüllte sich, er wurde schuldig erkannt und zu drei

Tagen Arrest verurteilt. Jetzt könnte Geisler schon ein deutschvölkischer Heiliger werden, denn seine ihm gleichwertigen Parteigenossen werden das alles als ein Märtyrertum im Dienste der völkischen Arbeit hinstellen.

Von den Magazinsarbeitern der böhmischen Nordbahn. Es lohnt sich gewiß, der böhmischen Direction und zugleich der Deffentlichkeit bekanntzugeben, wie die Arbeitszeiten und Lohnverhältnisse in den Magazinen der Stationen Benfen, Mabsstein und Franzensthal beschaffen sind. Da dieses Personal nicht gut annehmen kann, daß die Direction von diesen Verhältnissen unterrichtet ist, weil dieselbe sonst gewiß nicht diese schrecklichen Zustände dulden würde, so hoffen dieselben, daß diese Zeilen nützen werden, daß hier Abhilfe geschaffen wird. In Benfen müssen die Magazinsarbeiter täglich von 7 Uhr früh bis 9 Uhr abends Dienst leisten. Einen freien Sonntag gibt es erst in fünf Wochen einmal. Abwechselnd muß einer der fünf Magazinsarbeiter bis 3 Uhr früh Dienst leisten und hat dann frei bis 1 Uhr mittags. Die drei Stunden von 6 bis 9 Uhr abends werden als Ueberstunden bezahlt, jedoch nicht wie es anderorts üblich ist, mit einer Aufzahlung, sondern mit einer Verminderung des gewöhnlichen Lohnes. Sie erhalten für die Stunde 10 S., sage und schreibe zehn Heller. Was würde wohl so ein Bureauchef sagen, wenn man ihm zumuten wollte, sich für diesen Lohn nur in die Kasse hängen zu müssen; diese Leute aber müssen angestrengt arbeiten. In Mabsstein sind drei Magazinsarbeiter, welche regelmäßig von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends Dienst leisten müssen. Abwechselnd, also jeden dritten Tag hat einer derselben Nachtdienst und ersetzt sich denselben mit Nachschlaf bis 9, auch bis 10 Uhr abends. Nun sollte wohl ein jeder vernünftige Mensch glauben, daß derselbe frei bis nächsten Morgen hätte. Aber das kann nur jemand annehmen, der die Verhältnisse bei der B. N. B. nicht kennt. Dieser übermüdete Arbeiter genießt dann, wenn er hungrig, müde und schläfrig von dem Absoaus-tragen nach Hause kommt, eine Ruhezeit von nur drei Stunden, denn schon um 1 Uhr mittags muß er wieder zum Dienst erscheinen. Ist das nicht schon die reinste Sklaverei? Kann es denn einen Privatunternehmer geben, der nur ähnliches verlangen könnte? Diese Zustände schreien geradezu zum Himmel und bedürfen unbedingt der Abhilfe, wenn sich die Direction nicht des Vorwurfs der Sklaverei schuldig machen will. Vielleicht glaubt man nun, daß diese Leute für eine enorme Dienstleistung doch wenigstens gut bezahlt werden. Dem ist aber nicht so. Der jüngste dieser drei Arbeiter erhält einen Tagelohn von Kr. 1.90, während die übrigen beiden einige Heller mehr beziehen. Nun sollte man meinen, daß mit diesen Anforderungen, welche hier an die Arbeiter gestellt werden, wohl der Gipfel der Ausbeutung erreicht wäre. Aber es kommt noch schöner. In der Station Franzensthal leisten die beiden Magazinsarbeiter 36 Stunden Dienst und haben darauf 12 Stunden frei. Der Dienst fängt früh um 8 Uhr an und dauert bis nächsten Tag abends 8 Uhr; dann frei bis morgens 8 Uhr. Von einem freien Tag das ganze Jahr ist keine Rede. Wenn sich diese Menschen, vorausgesetzt, daß diese Geschöpfe noch auf den Titel Mensch Anspruch erheben dürfen, ihrer Familie widmen können, wann diese Geschöpfe auch einmal Mensch sein dürfen, das befragt freilich diese, aller Humanität Hohn sprechende Arbeitsordnung nicht. Wenn man noch bedenkt, daß diese Bediensteten auch bei den in dieser Station zu vergebenden Zügen Weichenwärtendienst leisten müssen, und wenn man bedenkt, was für übermüdeten und schlafigen Leuten hier die Sicherheit des Verkehrs in die Hand gegeben ist, so muß man sich wirklich wundern, daß sich ein Stationsvorstand findet, der so etwas nur dulden kann. Ist sich denn so ein Stationsvorstand gar nicht der Verantwortung bewußt, die auf ihm liegt, ganz abgesehen davon, wie die Bevölkerung über ihn denkt? Aber nicht in letzter Linie trägt auch die Verantwortung die Direction. Wenn sich schon die Vorstände nicht getrauen, Abhilfe zu verlangen, so sollte diese selbst eingreifen und Wandel schaffen. Wir werden ja sehen, wie lange diese unmenschlichen Zustände noch bestehen bleiben und werden Sorge tragen, daß die Direction mit der Verantwortung beladen wird.

Die rote Krankenschleife noch immer eine Gefahr für die schwarze Veteranen. Ein Genosse schreibt uns: Am 27. Mai fand das Zeichenbegnügung des Schlossergesellen Josef Weigl, welcher Mitglied der Eisenbahnerorganisation war, vom Hause Dorigasse Nr. 10 in Gimmring aus statt. Die Genossen Eisenbahner der Staatsseifenbahngesellschaft brachten wie gewöhnlich einen Kranz mit einer roten Schleife. Da der Verstorbene auch Mitglied des Veteranenvereines Czherapog Karl war, verweigerte der anwesende Kommandant der Veteranen, ein Herr Sautner, die Niederlegung des Kranzes mit der Bemerkung, er würde einen Kranz mit roter Schleife nicht, da das gegen das Prinzip des Vereines sei. Der Verfallenenvertrauensmann Genosse Pabik protestierte dagegen, mußte aber, um nicht einen Skandal heraufzubekommen, dem schwarzen Veteranen nachgeben und legte den Kranz mit der roten Schleife auf einen Stellwagen. — Obwohl uns dies als überflüssig viel Nachgiebigkeit vor dem schwarzen Terrorismus erscheint, mochten es die Umstände gerechtfertigt haben, daß dem Genossen die symbolische Ehrung verweigert blieb. Aber wir möchten schon wünschen, daß künftig die Genossen erst dann solchem Terrorismus weichen, wenn sie behördliche Intervention angreifen haben. So leichter man es den graubärtigen Soldaten spielen macht, desto frecher werden sie. Und wir meinen, sie sind schon frech genug.

Ein deutschnationaler Kinderschänder. In einer aus Sporich datierten und an uns gerichteten Korrespondenz schrieb der „Deutsche Eisenbahner“ in seiner Folge 7 unter anderem folgenden Satz: „Ein anständiges Mädchen findet bei uns in deutschen Kreisen auch wieder anständige Gesellschaft.“ Für die tiefgründige Wahrheit dieser Behauptung bringen wir eben die Provinzialblätter aus Brüg folgende Bestätigung:

„Vor dem hiesigen Geschworenengericht hatte sich der Lehrer Franz Hauschild aus Sporich bei Komotau wegen der Verbrechen der Nuzucht, der Schändung und der Verführung zur Unzucht, begangen an einer Reihe seiner Schulkinder zu verantworten. Die „Freiheit“ hat seinerzeit bereits über diesen Fall berichtet, der in Sporich und der Umgebung großes Aufsehen hervorrief, umso mehr, als Hauschild Mitglied der dortigen Gemeindevertretung war und in mehreren nationalen Vereinen hervorragende Funktionen bekleidete. — Die Verhandlung wurde mit Ausschluß der Deffentlichkeit durchgeführt. Die Geschwornen erkannten den Büßling für schuldig, worauf er vom Gerichtshof zu 18 Monaten schweren Kerker verurteilt wurde.“

Die „anständige nationale Gesellschaft“ ist leider durch den bösen Staatsanwalt wieder um ein wackeres Glied reduziert worden.

Todesfall. Unser Genosse Rudolf Weigl ist von einem schweren Schicksalsschlag heimgesucht worden. Sein 21jähriger Sohn Rudolf hat sich am 28. Mai l. J. um 4 Uhr nachmittags in der elterlichen Wohnung, V. Wollganggasse Nr. 31, wohl in einem Anfall von Trübsinn, erschossen. Noch lebend, aber schwer verletzt wurde er in das Franz Josefs-Spital transportiert, wo er am selben Tag um 8 Uhr abends seiner Verletzung erlag.

Der junge Mann war der älteste Sohn des Genossen Weigl und es ist nur natürlich, daß dieser, der an seinen

Kindern mit großer Liebe hängt, gerade auf seinen ältesten Sohn große Hoffnungen setzte und ihm besonders zugehen war. Umso schmerzlicher traf der Schlag.

Ein Trost mag unserem Genossen Weigl sein die große Anzahl jener, die am 31. Mai dem Sarge seines Sohnes folgten und damit ihre Teilnahme und mitfühlende Freundschaft bekundeten, ein Trost die vielen schriftlichen Beileidsausdrücken, die alle zeigen, wie groß die Zahl seiner Freunde ist.

Bei dieser Gelegenheit sei im Namen des Genossen Weigl allen, die sich an dem Zeichenbegnügung seines Sohnes beteiligten, insbesondere den Magazinsdorfer Sängern, sowie für alle Kranzpenden der beste Dank gesagt.

Korrespondenzen.

Feldkirch. (Bericht über die Abteilung I der Betriebswerkstätte Feldkirch wurde laut Anschlag vom 27. April mit drei „Vorarbeitern“ beglückt, wurde also um einen Mann erhöht. Was versteht man unter dem Titel Vorarbeiter. Ein Vorarbeiter ist ausnahmslos ein älterer Arbeiter, welcher sich im Laufe der Jahre so viel Kenntnisse und Praxis erworben hat, daß er die zu beaufsichtigenden Arbeiter in ihrer Arbeit unterweisen kann und soll den Arbeitern hauptsächlich bei schwierigen Arbeiten mit seinen Kenntnissen und Erfahrungen hilfreich an die Hand gehen. Bei zwei von unseren „Vorarbeitern“ treffen diese Voraussetzungen absolut nicht zu. Wir wollen noch vorausschicken, daß diese Zeilen weniger gegen die Person als gegen die Praxis gerichtet sind. Es wird uns einfach ein Vorarbeiter aufgetrottet, ohne sich zu fragen, ob der Mann auch tatsächlich befähigt ist, und welche sich von den älteren Arbeitern erst in der Arbeit unterweisen lassen müssen. Wenn die Staatsbahn schon solche Kostfänger zu versorgen hat, dann soll sie dieselben ihren Kenntnissen entsprechend unterbringen. Aber solche junge Leute, älteren, erfahrenen Arbeitern als Vorarbeiter hinzustellen, ist geradezu ein Lohn auf die Arbeiterkraft. Wenn sich für die Lokomotivmontierung ein geeigneter Arbeiter gefunden hat, der sein Fach versteht und nicht erst ältere Arbeiter fragen muß, wie man dies oder jenes machen muß, hätten sich für die Dreherei, Schmiede u. s. w. auch der eine oder der andere gefunden, welcher diesen Posten voll und ganz ausfüllt. Der sind diese anderen Professionen so minderewertig, daß hierzu jeder beliebige zur Aussicht genügt. Also, geeignete Fachleute her, welche von der Pike auf gehabt haben und welche den Arbeitern im vollen Sinne des Wortes das sind, was sie sein sollen, nämlich „Vorarbeiter“.

Sitz in Tirol. Wir haben auf unserer Strecke einen Bahnarzt, Herr Dr. Wolf, dessen Gradmesser für die Behandlung seiner Patienten die Höhe der Pauschalierung ist. Da nun dieser Betrag keineswegs so hoch sein dürfte, so werden die Eisenbahner nach dem Motto: „Wenig Geld, wenig Muß“ behandelt.

Dabei ist dieser Herr durch seine Praxis nicht im geringsten überbürdet, da die von ihm huldvollst eingeräumten Ordinationsstunden so ziemlich das Um und Auf seiner ärztlichen Tätigkeit darstellen.

Und nur in dem engebegrenzten Zeitraum der Ordinationsstunden will der Herr sein Licht leuchten lassen zum Wohl der leidenden Eisenbahner.

In den weitestgelegenen, armeligen Wäldchenhäusern wird der Arzt von jeher vertrauensvoll als edler Menschenfreund empfangen, der berufen ist, die Schmerzen und Leiden zu lindern und dem Gevatter Tod die Beute zu entreißen.

Doch bitter enttäuscht, um eine Hoffnung ärmer, müssen die Eisenbahner den Mann der Wissenschaft erfolglos ziehen lassen, denn er ordiniert nur in seiner Kasse während der Ordinationsstunden.

Solche ärztliche Ungerechtigkeiten verursachen auf der Strecke das tröstlose Gefühl der Unsicherheit und Hilflosigkeit.

Auf der ganzen Strecke werden Fälle erzählt, und zwar von streng christlichen Eisenbahnern, welche den Herrn Dr. Wolf in einem ganz besonderen Lichte erscheinen lassen und die Frage nahelegen, ob es nicht besser wäre, wenn man sich nach einem anderen Bahnarzt umsehen würde.

Stadlau. (St. G. G.) Wohl selten dürfen in einer Station die Dienstverhältnisse des Magazinspersonals so schlecht eingeteilt sein, wie in Mistelbach. So haben zum Beispiel die Magazinsarbeiter am ersten Tag Dienst von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends, am zweiten Tag von 5 Uhr früh bis nächsten Tag 5 Uhr früh, sind in zwei Tagen 38 Stunden Dienst.

Das ganze Jahr keine einzige Nacht, welche in die Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr früh fällt. Zudem kommt noch die geringe Bezahlung, ohne jede Entschädigung der Ueberstunden.

Wer die Arbeiten dieser Leute in der Station Mistelbach kennt, wird zugeben müssen, daß diese keine geringe ist. Dieselben Verhältnisse finden wir bei dem Magazinsmeister und den Magazinsgehilfen.

Diese Dienstverteilung kann für die Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden und ist infolgedessen baldige Abhilfe notwendig.

Politz-Sandau. (Böhmisches Nordbahn.) Es dürfte wohl kaum der breiten Deffentlichkeit zur Genüge bekannt sein, daß die Bahnverwaltungen ihre Bediensteten und Arbeiter bei der größten Ausbeutung mit Hungerlöhnen abspießen und dabei immer die ortsüblichen Löhne in Betracht ziehen. Daß aber die Eisenbahnbediensteten und Arbeiter nicht nur eine mehr oder weniger große Verantwortung tragen, sondern auch dieselben immer der Gefahr ausgesetzt sind, zu Krüppeln gerädert zu werden oder die Bekanntheit mit dem Kerker zu machen, das fällt den wohlgenährten Herren beim grünen Tisch, wo sich so leicht ein Unfall nicht ereignen kann, im Traume nicht ein. An der Spitze dieser ausbeuterischen Bahnverwaltungen dürfte wohl die B. N. B. glänzen. Bei den meisten Bahnen sind bereits die Dienst- und Lohnverhältnisse einheitlich geregelt, nur bei der B. N. B. sind Fälle zu verzeichnen, wo in einer Station bei ein und derselben Kategorie Bediensteter oder Arbeiter jüngere mehr Lohn oder Gehalt haben als die älteren. Daß derartige Zustände zu Mißmut und Unlust zum Dienst machen Veranlassung geben, ist selbstverständlich. Die Arbeiter in dem der B. N. B. gehörigen Steinbruch in Oberpöls hatten bis vor kurzem einen Tagelohn von Kr. 2.15 und wurde derselbe auf Kr. 2.25 erhöht. Wer die Arbeit der Steinbrecher kennt, wird sagen, daß dieser Lohn doch nur ein Trinkgeld ist. Diese Leute arbeiten meist zwischen Himmel und Erde an einer Leine nur notdürftig angebunden von früh bis abends bei jedem Wetter nicht die Gefahr scheuend, welche so viele ereilt, um den Schußlohn von Kr. 2.25 pro Tag. Daß so ein Mensch bei schwerer Arbeit und elender Ernährung nur zu bald ins Gras beißen muß, ist leicht erklärlich. In anderen privaten Steinbrüchen zahlt man 4 bis 6 Kr. pro Tag und die reiche B. N. B., pardon f. t. St. B. schämt sich nicht, ihren Arbeitern einen solchen Wettel hinzuworfen. Die Arbeiter sind nun durch diese grenzenlose Ausbeutung zur Erkenntnis gelangt, daß sie, ohne sich zu organisieren, nicht vorwärts kommen und etwas erreichen können und traten größtenteils dem Allgemeinen Reichs- und Gewerkschaftsverein bei. Bei einer im April in Oberpöls stattgefundenen Versammlung haben nun dieselben beschlossen, ihrer Verwaltung folgende Forderungen zu überreichen: 1. Lohn für die Steinbrecher pro Tag 4 Kr. 2. Für Hilfsarbeiter Kr. 3.60. 3. Arbeitszeit von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends, 1 Stunde Mittagspause eine halbe Stunde Frühstück und eine halbe Stunde Jausepause. 4. Am Samstag um 6 Uhr nachmittags, an hohen Festtagen am Vortage um 12 Uhr mittags Arbeitslohn bei ganzer Entlohnung. 5. Bei unfreiwilligem Feiern im Winter pro Tag 1 Kr. Hoffentlich wird die Verwaltung ein-

nichtig genug sein und diesen ärmlichen Arbeitern ihre bescheidenen Forderungen akzeptieren, damit auch sie ein halbwegs menschenwürdiges Dasein führen können. Zum Schluss noch fordern wir alle der Organisation fernstehenden Bediensteten und Arbeiter unserer Bahn auf, derselben ehestens beizutreten, damit diese unhaltbaren Zustände baldigst beseitigt werden.

Wudenz. (Sommerturnus.) Anlässlich der Erstellung der Sommerfahrordnung war es nötig, auch den Turnus der Manipulationskondukteure der Station Wudenz abzuändern. In der Turnuskommission vertraten die gewählten Vertrauensmänner den von der k. k. Staatsbahndirektion Innsbruck vorgelegten Turnus dahin, daß die Zahl der Gepäckskondukteure von 6 auf 7 zu erhöhen sei, damit auch Zug 26 mit einem Manipulationskondukteur zu besetzen sei.

Die Notwendigkeit bei Zug 26 wurde auch seitens des Herrn Verkehrsinspektors bestätigt und später von Herrn Transportinspektor anerkannt.

Außerdem hätte es den begründeten Vorteil gehabt, eine Regelfahrt in der Strecke Bregenz-Wudenz zu ersparen, und die Fußnote des Turnus, nach welcher monatlich einmal jedem Manipulanten von der Tour 2 freigegeben wäre, wäre ausgefallen. Wie erschien nun aber der Turnus? Ganz leicht begreiflich: ohne lebenden Manipulanten und trotz der seinerzeit vom k. k. Eisenbahnministerium gegenüber dem Exekutivkomitee gegebenen Zusage, daß die Turnusse nicht verschlechtert werden dürften, in einer die vorangehenden Turnusse verschlechternden Diensterteilung. Dies soll aber noch nicht genügen, daß die Manipulanten die größte durchschnittliche Dienstbauer leisten, sondern sie müssen jetzt über Auftrag noch Zug 26 begleiten.

Es wurde einfach angeordnet, daß die Manipulanten anstatt den Zug 34 Zug 26 zu begleiten haben, ohne die Anzahl derselben zu erhöhen, noch die Turnusvertrauensmänner zu dieser Wanderung zur Beratung beizuziehen oder die Manipulationskondukteure darüber zu befragen. Wir Betroffenen sind Familienväter und stellen das berechnete Verlangen, auch mit unserer Familie leben zu können, nicht so wie es unter den jetzigen Verhältnissen ist, daß uns unsere Kinder bald als Fremdlinge betrachten. Warum werden unsere Vertrauensmänner nicht zur Beratung bei Turnusabänderungen beigezogen? Haben wir doch das Recht, durch diese unsere Wünsche an kompetenter Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Radlarsburg. (Personalbehandlung.) Eine sonderbare Behandlung des Personals hat sich der Stationschef Herr Dobrowsky in der Station Radlarsburg angeeignet. Auf Anordnung dieses Herrn dürfen die dortigen Magazinarbeiter keine Mahzeiten zu Mittag einnehmen, sondern müssen so lange arbeiten, bis eben alles fertig ist.

Doch war er so gnädig, sich herbeizulassen, daß abwechselnd je zwei Mann essen können; so kommt es nun, daß die letzten zwei Mann erst um 4 oder 5 Uhr ihr Mittagessen verzehren können, um dann wieder ohne Unterbrechung bis 7 oder 8 Uhr abends zu roboten. Eine Entschädigung für Überstunden gibt es nicht.

Die gleiche Behandlung wird auch dem Maschinen- und Zugbegleitungspersonal zugemutet.

Wir ersuchen eine löbliche Verkehrsinspektion der Südbahn, diesem Stationsvorstand eine menschliche Behandlung des Personals zu empfehlen.

Den Bediensteten aller Kategorien in Radlarsburg geben wir den Rat, sich lieber in der Organisation zusammenzuschließen, dann kann man auch solchen Herren im gegebenen Fall wirksam entgegenreten.

Wien-Penzing. (Vom k. k. Bahnbetriebsamt.) Nach der bestehenden Vorschrift sollen zum Verschubdienst nur geeignete und gut eingetübte Bedienstete herangezogen werden.

In unserer Station wird diese Vorschrift keineswegs beachtet, wie aus dem Fall des im März 1909 verunglückten Kollegen Moser zu ersehen ist.

Das gesamte organisierte Verschubpersonal von Penzing protestiert an dieser Stelle gegen die leichtsinnige Vernehmung ungeschulter Leute und lehnt hierfür jede Verantwortung ab. Eine entsprechende Schulung, dann prüfen und später praktisch ausbilden.

Schreckenstein. (Der Anwalt des Reichsbundes.) Wenn ein Mann mit ehrliebe Überzeugung einer Sache dient, mit jeder Faser seines Herzens derselben angehört und bereit ist, seine Anschauung ohne Rücksicht auf seine eigene Person zu verteidigen, so sind dies gewiß Charaktereigenschaften, die selbst bei politischen Gegnern Achtung verdienen.

Wir wollen auch gern zugeben, daß der Reichsbund gewiß Mitglieder besitzt, welche die ehrliebe Überzeugung haben, einer guten Sache zu dienen.

Wenn sich aber ein Sabich als Streiter für den Reichsbund auswirft, jener Sabich, der bereits zweimal der sozialdemokratischen Organisation angehört, der zum Protestantismus übergetreten war, dann wieder in den Schoß der alleinseligmachenden katholischen Kirche zurückkehrte, so ist es wohl gerechtfertigt, wenn Zweifel gehegt werden, daß dem Handeln eines solchen Mannes nicht ehrliebe Überzeugung, sondern ganz andere Ursachen zugrunde liegen.

Wenn sich dieser Mann trotz seiner dunklen Vergangenheit untersteht, einen Schmähartikel im „Deutschen Eisenbahner“ mit Namensnennung zu veröffentlichen, so bringt er nur den Beweis, daß seiner Charakterbeschaffenheit sich seine Kühnheit ebenbürtig zur Seite stellt.

Es wäre aber gefehlt, wenn man diesen Sabich als Urheber ansehen möchte. Er selbst war noch nie mehr gewesen als ein Werkzeug in den Händen seiner Hintermänner. Und mit einem solchen Mann polemisiert man nicht, sondern den behandelt man einfach mit Schweigen.

Aber für die Handlungen, die dieser Mann begeht, tragen in erster Reihe seine Hintermänner die Verantwortung.

Ich behaupte aufs tiefste, gegen Herrn Abgeordneten Seliger die im „Deutschen Eisenbahner“ vom 15. Jänner 1908 enthaltene Beschuldigung, daß er vor Gericht wiederholt und wissenschaftlich falsche Zeugenaussage abgelegt habe, erhoben zu haben. Ich erkläre, daß ich aus den Akten im Beweisverfahren die volle Überzeugung gewonnen habe, daß die von mir erhobene Beschuldigung vollständig grundlos ist und keinen Schein einer Verurteilung besitzt.

So lautet es in der Erklärung, die Sabich im Ehrenbeleidigungsprozeß Seliger abgab. Außer diesem Prozeß hatte Sabich noch zwei Prozesse, in welchen er wegen Ehrabschneidung verurteilt wurde.

Die Kosten, zu denen er in den letztgenannten zwei Prozessen verurteilt wurde, ist er heute noch schuldig. Als er gepöndelt wurde, nahm seine Frau die gepöndelten Gegenstände als ihr Eigentum in Anspruch. Einem Antrag, den Sabich zur Leistung eines Offenbarungseides zu laden, wurde nicht stattgegeben, weil Sabich wegen nicht bezahlter Schulden den Offenbarungseid schon geschworen hat.

Von seinen anderen Handlungen wollen wir schweigen, weil wir seine unschuldige Familie nicht mit in den Kot zerren wollen. Ob diese Rücksicht in Zukunft eingehalten werden kann, bleibe dahingestellt.

Neumarkt-Ratham. (Oberösterreich.) Aus Neumarkt wird uns geschrieben, daß der dortige Bahnmeister Wagle und der Bahnwächter Loibl in ihrer dienstlichen Eigenschaft den Arbeitern das Unterschreiben des Protestzettels untersagt haben.

In diesem Falle haben diese beiden edlen Seelen einen argen Mißbrauch ihrer Stellung gegenüber den unterstehenden Arbeitern verübt, denn weder der Bahnmeister, noch der Bahnwächter steht irgend ein Recht zu, in dieser Beziehung etwas zu gestatten oder zu verbieten. Es zeigt uns, wie so manche Vorgesetzte das persönliche Recht der Arbeiter beschneiden und sich in Angelegenheiten hineinmischen, die sie, wie wir hier sehen, nicht einmal verstehen.

Limberg-Melsau. (Kufforderung.) Der Tagelohnarbeiter und probitorische Ausbittelsbahnrichter Klein wird aufgefordert, seine bühnischen Neuerungen gegen organisierte Arbeiter zu unterlassen, ansonsten wird gezwungen werden, denselben auf ein paar Tage in ein dunkles Stämmerlein setzen zu lassen, wo er über seine unfollegalen Handlungen nachdenken kann.

Die rote Nacht.

Graz-Südbahn. (Gefährdung der Sicherheit.) Der Herr Kontrollor Battoual will das 9 Millionen-Defizit und den circa 2570 Millionen-Schuldenstand der Südbahn damit decken, daß er daran geht, bei den Verschubzügen, wo bisher immer ein Mann mehr aus Manipulationsrückichten beigegeben wurde, als dies das Bremsausmaß erfordert, denselben wieder einzuziehen. Dadurch verschafft er der Südbahn ein Ersparnis es ist aber dafür zu bestreuen, ob sie nicht etwa durch den reduzierten Personalstand das Bedürfnis durch Unfälle und Materialschaden daraufzahlen wird. Mit der Finanzpolitik scheint also der Herr Battoual noch nicht Bruderhaft gemacht zu haben. Freilich meint er, daß der Mann ganz gut durch den Oberkondukteur, beziehungsweise durch den Zugführer ersetzt werden könne, indem auch diese das Signalfähnlein in die Hand nehmen könnten, vergißt aber dabei ganz darauf, daß der Oberkondukteur beziehungsweise der Zugführer in dem Moment, wo er selbst mitarbeitendes Organ ist, aufgehört hat, überwachendes Organ zu sein. In diesem Falle würden sich die Herren Stationsbeamten bequemen müssen, den Verschub zu überwachen und selbsttätig auch die Verantwortung zu tragen. Ob der Herr Battoual auch nach dieser Richtung schon verfügt hat, ist zur Zeit noch unbekannt. Der Herr Battoual wird es wohl kaum glauben, daß er damit der Südbahn gute Dienste geleistet hat, sondern wollte damit offenbar nur zeigen, daß er noch auf der Welt ist und so Gott will, wird er mit seiner Finanzpolitik sicherlich bald verfrachten, schon deshalb, weil sich bald zeigen wird, wie dadurch die Sicherheit des Verkehrs neuerdings gefährdet erscheint. Ob sich auch die Unterbeamten (Oberkondukteure) zu Verschleierdiensten degradieren lassen werden?

Wudenz. In unserer Domizilsation sind einige Oberkondukteure, die sich in ihrer gegenwärtigen Stellung tief beleidigt fühlen, wenn der Untergebene nicht untertänigst schmeichelt und mit Kadavergehörigkeit allem und jedem Unsinne zustimmt, denn der Oberkondukteur und Unterbeamte verzapft.

Wir möchten diese Herren, die sich seit der Ernennung als allwissend und übergesiegt fühlen, auf ihre anderen Berufssollegen verweisen, die sich mit ihren Untergebenen ohne die geringste Beeinträchtigung ihrer Charge gut vertragen. Ja, es gibt Leute, die, trotzdem sie Oberkondukteure sind, sich immer noch zu den Sterblichen rechnen und mit den Kollegen aus deren Reihen sie stammen, gemeinsam fühlen und denken.

Oder glauben die Herren, daß mit den Unterbeamten-schöber auch der Verstand mitgelommen ist? Da müssen noch einige Walfahrten nach Mantweil gemacht werden, damit sich der Allgäulichte von dort erweisen läßt, um zum Amt auch den Verstand herauszugeben.

Die klaffenberupften Eisenbahner werden sich von diesen, zum Glück wenigen, allwissend und allwissend gebärdenden Geistesproten wieder in ihren Rechten noch in der Meinung beeinträchtigen lassen.

Diese Jellen mögen die Betroffenen zur Kenntnis nehmen und sich eines Besseren besinnen, das auch für derartige Leuchten in Anwendung gebracht werden kann, es heißt: „Dummheit und Stolz, wachsen auf einem Holz.“

Ölmühl. (Staatsbahnbetriebsamt.) Wie der Eisenbahnminister auf eine Anfrage des Reichsratsabgeordneten Genossen Dr. Ellenbogen bestätigt hat, ist die Verwaltung der verstaatlichten St. E. G. angewiesen, die verbesserten Nebenbezüge der Staatsbahner bezüglich ihres Personals auszuarbeiten, und wird beabsichtigt, diese Gebühre vom 1. Juli 1909 zur Anwendung zu bringen.

Es wäre nur zu wünschen, daß die Gleichstellung ehestens durchgeführt werde, da bei der herrschenden Teuerung kein Auskommen zu finden ist. Die Wohnungsmieten sind in den letzten Jahren um 80 Prozent gestiegen, dafür beziehen die Eisenbahner ein um 10 Prozent geringeres Quartiergeld.

Das Meilengeld, das früher monatlich 45 bis 50 Kr. betrug, ist durch Einführung der Stundengelder auf 38 bis 40 Kr. zurückgegangen. Es wird zwar eine Zulage von 5 bis 10 G. täglich gegeben, doch ist diese so gering, daß die Differenz dadurch keineswegs ausgeglichen wird.

Um nun mehr zu verdienen, haben einige Querköpfe den Vorschlag gemacht, noch mehr zu fahren. Ein kräftiges „Wui!“ vor solchen Nachkollegen.

Wer seinen Dienst anstandslos besorgen will, für den ist unser gegenwärtiger Turnus streng und hinreichend genug; wer aber unter allen Umständen Unfrieden stiften will, der gehe in die Slowakei zurück, dort kann er fahren, so oft und wie er will.

Sämtlichen Kollegen der St. E. G. rufen wir aber zu: Stehen in die Organisation, kommt fleißig und pünktlich zu den Versammlungen, wo wir gemeinsam unsere Beschwerden und Wünsche besprechen können. Das Schimpfen und Wüten im Stillewagen ist für die Sache, da der einzelne zu schwach ist, um eine Veränderung herbeizuführen.

In den Versammlungen ist für uns der Platz, um gemeinsame Angelegenheiten zu besprechen.

Wiener-Neustadt. Im Heizhaus Wiener-Neustadt wird das Lokomotivpersonal seit einiger Zeit von dem Maschinenmeister Wiedan so brutal behandelt, daß diese Leute es vorziehen, lieber auf den Dienst zu verzichten, als sich die Schikanierungen und Demütigungen eines Wiedan länger gefallen zu lassen. Es geht hier zu wie in einem Taubenschlag, kaum ist einer abgerichtet, wird er entlassen oder er läuft selbst davon. Welche Unmasse von Zeit und Geld wird auf diese Weise verschwendet! 14 Tage wird jeder Heizer abgerichtet, wobei er der Südbahn verdammt wenig einbringt. Sind diese 14 Tage vorüber, kommt er dann auf die Maschine, wo der Lokomotivführer ebenfalls in der Ausbildung nachhelfen muß.

Ist der Mann eintigermassen verwendbar, wird er durch den Herrn Heizhauschef gefündigt oder geht selbst und der Führer muß immer mit ungenügend geschultem Personal fahren. Diesem Treiben muß ein Ende gemacht werden.

Innsbruck. (Vom Pensionsinstitut der österreichischen Lokalbahn.) Vor einiger Zeit schon beschäftigte sich ein Artikel des „Eisenbahner“ mit diesem „Humanitätsinstitut“ und das folgende soll ebenfalls zur Aufklärung über dieses Institut beitragen. In der im Vorjahre abgehaltenen Generalversammlung wurde eine einschneidende Statutenänderung beschlossen, welche als Grundzweck die Sanierung des Instituts „auf Kosten der Mitglieder“ beabsichtigte.

Nach dem neuen Statut soll auch das Quartiergeld in die Pension einbezogen werden; vorläufig bedeutet dies wohl nur eine höhere Belastung der Mitglieder, denn es wird wohl niemand so naiv sein, zu glauben, daß ein von den beteiligten Verkehrsunternehmungen völlig beherrschtes Unternehmen plötzlich so von sozialer Fürsorge für seine Mitglieder erfüllt sein sollte! Das Institut ist nämlich versicherungstechnisch passiv, und da ja doch der Staat mit dem guten Beispiel vorangeht und seine leeren Kassen mit den fauer verdienten Gewinnen der Versicherungsanstalt füllt, warum sollten diese Herren eine andere Taktik einschlagen. Das k. k. Eisenbahnministerium genehmigte die Statutenänderung unter der Bedingung, daß auch die dem Institut bereits angehörigen Mitglieder das Quartiergeld vom Beginn des Bezuges an nachzahlen. Es hätte dies eine ungeheure Belastung der Verkehrsunternehmungen sowie der Bediensteten ergeben, da die Nachzahlung, die 4 Prozent Zinsen sowie ein Zwölftel des Quartiergeldes, also insgesamt 32 Prozent, von Verkehrsunternehmung und Mitglied zu gleichen Teilen zu tragen gewesen wären. Nun hat aber das k. k. Eisenbahnministerium nach drei Monaten diese Bedingung fallen gelassen, aus welchem

Grunde, wurde nicht angegeben, aber es steht jedem frei, sich seine eigenen „Gedanken“ hierüber zu machen. Jedenfalls wurde es dadurch den vor dem 1. Jänner 1909 beigetretene Mitgliebern freigestellt, ihr bereits bezogenes Quartiergeld nachzumelden. Der Rechnungsabluß von 1908 enthält zum Beispiel die erfreuliche Tatsache, daß die Wertpapiere, in denen das Kapital angelegt wurde, am 31. Dezember 1908 bereits einen „Kursverlust“ von 100.000 Kr. erzielt hatten. Es ist doch eigenlich, wenn man sieht, daß das Geld, das man sich tatsächlich vom Munde abspart, so gut verwaltet wird. Da wird wohl noch ein ernstes Wort gesprochen werden müssen und daß dies geschieht, dafür wollen wir Sorge tragen. Das neue Statut enthält übrigens noch ein paar sehr wohlwollende Punkte, auf welche wir noch zurückkommen werden. Vielleicht bewirken diese Stellen, daß auch andere ihre Meinung hören lassen, denn es ist jedenfalls sehr gut, wenn das Interesse für dieses Institut wachgehalten wird.

Pettau. Wie lange wird das Betriebsinspektorat in Graz noch warten, bis es den Dienst bei dem Wächterhaus Nr. 13, Hauptüberführung von Pettau, verläßt und die Abreise verlängert? Geopfert wurde dadurch schon genug, daß ganz unbegleitete Leute mit Arreststrafen bis zu 24 Tagen belegt wurden. Will man richtig so lange warten, bis ein großes Unglück geschieht und es Menschenleben kostet? Nachlässigkeit im Dienste kann man so einem armen Kerl von einem Wächter sicher nicht vorwerfen, wenn man seinen Dienst betrieht. 18 Stunden Dienst, 9 Stunden frei, unter zehn Nächten ist er zwei frei. Davon kann er diese neun freien Stunden nicht alle zum Schlafen verwenden, weil eben der Wächter auch ein Mensch ist und Bedürfnisse hat, zum Beispiel muß er sich waschen, ja auch essen und schließlich auf Kommando schlafen kann man ja auch nicht. Zu all dem ist der Tagelohn ohnehin nicht so ausgiebig. Fallen also von diesen neun Stunden freier Zeit, drei bis vier Stunden an Schlaf weg, so ist es kein Wunder, wenn die Natur ihre Rechte fordert und dem Wächter, der noch so dienstfertig ist und sich mit aller Anstrengung wach erhalten will, gerade in dem Moment die Augen zufallen, in dem er sie offen haben soll. Der Schnellzug braust herein, ein Fuhrwerk fährt über die Überführung und ein furchtbares Unglück ist da. Daher verlangen wir im Interesse der öffentlichen Sicherheit und im Interesse der armen Wächter, daß der Dienst sofort so geregelt wird wie bei den Weidewächtern. Sobald verschoben wird, muß er den Schranken schließen, und verschoben wird Tag und Nacht. Fuhrwerke fahren ununterbrochen, weil alle Fuhrwerke zum Frachtmagazin diese Überführung passieren müssen. In Erkenntnis der eminent großen Gefahr und Verantwortung hat der Wächter schon einmal im Dienstwege um Verärzlung des Dienstes angefragt, worauf ihm dann der Befehl zukam, daß er noch warten müsse, bis die Streckenbegeher bewilligt sind, dann erst könnte sein Dienst geändert werden. Ja, wie lange kann denn noch die Südbahn mit Menschenleben hazardieren? Generalinspektion, wo bist du? Hier kann mit einigen Kronen große Gefahr abgewendet werden, hier kann mit ein paar Kronen der Dienst eines überanstrengten Menschenlebens gemildert werden. Wir versichern den maßgebenden Persönlichkeiten, daß wir in Anbetracht der immerwährenden Eisenbahnunfälle auf der Südbahn nicht rasten und ruhen werden, bis die große Gefahr bei der frequentierten Überführung der Strecke Pragerhof bis zur ungarischen Landesgrenze durch entsprechende Reueure beseitigt ist.

Jägerndorf. (Ein nervöser Beamter.) Seit der Zeit, wo unser Vorstand Herr Inspektor Gihmann die Einnahme des Personals nicht mehr durchführt, werden wir wegen der Lappalie stundenlang protokolllarisch einvernommen.

War Herr Inspektor Gihmann ein strenger, jedoch gerechter Beamter, so haben wir in der Person des Assistenten Herrn Forman einen überaus nervösen Nachfolger gefunden, der mehr schimpft und tobt und sich wie ein Bessener gebärdet. Erlaubt sich ein Bediensteter dem Herrn die Wahrheit zu sagen, dann wird derselbe als lecher und frecher Kerl betitelt und gleich nochmals angezeigt.

Herr Forman eignet sich ja ganz gut zum schablonenmäßigen Fabriken von Protokollen über getiffene Stuppeln, für weiter hinausreichende Sachen bestimmt er sich jedoch wie ein Oberinspektor. Vielleicht gelingt es ihm noch, diesen Posten zu erreichen, die Fähigkeiten hat er dazu, denn wer Protokolle über zeriffene Notketten fertig bringt, kann auch fertige Akten unterschreiben.

Landes in Tirol. Samstag den 14. Mai feierte im Bahnhofsfestament der Vorstand der k. k. Heizhausleitung Landes, Herr Maschinenoberkommissär Hans Lein, unter dem die organisierten Eisenbahner genug auszuweisen hatten, seinen Abschied. Dant der Leinischen Antreiber und Demütigungen, die das Personal zur Teilnahme an dem Abschied förmlich in das Bahnhofsfestament trieben, war der Abschiedsabend gut besucht. Besonders der Werkgehilfe Georg Kiedl leistete anerkennenswerte Zureicherdienste. Doch charakteristische Gesinnungsmerkmale zeigten von jeder Kiedl aus. Er, der früher Sozialdemokrat war, ist aus der Organisation ausgestiegen, um Werkmeister zu werden, wie er sich nämlich einbildet. Andere Leute — darunter nicht die schlechtesten informierten — glauben aber, daß wenn Kiedl noch zehnmal seine politische Gesinnung wechselt, er doch nicht Werkmeister wird.

Ein eigenes Gewicht hat Hans Lein beim Auszug der Maschinenausstattungsstelle erlitten. Wie viel eine Tonne Kohle gleicher Sorte in Körben gemessen ergibt, bestimmt Hans Lein, und diese Bestimmung schwankt je nach dem Kohlenabgang zwischen 16 und 24 Körben. Der Kohlenabgang muß besonders im vorigen Rechnungsjahr (1908) groß gewesen sein. Hans Lein erhielt für verschleierte unter seiner Leitung gemachte Ersparnisse per 1908 2490 Kr. Lantienem. Gewiß ein nettes Stimmchen — und so leicht mit Aufschauenseln verdient, nicht wahr? Vom 1. bis 10. jedes Monats werden den Eisenbahnbediensteten Kohlen zum Regiepreis verabfolgt. Nun kam es aber unter der Leitung der Leinischen Wirtschaft mehr als oft vor, daß der Kohlenvorrat vor dem Zehnten alle wurde und die Bediensteten ohne Kohle mit den gemieteten Fuhrwerken heimkehren mußten. Wer es versucht, nach dem Zehnten Kohle zu verlangen bei Lein, der erlitt wohl Großbittern, aber keine Kohle. Vernünftige Vorstellungen fruchteten niemals. Anders bei Lein selbst. Der läßt sich die besten Stücke Kohle für Privatbedürfnisse herausuchen und dann — es ist ja selbstverständlich bei solchen Größen — gratis und frants durch Leute, die nicht er, sondern die Bahn bezahlt, heimbeifördern. Ob es unter dem neuen Vorstand anders wird, ist fraglich. Aber meistens kommt nichts Besseres nach.

St. Völten. (Verhältnisse der k. k. Staatsbahn.) Eine gerechte Behandlung und Bezahlung der Professionsisten in unserer hiesigen Verhältnisse ist trotz aller Erlasse und Verfügungen nicht anzutreffen. Überhaupt bei neu aufgenommenen Professionsisten finden wir die absonderlichsten Lohnstufen. So wurde zum Beispiel ein Schmiel mit einem Tagelohn von Kronen 2.60 aufgenommen, während ein anderer, ebenfalls Schmiel, mit dem Anfangslohn von 4 Kr. eingestellt wurde. Beide sind jedoch gleich gut ausgebildete Professionsisten.

Die Löhne der Hilfsarbeiter, die zumeist Kr. 2.80, bei einigen sogar nur Kr. 2.60 betragen, sind nach den in St. Völten herrschenden Verhältnissen viel zu gering, um mit einer selbst kleinen Familie ein menschliches Auskommen zu finden.

Indem werden die Arbeiter in den Verhältnissen von den Werkführern und deren Unterstellten in der unmenschlichsten Weise zur Arbeit angetrieben und bestraft.

Bei manchen Vorgesetzten geht die Antreiberei so weit, daß man sich fragen muß, ob dieser Mann überhaupt ein Verständnis von der Arbeit hat, da mitunter Leistungen verlangt werden, die geradezu undurchführbar sind. Doch haben wir auch einige gerechte Vorgesetzte, die den Wert und das Maß der geforderten Arbeit zu würdigen verstehen; leider sind es nur wenige.

Wann werden die Bahnverwaltungen eigentlich zur Er-

kenntnis kommen, daß zu einem Vorgesetzten sich nur derjenige am besten eignet, der vermöge seiner praktischen und theoretischen Kenntnisse den Arbeiter und seine Leistungen zu schätzen weiß.

Graz. (Von der Baubehörde der Südbahn.) Aus Graz wird uns geschrieben, daß sich die Fälle mehren, wo Oberbauarbeiter, wenn sie auf den gewöhnlichen Urlaub Anspruch erheben wollen, die Dauer der faktisch zurückgelegten Dienstzeit abgefragt werden soll. Es handelt sich um zwei Partieführer, denen man 10, respektive 11 Jahre von der wirklichen Dienstzeit streichen will.

Ueberdies sind auf der Strecke Lieboch-Wies zwei weitere Arbeiter, denen das gleiche Schicksal droht.

Da uns die Geschichte wegen des darin enthaltenen Unrechtes doch zu sehr erschreckt und wir der Baubehörde trotz der mannigfachen Beschwerden eine solche Tat nicht ohne weiteres zumuten können, so wollen wir das Resultat der Erhebungen abwarten. Zur leichteren Orientierung geben wir bekannt, daß sich die um ihre Dienstzeit beschuhten Arbeiter in Puntigam und Lutzenberg befinden.

Krems a. D. Donau. Wie erinnerlich hat im Monat März beim Bezirksgericht in Krems eine Ehrenbeleidigungsklage stattgefunden, in welcher der Bahnbeamte W. bestraft wurde. Der Wahrscheinlichkeitsbeweis wurde erbracht und W. zu 20 Kr. oder 18 Stunden Arrest verurteilt.

Nachdem nun diese Sache bei Gericht ausgetragen wurde und für die Stationsbediensteten auch nicht den Schatten eines Verdachtes weiter haben kann, so ist die Wäre W. als erledigt zu betrachten.

Pflicht der vorgelegten Behörde ist es nun, das Zweckentsprechende zu veranlassen, um sinnlosen Quertreibereien des verurteilten Beamten die Spitze zu nehmen. Dies diene zur Aufklärung.

Graz. (Uniformen für Eisenbahner.) Die von den Unterbeamten und Dienern jährlich abgeforderten Monturen, welche die Firma Biedl an die k. k. Südbahnverwaltung liefert, weisen Mängel und Fehler auf, daß man sich schon einmal des näheren darüber befassen muß.

Schon bei der Uniformabteilung an die einzelnen Bediensteten sieht man, daß auf Maß laut Abmessungsbuch keine Rücksicht genommen wird. Wahrscheinlich wird bei der Fabrikation nur nach Nummern und nicht nach Maß gearbeitet und diese aufgesteckte Nummer muß dann passen; ob dem einen die Kappe über die Ohren geht, es macht nichts; sie hat Nummer 55 und muß passen; ob dem einen die Hose zu lang ist oder dem anderen zu unangenehm, so daß ein wohlgeleiteter Aktionär darin Platz hätte, sie muß passen; dem einen reicht der Mantel zur Hüfte, während er bei dem anderen schon oberhalb des Knies sein düstiges Ende findet, dem dritten wieder zu weit ist; es ist egal, jedes Stück hat eine Nummer, oft auch noch Namen, darum muß es passen, wenn nicht, dann heißt es: lassen sie es ändern und dann kann man monatelang auf die einzelnen Stücke warten; es wäre notwendig, man würde sich bis dahin blau anstreichen.

Nummer 1, Kappe: Zwei Tage Regenwetter und eine Klarinette dazu — a polom glaub' ich! Diese sollen mit Draht innenbündig gehoben sein, damit sie nicht beim ersten Regen in sich zusammenfallen oder wenn der Mann sich mit der Kappe schützen will, selbe in der ersten Zeit schon ganz zusammengepreßt und die Kappe einem Harmoniebalg ähnlich ist; auch brauchen die Schirme nicht so auf die Köpfe herunterzufallen; frei soll der Mensch dem anderen ins Antlitz blicken können und nicht seitwärts herabsehen neben dem Schirm.

Nummer 2, Mantel: Dieser ist das Haupt der ganzen Uniformierung, soll Schutz bieten gegen Regen, Schnee und Kälte und erfüllt seinen angestrebten Zweck ganz und gar nicht.

Die Mäntel sämtlicher Bediensteten sollen glatt und dicht sein, damit Regen und Wasser nicht so schnell durchdringen können. Warum können die Mäntel der Unterbeamten bei den k. k. Staatsbahnen glatt sein? Haben wir nicht eine einheitliche Uniformierung? Man möge doch bedenken, daß hauptsächlich das Zugpersonal tagelang bei strömendem Regen im Freien hantieren muß, wo der Mantel der einzige Schutz sein soll und statt dessen ist man in der ersten Viertelstunde bis auf die Haut durchnäht. In der zweiten Viertelstunde halten kein Wasser, weber die der Unterbeamten nach der Diener. Wo sind die alten Nordpolmäntel, die man vor 20 bis 25 Jahren abgab? Je nasser selbe wurden, desto besser, aber auch nachlässiger wurden sie; wochenlang konnte man im Regen Dienst machen, der Mann war immer trocken, heute geht es bis auf die Haut. Man imprägniere die Mäntel wasserfest, nehme festes Tuch oder Leder und sehe für das Zugpersonal die Tragzeit auf zwei Jahre fest.

Genau so verhält es sich mit Hosen und Hosen, Tragzeit nur ein Jahr, halten aber dieses nur in den seltensten Fällen aus. Wie bei den Mänteln, soll auch hier das zu verwendende Material dicht und glatt sein, da man tatsächlich jeden Tropfen auf Hosen und Hosen hindurch spürt und in die Falten der Mäntel und Hosen schon in den ersten Wochen ganze Wäuschen von Wollse sich ablagern.

Und zum Schluß ein Mahnwort an die Lieferanten: Mäßt die Ansprüche besser ein, damit man diese nicht schon beim Nachkaufstragen der Montur unterwegs verliert.

Wir stellen an die Verwaltung die Forderung: Gebt uns Kleidungsstücke, damit man tatsächlich vor der Unbill des Wetters geschützt ist, man bedanke, daß unsere Verfassung der freie Himmel ist und wir oft wochenlang dem Regenwetter ausgesetzt, daher gewöhnlich sind, die nassen Kleider, die man abends ablegte, wieder nach am Körper anzulegen.

Unsere Protestbewegung.

Schärding. Am 20. Mai d. J. fand hier eine 2. Versammlung der hiesigen Zählstelle statt, in der Genosse M. A. L. aus Wien über Sozialversicherung und die Steuerpläne der Regierung referierte. Genosse Schner besprach den Wert der Presse und forderte zur größten Verbreitung der „Wahrheit“ als Landesorgan auf.

Alle Geldsendungen sind an Josef Langgasser, Bloßsignaldienster, Neustift 159, Post Schärding, zu richten.

Triest. Am 28. Mai 1908 um 8 Uhr abends fand im Arbeiterheim zu Triest eine große Eisenbahnerversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Aktentat auf die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen. 2. Die Wahl des Koalitionsausschusses. 3. Bevorstehende Landtagswahl in Triest.

Den Vorsitz führten in der Versammlung die Genossen Kononil und Gisser. Genosse Gisser fungierte als Schriftführer.

Der Referent Genosse Kopas beleuchtete in slowenischer Sprache die Grundzüge des Gesetzesentwurfs der Sozialversicherung und wies auf der Hand zahlreiche Beispiele der Schädigung nach, welche die Eisenbahner bei Gewerbeversicherung dieser Art durch die Verschleppung des Unfallversicherungsgesetzes erfahren mußten. Ebenso werden die Eisenbahner künftig in der Vertretung um ein Bedeutendes vergrößert und benachteiligt.

Gegen solche Verschleppungsabsichten werden die Eisenbahner entschieden die äußersten Mittel anzuwenden. (Großer Applaus und Beifall.)

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden ersucht, auf Grund der von der Organisation beauftragten Unterzeichnungsaktionen dagegen Stellung zu nehmen. Redner forderte gleichzeitig die Versammelten auf, energig für unsere Organisation einzutreten, worauf zum zweiten Punkt, zur Wahl der Koalitionsausschussmitglieder geschritten wurde, und zwar wurden von der Südbahn die Genossen Kononil, Fernejsic, Pazar, Witzjak, Paulin; von der Staatsbahn die Genossen Lahnig, Utenborfsky, Robin, Sklar und Gosette einstimmig gewählt.

Zum Schluß appellierte Genosse Kopas an die Versammelten, zur Landtagswahl ihre Stimmen auf die sozialdemokratischen Kandidaten zu vereinigen, damit am 13. Juni Triest rot werde, wie es bei den letzten Reichsratswahlen der Fall war.

Genosse Kononil hielt noch eine kurze Rede, worauf die imposante und bewundernde Versammlung geschlossen wurde.

Versammlungsberichte.

Wien. (Die Fahrgebührenfragen der Zugbegleiter.) Donnerstag den 3. d. M. fand im Hotel „Union“ eine gutbesuchte Versammlung der Wiener Zugbegleiter der k. k. Staatsbahnen statt. Auf der Tagesordnung stand die Fahrgebührenaufbesserung des Zugbegleiterpersonals.

Als Referent fungierte Personalkommissionsmitglied W. A. Bittsch. Der Redner gab einen Bericht über die gepflogenen Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium und wies darauf hin, daß dieses im Oktober des vorigen Jahres dem Referatkomitee drei Millionen zur Erhöhung des Stundengeldes für die Zugbegleiter zugesprochen hat. Die Fahrgebührenaufbesserung ist nun so weit erfolgt, daß man dem erwähnten Personal die Fahrgebühren vorläufig um 30 Prozent erhöhte (Stufe: Wir verlangen die Gleichstellung!); keineswegs aber erfolgte die vom Personal so dringend geforderte Regelung der Fahrgebühren, die darin besteht, daß diese Gebühren für das Zugbegleiterpersonal gleichgestellt werden. Nun sagt das Eisenbahnministerium, daß die drei Millionen nicht ausreichen. Es macht über die Höhe des Zugbegleiterpersonals eine Regelung, die niemandem befriedigen kann. (Lebhafte Beifall.) Die vom Eisenbahnministerium geplanten Sätze bedeuten eine Erhöhung, die viel geringer ist als die schon heute bestehenden „30 Prozent“. (Erregte Zwischenrufe.) Das können sich die Eisenbahner nicht bieten lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Es heißt, daß die drei Millionen nicht einmal dazu ausreichen, um diese 30 Prozent weiter geben zu können. Man hat nämlich die 30 Prozent auf einer ganz falschen Grundlage berechnet. Man hat sie auf Grund des Staatsvoranschlages vom Jahre 1908 geschätzt, während aber die in Betracht kommende Stunden- und Kilometerleistung des Jahres 1908 viel höher war. (Beifall.) Man hat nun auf Grund des ermittelten wirklichen Leistungssatzes die Verteilung der drei Millionen vorgenommen, und da zeigt es sich, daß nicht nur die 30prozentige Aufbesserung herauskommt, sondern daß auch die Fahrgebührengleichstellung nicht gewährt werden soll. (Mise: Das werden wir ja sehen!) Wir werden nicht ruhen, bis die noch notwendige und ausstehende Summe den drei Millionen beigelegt ist. (Stürmischer Beifall.) Die Fahrgebührenaufbesserung, wie sie das Zugbegleiterpersonal verlangt, ist eine gerechte Forderung und die Gewährung dieser Forderung ist im Interesse des Staatsbahnbetriebes sehr notwendig. Die unbedingte Notwendigkeit der Erfüllung dieser Forderung zwingt die Eisenbahnenbediensteten zur größten Beharrlichkeit. (Andauernder Beifall.)

Der Vorsitzende Knotel sprach in ähnlichem Sinne und brachte eine Resolution zur Abstimmung, in der es heißt: Die Zugbegleiter verwarfen sich entschieden gegen eine Herabsetzung der bereits der Zentralpersonalkommission zugewiesenen Stundengeldgrundsätze, sie beharren auf ihrer alten und gerechten, selbst vom Eisenbahnministerium als berechtigt anerkannten Forderung nach der Gleichstellung, deren rasche Durchführung sie erwarten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Abgeordneter Abram charakterisierte in einer treffenden Rede die gegen die beschlossene Bevölkerung gerichtete österreichische Politik und forderte die Versammelten zur unablässigen Störung ihrer Organisation auf. Er erntete stürmischen Beifall.

Belien. Die Assistenten der St. G. G. hielten am 29. Mai 1. J. in Brinn eine Versammlung ab mit der Tagesordnung: Die Verstaatlichung der St. G. G. Als Referenten wurden Genosse Mouta, Sekretär in Brinn, und Genosse Kupnik, Personalkommissionsmitglied der k. k. Nordbahn, eingeladen. Beide Referenten besprachen in sachlicher Weise die neue Situation für die Bediensteten der verstaatlichten Privatbahnen. Durch Gegenüberstellung zahlreicher Beispiele aus der Einreichung der Beamten der k. k. Nordbahn wiesen die Referenten darauf hin, daß die Beamten der St. G. G. allen Grund haben, beizutreten durch zielbewusste Organisation und eifrige Vorarbeit sowie Vorbereitung des Materials einer eventuellen Schädigung anlässlich der Einreichung vorzugehen, denn es könnte bei allzu großer Laune leicht geschehen, daß mancher herrliche Erfolg aus dem Kampfe im Jahre 1907 an Wert verlieren würde. Die Ausführungen der Referenten wurden von den anwesenden Assistenten mit großem Interesse vernommen. In einer darauffolgenden freien Debatte entwickelte sich ein lebhafter Meinungsaustausch und erst in später Stunde wurde die Versammlung nach einem Schlußwort des Einberufers sowie des Genossen Mouta geschlossen.

Obwohl sich die Referenten jeder besonderen Agitation enthalten, erklärten nichtsdestoweniger die anwesenden Assistenten, sofort unserer Organisation als Mitglieder beizutreten zu wollen. Wir beglückwünschten die neuen Mitkämpfer herzlich und wünschten, daß ihr Eifer nicht nachlassen, sondern daß dieser Entschluß als Beispiel unter ihren Kollegen bahnbrechend sein möge.

Wien. (Versammlung der Bahnrichter.) Die Bahnrichter der k. k. Staatsbahnen hielten am 5. d. M. in Rastros Gasthaus, Wien, XV., Bödigasse 13, eine Versammlung ab. Dieselbe wurde zwecks Gründung einer Zählstelle für die genannten Bahnrichter einberufen und vom Genossen Solzer eröffnet und geleitet. Durch die Ausführungen mehrerer Redner kam die Versammlung zu der Ueberzeugung, daß eine Trennung von den übrigen Kategorien nicht nur wertlos, sondern auch für die Bahnrichter nachteilig wäre, weil durch ein separatistisches Vorgehen niemals nach Erfolge erzielt werden und auch nicht erreicht werden können.

Die Versammlung beschloß daher, daß jene Bahnrichter, die bereits Mitglieder in den verschiedenen Ortsgruppen unserer Organisation sind, dort zu verbleiben haben und jene Bahnrichter, die erst der Organisation beizutreten wollen, sollen sich bei den ihnen nächstgelegenen Ortsgruppen anschließen lassen. Weiters wurde auch der Wert des Vertrauensmännerbundes besprochen und von allen Anwesenden als das geeignetste Bindemittel für die Bahnrichter einerseits und für die Organisation andererseits anerkannt. Hierauf wurde einstimmig folgender Besluß gefaßt:

Die Bahnrichter jeder Bahnhalterungssektion haben aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann zu wählen und dieser hat sich dann in allen die Bahnrichter betreffenden Angelegenheiten an den Hauptvertrauensmann zu wenden. Diesem obliegt dann die Pflicht, das Erforderliche zu veranlassen und im Fall der Notwendigkeit die Vertrauensmänner zusammenzurufen und mit ihnen das Notwendige zu besprechen.

Als Hauptvertrauensmann wurde Genosse Johann Solzer, Bahnrichter, XII/4, in der Wien 5, gewählt. Es sind daher alle, die Bahnrichter betreffenden Angelegenheiten diesem Genossen zu übermitteln. Ferner wurde für Bahnhalterungssektion I Genosse Albert Dypke, Bahnrichter, XII/4, Premschnergasse 9, für die Bahnhalterungssektion II Bahnrichter Genosse Döfner und für die Bahnhalterungssektion III Bahnrichter Genosse Tressl gewählt.

Bruneck. (Wächterversammlung.) Pfingstmontag fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt, in der Genosse Berger aus Franzensfeste die gegenwärtige Stellung des Wächterpersonals im Vergleich zu den übrigen Kategorien in ausführlicher Weise darlegte.

Da in unserer Gegend der Anschluß an den Allgemeinen Rechtschutz- und Gewerkschaftsverein den Streckenwächtern von den Ortsgruppen und auch den christlichsozialen Bahnmeistern

einigermassen erschwert wurde, sind die Resultate der hiesigen Wächter hinter den anderen Kategorien zurückgeblieben, denn die Verwaltung der Südbahn hat die Schwäche, die in der geringen Zahl der organisierten Wächter steckt, richtig beurteilt.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurden in allen größeren Stationen der Südbahn Wächterversammlungen abgehalten, wodurch den Wächtern Gelegenheit geboten wurde, den Wert der Organisation kennen zu lernen. Da sich nun durch zahlreiche Beiträge die Reihen der Wächter dichter und starrer schlossen, so wird es um so leichter sein, endlich eine Besserung der Lebensverhältnisse unter den Wächtern herbeizuführen. Eine ganze Menge von Zugständen aus dem Jahre 1907 sind unerfüllt geblieben und diese können nur durch ein mannhaftes Eintreten des gesamten Personals erreicht werden.

Ein gegenfeitiges Verleumden oder ein allgemeines Kriechen à la „Verkehrsbund“ wird nie einen Erfolg bringen.

Willach. Am 4. Juni fand in Frau Unterlassers Gasthaus „zur Prätoria“ eine äußerst gut besuchte Versammlung der Wächter der k. k. Staatsbahn und Südbahn statt.

Die Tagesordnung war die gleiche wie die der Wächterreichskonferenz.

Genosse Kuzicka eröffnete, indem er die Erschienenen herzlich begrüßte, um halb 8 Uhr abends die Versammlung. In das Präsidium wurden gewählt: Zu Vorsitzenden die Genossen Kuzicka und Pirker (Willach), zum Schriftführer Genosse Mayer (Badenbach).

Genosse Kuzicka erklärte den Zweck und die Wichtigkeit der Reichskonferenz und bittet um Vorschläge für die Wahl von Delegierten. Nach längerer Debatte werden die Genossen: Maurer, Wächter in St. Ruprecht für die k. k. Staatsbahn und Schmandiner, Wächter in Willach (Südbahn) gewählt.

Bei Punkt 2 entspinnt sich eine lebhafteste Debatte, an welcher sich insbesondere die Genossen Mayer, Maurer, Pirker stark beteiligen, und werden verschiedene Anträge betreffend die Dienst- und Entlohnungsverhältnisse gestellt.

Genosse Kuzicka ergreift sodann das Wort und beglückwünscht die diversen Anträge, welche gestellt wurden.

Es wurden dann folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Anfangslohn eines Tagelohnwächters soll 3 Kr. per Tag betragen.

2. Die erste Anstellung (Anfangsgehalt) soll mit 900 Kr. festgelegt werden.

3. Der Endgehalt soll 1600 Kr. betragen und soll derselbe in 25 Jahren unbedingt erreicht werden.

4. Jene Bediensteten, welche nicht in der Gehaltsstufe, die ihnen laut ihrer Dienstjahre gebührt, stehen, sollen solange aufertourlich avancieren, bis sie in die ihnen gebührende Stufe gelangen.

5. Die Wächterhäuser sind genau nach dem wahren Wert zu bemerten und soll das Superplus zur Auszahlung gelangen und soll der volle Quartiergeldebetrag in der Gehaltsliste ausgewiesen werden.

6. Es soll allen Wächtern, welche Nachdienst versehen, eine Nachdienstzulage von mindestens 1 Kr. per Nacht gegeben werden.

7. Es soll allen jenen Wächtern, welche mit Weichen zu tun haben, eine Weichenzulage gegeben werden in der Höhe von 10 Kr., ganz gleich, in welcher Gehaltsstufe derselbe steht.

8. Es soll an alle Streckenwächter mit Schrankenendienst eine Schrankenzulage von 10 Kr. per Monat ausbezahlt werden.

Dort, wo auch Frauen Schrankenendienst z. versehen müssen, tangiert dieser Bezug den Bezug der Frauen in keiner Weise.

9. Weichenwächter haben eine Personalszulage in der Höhe von 10 Kr. per Monat zu erhalten.

10. Die Schneezulageprämie ist abzuschaffen.

11. Die Montur soll in jenem Ausmaße und mit jener Tragdauer an Wächter abgegeben werden, als wie alle übrigen Bediensteten ihrer Gruppe selbst erhalten.

12. Der Dienst soll in folgender Weise geregelt werden:

Dreimal 12stündiger Dienst mit je zweimal 12stündiger Ruhezeit; nach dem dritten 12stündigen Dienst soll eine 24stündige Ruhezeit erfolgen.

Die Weichenwächter sollen nach 12stündigem Dienst 24 Stunden Ruhe erhalten.

Tunnelwächter sollen nach 6stündigem Dienst eine 18stündige Ruhezeit erhalten und soll eine Vermehrung von 10 auf 12 Mann erfolgen.

13. Der Urlaub soll nach den durch die Personalkommissionsmitglieder überreichten Normen geregelt werden.

Nachdem sich nun niemand mehr zum Worte meldet, schließt Genosse Kuzicka mit einem kräftigen Appell, in welchem derselbe auf die Erfolge infolge der Organisation hinweist, und bittet, raschlos an dem Ausbau der Organisation weiterzuarbeiten, unter starkem Beifall diese höchst wichtige Versammlung.

F. R.

Aus den Organisationen.

Innsbruck I. Bei der am 21. Mai d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurde Genosse Wilhelm Scheibin als Obmann und Genosse Gustav Freitag als Kassier wiedergewählt. Alle Zuschriften, die den Verein, Rechtschutz und dergleichen betreffen, sind an Genossen Wilhelm Scheibin in Innsbruck, Ambrasstraße 2, sowie in Geländegeheimen, Zeitungsreflexationen und Adressenänderungen an Genossen Gustav Freitag in Innsbruck, Gabelsbergerstraße 25, I, zu richten.

Wien in Mähren. Bei der am 25. Mai d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Josef Janul, Obmann; August Handel, Kassier; Franz Opelt und Anton Karlik, Revisoren.

Salzach. Die Generalversammlung fand am 11. Mai 1909 statt, wobei Genosse Kopas über Sozialversicherung sprach. Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Josef Skojanec, Obmann, Johann Pasterni und Franz Popiter, Stellvertreter; Kaspar Sternfeld, Kassier; Johann Felli, Schriftführer; Barth. Wilhar und Josef Aufacher, Revisoren; Ernst Pohl, Bibliothekar; Koloky, Stager, Ufic, Zupan, Majren, Erbesnit, Gasparis, Penizai, Mauser, Sebeg, Cerny, Ausschussmitglieder.

Die Einnahmen betrugen Kr. 723-89, die Ausgaben Kr. 716-46.

Der Mitgliederstand ist im letzten Berichtsjahre von 550 auf 691 Mitglieder gestiegen.

Dvarka. Bei der am 23. Mai d. J. stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen gewählt: Karl Braun, Obmann, Ignaz Erzen, Stellvertreter; Josef Perhacec, Schriftführer; Rudolf Bernitz, Kassier; A. Spensib, Johann Doser, Valentin Kurek, Ausschussmitglieder.

Hierauf brachte Genosse Braun einen ausführlichen Bericht über die Delegiertenkonferenz in Wien. Zum Schluß referierte Genosse Kopas aus Triest über den Gesetzentwurf der Regierung über Sozialversicherung.

Nied im Innkreis. Am 9. Mai 1909 fand die Generalversammlung statt, in der folgende Funktionäre gewählt wurden: Pramner, Obmann, Zehetner, Stellvertreter; Schöpp, Kassier, Pöhlinger, Subkassier; Angenruber, Schriftführer, Zehbauer, Stellvertreter; Schwanagl, Bibliothekar; Ligner und Hoffleischhader, Revisoren. Sodann hielt Genosse Jakubek einen ausgezeichneten Vortrag über Sozialversicherung und über die Ursachen der Verschleppung der gemachten Zugstände.

Zum vierten Punkt berichtete Genosse Klinger über die Delegiertenkonferenz und forderte die Anwesenden zur regen Agitation auf.

Dannsdorf. Sonntag den 23. Mai 1909 fand hier eine gut besuchte Eisenbahnerversammlung statt, in der Reichsratsabgeordneter Genosse Schloßnitz das Referat erstattete.

In die Vereinsleitung wurden folgende Funktionäre gewählt: Josef Kriß, Obmann, Eduard Weiser, Stellvertreter; Franz Knappe, Kassier, Anton Kupka, Stellvertreter; Ignaz Schrollen, Bibliothekar, Alois Baier, Stellvertreter; Albert Exler, Josef Lindenthal, Johann Winter, Karl Berner, Ausschussmitglieder. Josef Widmann und Robert Färler, Kontrolle.

Sämtliche Buchschriften sind an den Obmann Genossen Josef Kriß, in Kassangelegenheiten an den Kassier Genossen Franz Knappe zu senden.

Neudel bei Karlsbad. Sonntag den 23. Mai hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nachdem die Funktionäre ihren Rechenschaftsbericht erstattet hatten, welcher mit voller Zufriedenheit aufgenommen wurde, schritt man zur Neuwahl und wurden folgende Genossen gewählt: Als Zahlstellenleiter Anton Fuchs, Stellvertreter Franz Reigner, Schriftführer Anton Hegen, Kassier Georg Lurnwald, Bibliothekar Anton Hermann, Kontrolle Franz Böhm und Josef Eberl. Als Vertrauensmann und Subkassier für Neurolau wurde Michael Peter, Weichenwächter, gewählt. Um halb 11 Uhr nachts schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Bemerkten, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen. Alle Buchschriften sind zu richten an Genossen Anton Fuchs, Neudel 505.

Wien-Genossen II. In anerkennenswerter Weise bemüht sich der neue Ortsgruppenauschuss den Bediensteten der ehemaligen Staatsbahngesellschaft anlässlich der erfolgten Verstaatlichung die Gelegenheit zu bieten, die Verhältnisse bei der k. k. Staatsbahnen kennen zu lernen. Wohl als die geeignetste Form hierfür wurde die kategorienweise Versammlung mit Beiziehung der Referenten von Seiten der k. k. Staatsbahnen sowie auch von Seiten der Zentrale gewählt.

Derartige Versammlungen waren: 20. April Verschiedenpersonal (Referent Genosse Weigl, Zentrale); 29. April Oberbau (Referent Genosse Somitsch, Zentrale); 18. Mai Zugbegleiter (Referent Genossen Schöber und Jurehuber, k. k. Staatsbahnen); 19. Mai Magazinpersonal (Referent Genosse Traunsteiner, k. k. Staatsbahnen, und Genosse Somitsch, Zentrale); 24. Mai Oberbau (Referent Genosse Hofbauer, k. k. Staatsbahnen, und Genosse Somitsch, Zentrale); 27. Mai Materialdepot (Referent Genosse Junghans, k. k. Staatsbahnen).

Großer Dank gebührt den Referenten seitens der k. k. Staatsbahnen sowie seitens der Zentrale, welche in gediegenen und leichtfälligen Ausführungen die Verhältnisse bei den k. k. Staatsbahnen, wie selbe derzeit bestehen oder infolge der vorjährigen Ertragsrechnungen in Kürze bestehen werden, genau schilderten.

In der am 27. Mai stattgefundenen Versammlung der Materialdepotbediensteten wurde außer den Referenten noch folgende Resolution beantragt und einstimmig angenommen: „Die heute versammelten Bediensteten des Materialmagazins Wien und der Expositur Simmering verlangen mit Nachdruck auf die ungleiche und ungerechte Behandlung derselben, daß in Zukunft bei Ernennungen, Beförderungen u. nicht mehr nationale und parteipolitische Motive, sondern einzig allein deren dienstliche Verwendbarkeit und Qualifikation maßgebend sein sollen. Weiters möge denjenigen Arbeitern und provisorischen Bediensteten der Lebensmittelmagazine im Falle einer Kostrennung derselben von den Materialmagazinen der Uebertritt zu den letzteren ermöglicht werden.“

Die rege Teilnahme der ehemaligen Staatsbahngesellschaftsbediensteten an den Versammlungen beweist, daß der neue Ortsgruppenauschuss den richtigen Weg gewählt hat, und wird auch auf demselben im Interesse der Bediensteten fortgeschritten.

Willach. Am 20. Mai fand die gut besuchte Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Aus den Berichten der einzelnen Funktionäre ist folgendes zu ersehen:

Die Anzahl der Mitglieder ist von 460 auf 547 gestiegen. Die Gesamteinnahmen betrugen im vergangenen Vereinsjahr Nr. 9214 30, die Gesamtausgaben Nr. 9299 33. Briefschaften sind 732 eingelaufen und 979 wurden abgehandelt.

Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Johann Gutler (Südbahn), Obmann, Josef Schönbald (k. k. Staatsbahn), Johann Pirker (Südbahn), Stellvertreter; Matthias Wandi (k. k. Staatsbahn), Schriftführer, Josef Lerchbauer (Südbahn), Stellvertreter; Peter Weicher (Südbahn), Kassier, Johann Mauter (k. k. Staatsbahn), Stellvertreter; Franz Krouzicka (Südbahn), Johann Sternig (k. k. Staatsbahn), Revisoren; Tribenig (k. k. Staatsbahn), Muhs, Bibliothekar; J. Jörg, Thomas Glanzer, Andreas Winkler, Lipovsek, Ausschüsse.

Hierauf hielt Genosse Mahrer einen ausgezeichneten Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.

Als Subkassiere wurden folgende Genossen bestimmt: Peter Weicher, Magenfurterstraße 17; Thomas Kautzer, Magenfurterstraße 43; J. Jörg für Südbahn Personalhaus; Lipovsek, Elgutmagazin, Magenfurterstraße 17; Glanzer, k. k. Staatsbahn, St. Leonhardt; Sternig, Konbustur, k. k. Staatsbahn; Franz, Heizhaus k. k. Staatsbahn; Vogner, Heizhaus Südbahn, und sind die Beiträge nur an diese Genossen und nur gegen Coupon einzuzahlen. Die Ortsgruppe übernimmt keinerlei Verpflichtung, wenn ohne Coupons Einzahlungen geleistet werden.

Anfragen und Aufklärungen in Unfalls-, Rechtsschutz- und Personalangelegenheiten übernimmt auch ferner Genosse Franz Krouzicka, Lind 26, Post Willach, wohin diesbezügliche Buchschriften zu richten sind.

Mährisch-Odra-Oberfurt. In der am 18. Mai l. J. im Gasthaus des Herrn Meißel abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe wurden nachstehende Genossen in den Ausschuss gewählt:

Josef Hermann, Obmann, Karl König, Heinrich Bartosch, Stellvertreter; Franz Glig, Kassier, Franz Planarich, Stellvertreter; Andreas Franel, Schriftführer, Franz Fersch, Stellvertreter; Franz Ratal, Rudolf Barwig, Rudolf Gante und Franz Guntia, Bibliothekare; Julius Komarek, Wirtschaft; Franz Wuredel und Alois Friedrich, Revisoren; Mikoslav Slaby, Adolf Nybat, Konrad Schindler, Valentin Stegerhofer und Benjamin Kotitz, Ersatz. Alle Buchschriften in Vereinsangelegenheiten sind an den Obmann Josef Hermann, Oberfurt, Solonicastraße Nr. 367, in Geldangelegenheiten an den Kassier Franz Glig, Oberfurt, Zubergrasse 593, zu richten.

Sprechsaal.

Gewerkschaftliche Organisationen Oberkärntens.

Das Gewerkschaftssekretariat für Oberkärnten ist seit 15. Mai 1909 eröffnet und werden die Organisationen und Funktionäre von Oberkärnten ersucht, Versammlungen, Differenzen u. dem Sekretariat anzugehen.

Organisationen, die zu ihren Versammlungen Referenten wünschen, haben dieses mindestens acht Tage vorher dem Sekretariat schriftlich anzugehen.

Das Sekretariat ist von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends geöffnet. Alle Buchschriften sind an Genossen Leopold Bögl, Willach, Kaiser Josefplatz Nr. 4, Kärnten, zu richten.

Gewerkschaftsverband für Kärnten
Sekretariat Willach.

Achtung, Verschieber im Direktionsbezirk Linz.

Am Sonntag den 20. Juni 1909, um 9 Uhr vormittags, findet in Linz, Gasthaus „zum wilden Mann“, Obsteifrage, eine wichtige Besprechung über die Verhältnisse des Verschiedenpersonals statt.

Die Ortsgruppen und Zahlstellen im Linzer Direktionsbezirk wollen tüchtige Genossen vom Verschiedenpersonal dazu entsenden.

Für die Ortsgruppe Linz:
Kajetan Weiser, Obmann.

An die Altprovisionisten der k. k. Staatsbahnen, Staatsbahngesellschaft und Oesterreichische Nordwestbahn.

Um einmal unseren Wünschen wegen Erhöhung der Provision und Gleichstellung an kompetenter Stelle ein Gehör zu verschaffen, werden die Altprovisionisten der betreffenden Bahnen zu einer Besprechung, die am 17. Juni, um 11 Uhr vormittags, in Brünn, Friedas Gasthaus, Wiefersgasse 10, stattfinden wird, höflichst eingeladen, wo eine Deputation gewählt wird, die beim Eisenbahnministerium in Begleitung der Herren Reichsratsabgeordneten vorsprechen und die betreffenden Wünsche vorbringen wird.

Schriftliche Anfragen sind an die Adresse: Anton Mittich, Brünn, Warasstraße 29, zu richten.

Offene Anfragen.

An die hochwöhrliche Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen.

Seit 1. Mai wird im Heizhaus Marburg ein Turnus gefahren, der insbesondere für die Serie 32 d in der Strecke Spielfeld-Vittenberg anstrengend ist. So gibt es innerhalb 8 Tagen einen Vorspanndienst von 18 Stunden, zwei Touren je 16 Stunden und eine Tour von ununterbrochen 19 Stunden. Da trotz wiederholter Vorprache bei Herrn Oberinspektor Posch keine Veränderung vorgenommen wurde, so bitten die Betroffenen, die wöhrliche Generalinspektion möge ehestens Abhilfe treffen.

An die k. k. Staatsbahndirektion Willach.

Die stabilisierten Werkstättenarbeiter in Umkleiten haben bis heute die für 1. Jänner 1909 fälligen Monturen nicht erhalten.

Die Betroffenen bitten deshalb um gütige Aufklärung.

An die Direktion der Böhmisches Nordbahn.

Die Abfuhrwächter auf der Strecke Wensen bis Rabstein erhalten trotz mehrfach gestellten Ansuchen keine Fahrgeldlegitimationen, trotzdem dieselben dauernd auf systemisierten Posten tätig sind.

Um Ausfolgung der Legitimationen wird dringend gebeten
Die Betroffenen.

An die k. k. Staatsbahndirektion Olmütz.

Bei der k. k. Heizhausleitung in Mährisch-Schönberg werden Lokomotivführer mit 1200 Kr. Gehalt zu den Personenzügen verwendet, während die mit 1600 bis 1800 Kr. Gehalt mit den Lastzügen fahren und Reserve halten müssen.

Die k. k. Staatsbahndirektion wird gebeten, eine diesbezügliche Untersuchung vorzunehmen und eine endgültige Regelung anzuordnen.

An das Stationspersonal der k. k. Staatsbahndirektion Olmütz.

Alle Anträge und Beschwerden für die Herbstprüfung der Personalkommission sind wahrheitsgetreu, deutlich und ausführlich an das Personalkommissionsmitglied Josef Kriß in Salzburg Nr. 64, Post Pannsdorf, zu richten.

Es wird sich empfehlen, etwaige Anträge baldigst einzusenden, um eventuelle Informationen einholen zu können. Zu spät eingelangte Buchschriften können infolgedessen nicht mehr berücksichtigt werden.

An die Verkehrsdirektion der k. k. privilegierten Südbahngesellschaft in Wien!

Das Personal der Station Ruffstein erlaubt sich die höfliche Anfrage zu richten, wie lange dasselbe auf seine Uniformstücke, welche im Monat November 1908 zum Austausch zurückgeschickt wurden, noch warten muß.

Dieselben wurden von Seiten der Station schon dreimal uredert, aber bis heute keiner Erledigung zugeführt.

An die Direktion der k. k. Nordbahn!

Vor drei Jahren haben die Bediensteten der Station Ulfon ein Gehör um Errichtung einer Waschküche in dem dreifachen Wächterhaus angestellt. Die Gefuchsteller wurden wegen Platzmangel abgewiesen.

Um wurde ein zweiter ausrangierter Waggon zur Verfügung gestellt, doch wurden in demselben statt eines Waschküchels nur ausgeklopft Bdgel und ähnliche Utensilien untergebracht.

Die Gefuchsteller bitten um eine baldige Abhilfe und Untersuchung des Dachbodens im genannten Wächterhaus.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck!

Ist einer Staatsbahndirektion bekannt, daß die Blockwächter der Station Maishofen seit 26. April d. J. ihren Dienstposten in der Nacht verlassen und sich in den Zwischenpausen der Züge in dem Wartesaal aufhalten müssen.

Durch das Verweilen im Wartesaal sind die Blockwächter nicht in der Lage, etwa außergewöhnliche Signale zu hören oder Störungen beim Stellwert oder den Wecheln zu verhalten und müssen infolgedessen jede Verantwortung im gegebenen Falle ablehnen.

Um Abhilfe wird dringend gebeten.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Olmütz.

Das gesamte Personal der Station ersucht, die k. k. Staatsbahndirektion möge veranlassen, daß die Gehalte und Kilometergelder zur festgesetzten Zeit durch den Kassier ausbezahlt werden, damit das Personal nicht immer stundenlang warten und den Kassier suchen muß.

An die Staatsbahndirektion in Wien.

Die Oberbauarbeiter der Bahnerhaltungsektion Wien I (Strecke Westbahnhof-Benzing) haben heuer am Freitagdienstag nachmittags gearbeitet. Laut Amtsblatt (Jänner 1906) ist der Freitagdienstag nachmittags den Oberbauarbeitern freizugeben, müssen jedoch, wenn dieselben an diesem Nachmittag zur Arbeit herangezogen werden, den vollen 1/2-tägigen Tagelohn erhalten. Den Oberbauarbeitern wurde jedoch nur 1/4 Tag vergütet.

Wir bitten eine k. k. Staatsbahndirektion um gütige Aufklärung, eventuell um dringende Abhilfe.

Die Oberbauarbeiter der Bahnerhaltungsektion Wien.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Wörgl I. Den geehrten Mitgl. eben diene zur Kenntnis, daß ab Juli l. J. bis auf weiteres die Monatsversammlungen nicht mehr wie bisher am 4., sondern am 3. jedes Monats stattfinden, wobei auch Einzahlungen entgegengenommen und Mitglieder aufgenommen werden.

Weiters werden die Mitglieder ersucht, die Bibliothek, welche sich jetzt im Vereinslokal befindet, mehr in Anspruch zu nehmen und die Versammlungen zahlreich zu besuchen.

Ortsgruppe Müritzschlag. Alle jene Genossen, welche eine Interimskarte haben und über ein Jahr Mitglied unserer Organisation sind, werden ersucht, die Interimskarte eheabldigt dem Kassier abzugeben, damit ihnen das Mitgliedsbuch ausgestellt werden kann.

Zahlstelle St. Lucia-Colmeir. Bei der am 21. April stattgefundenen Versammlung der Zahlstelle St. Lucia ergaben die Wahlen folgendes Resultat:

Simon Siver, Streckenwächter, Zahlstellenleiter; Johann Müller, Weichenwächter, Kassier; Vinzenz Niesergall, Schriftführer; Subkassiere: Johann Schrammel in Podmeier, Martin Singer in Grahovo und Franz Druksel in Podbrdo.

Die Mitglieder obiger Zahlstelle werden ersucht, ihre Einzahlungen an die obgenannten Genossen zu leisten.

Ortsgruppe Gänserndorf. Am Sonntag den 20. Juni 1909, um 7 Uhr abends, findet in Gänserndorf, Jakob Cernis Gasthaus, eine öffentliche Vereinsversammlung mit der Tagesordnung: Die Sozialversicherung und die Eisenbahner. Referent: Genosse Karl Tantsin (Wien-Floridsdorf). Eisenbahner, erscheint zahlreich!

Ortsgruppe Trieste-St. Andra. Am 23. Juni d. J. um 8 Uhr abends, findet im Arbeiterheim, via Boschetto Nr. 5, eine freie Eisenbahnerversammlung statt, in welcher die Angelegenheiten der Personalhäuser in Trieste besprochen werden.

Die k. k. Staatsbahndirektion und der Provisionsfonds-ausschuss werden freundlichst ersucht, zu dieser Besprechung Vertreter zu entsenden.

Das in den Personalhäusern wohnende Personal samt den Frauen wird freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Trieste-St. Andra. Dem Wächterpersonal von Trieste und Umgebung diene zur Kenntnis, daß am 21. Juni d. J. um 10 Uhr vormittags, im Genossenschaftsgasthaus, via Bocaccio Nr. 25, die Berichterstattung von der Reichskonferenz in Wien stattfindet.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Ortsgruppe Sporth. Den Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß bei der nächsten Monatsversammlung am 20. Juni l. J. ein Referent, Herr Emil Weber aus Prasseid, erscheinen wird, aus welchem Grund die Monatsversammlung um 2 Uhr nachmittags in Stugs Gasthaus stattfindet.

Ortsgruppe Sitteldorf. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Samstag den 12. Juni 1909, um 7 Uhr abends, im Vereinslokal, XIII., Wuhofstraße 184, ein Vortrag abgehalten wird.

Die geehrten Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und ihre Frauen mitzubringen.

Zusbesondere wird an die Mitglieder das Ersuchen gestellt, die Samstag-Vereinsabend künftighin besser zu besuchen.

Ortsgruppe Prima-Mendorf. Die Genossen von Weipert werden ersucht, die Monatsbeiträge vom 1. Juni 1909 an Genossen Josef Bärner abzugeben.

Ortsgruppe Heng. Die Zugbegleiter obiger Station danken dem Herrn Verkehrsinspektor Knorek anlässlich seiner Verlegung für die objektive und humane Behandlung während seiner hiesigen Amtierung. Gleichzeitg gratulieren wir dem Willacher Personal zu diesem Vorgehen.

Die Zugbegleiter der Station Heng.

Ortsgruppe Rosenbad. Den geehrten Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß die nächste Monatsversammlung ausnahmsweise den 13. Juni um 8 Uhr abends stattfindet.

Ferner zeigen wir an, daß der Bahnrichter Stedter aus der Ortsgruppe ausgeschlossen wurde und nicht weiter als organisierter Kollege zu betrachten ist.

Zahlstelle Eisen. (An die Ortsgruppen und Zahlstellen.) Die Zahlstelle Wien des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines will, um den Anforderungen der Mitglieder gerecht zu werden, die Bibliothek vergrößern. Da es jedoch der kleinen, nur aus 37 Mitgliedern bestehenden Zahlstelle an Geldmitteln fehlt, so wendet sich die Zahlstellenleitung an die Genossen allerorts um gütige Ueberlassung zweckdienlicher Bücher entweder umsonst oder zu kleineren Preisen.

Der Zahlstellenleiter Josef Janny, Stationsausseher in Heng, Mähren.

Ortsgruppe Hannsdorf. Die Mitglieder werden freundlichst eingeladen, zu der am 18. Juni d. J. bei Herrn Josef Weith in Weppersdorf stattfindenden öffentlichen Vereinsversammlung bestimmt und zahlreich zu erscheinen.

Ortsgruppe Steyr. Sonntag den 13. Juni d. J., um 1 Uhr nachmittags, findet in St. Willrich (Märzental) eine freie Eisenbahnerversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Wien-Danubialkanal. Die ganzjährige Generalversammlung findet am 15. Juni d. J. in Herrn Josef Lindners Gasthaus, Wien, III., Adamsasse, statt, wozu sämtliche Kollegen freundlichst eingeladen werden.

Briefkasten der Redaktion.

2. R., 30. Jawohl, Sie können ganz ruhig fischen gehen.

Goers
Trüder-Binocles
und
Ferngläser
besten Pariser
Optik

Gegen bequeme Teilzahlungen

Zithern
aller Arten
u. Systeme
Mando-
linen,
Gitarren
in allen
Preislagen



Gramophone
Schallplatten
Musik-Spielzeug
Automaten



Viollinen
erstklassig
Instrumente
nach alten
Meister-
Modellen
Bratschen
Celli usw.



Photogr.
Apparate
neueste
Modelle
aller
modernen
Typen
zu massigen
Preisen.

Reichillustrierter Hauptkatalog gratis und frei. — Postkarte genügt.

Bial & Freund in Wien, VI/50 Mariabillerstr. 95.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. o o o

Inserate

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. o o o

187 Beim Einkauf Strassenbahnvergütung! 187
Haltestelle Schwendehof.
 Größter prozentueller Rabatt bei Bestellung dieser Annonce.
Betrachten Sie Uhren- u. Goldwarenlager
 das grösste
 Jedes Stück zu festem Preise. Aus den Wiener, Berliner und Pariser
 Auktions-, Feilsch- und Versteigerungen angekauft. Brillanten, Diamanten,
 Uhren, Gold- und Silberwaren. Preisliste gratis. Eigene Reparatur-
 und Umarbeitungswerkstätte bei billiger und laudbarer Ausführung. Uebervorteilung
 gänzlich ausgeschlossen.

Leopold Mayers Nachf.
187E. XIV., Mariahilferstrasse 187E.
 Telefon Nr. 8185.

Ehrenerklärung.

Ich Gesetztiger widerrufe die am 24. Mai 1909 im Hotel
 Dobner gemachte Beleidigung gegen Frau Janouschek und
 erkläre dieselbe um gütige Verzeihung meiner Uebereilung.
 Budapest, den 1. Juni 1909.

Matthias Gruber, Kondukteur, Krausgasse 808.

Erklärung.

Der Gesetztiger zieht seine gegen die Genossen Franz Witsch
 und Johann Seidler verbreiteten ehrenrührigen Gerüchte als
 grundlos zurück, nachdem er sich überzeugt hat, daß diese Un-
 schuldigungen unwahr sind.

Friedel, am 7. Mai 1909.

Josef Uebendel.

Widerruf.

Ich Gesetztiger widerrufe hiermit alle gegen Herrn
 Anton Brunk, Magazinsmeister der Südbahn in
 Laibach, in zwei öffentlichen Lokalen gemachten beleidig-
 enden Meinungen und gelobe zugleich, daß ich auch
 in Zukunft gegen die Eisenbahnerorganisation keine
 beleidigenden Meinungen mehr fallen lassen.

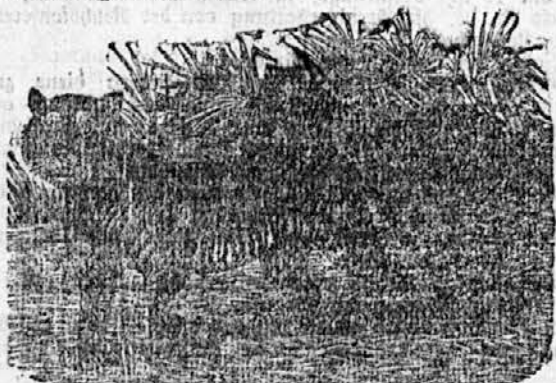
Laibach, am 18. Mai 1909.

Alfons Jaun,

Lokomotivführeramvater der Südbahn.

Die echten Original-Tigerdecken sind für
 jeden sparsamen Haushalt geradezu unent-
 behrlich, weil dieselben für jeden Zweck
 brauchbar sind.

Gesetzlich geschützt Nr. 6265.



Klischee und Text gesetzlich geschützt.

Sommer-Tiger-Schlafdecken

Größe zirka 124x200 cm, Gewicht zirka 1000g per Stück K 2.00. Ge-
 säumt, fertig zum Gebrauch, langjährig bewährte, sehr haltbare,
 wollige und kräftige Decke bester Qualität. Solide, prachtvolle Muster.
 Ein Postpaket = 4 Stück Decken liefert portofrei. Kein Risiko! Bei
 Nichtgefallen nehme Decken zurück und zahle Geld retour. Ungeschaltete
 Anerkennungen und Tausende von belagerten Nachbestellungen.

Drei Belobungsschreiben:

Es wundert mich, dass es Ihnen möglich ist, für einen derart
 niedrigen Preis solche elegante Decken zu liefern.

Postassistent Weiss in F.

Die vor zwei Jahren erhaltenen 125 Stück Tigerdecken haben
 sich bei allen Kollegen als haltbar und waschecht erwiesen. Die jetzt
 erhaltenen 30 Stück sofort vergriffen, so dass ich heute sofort
 30 Tiger... bestellen kann. Wer sieht, kauft sofort.

O. N., Briefträger in Ch.

Die in den Vorjahren von Ihnen bezogenen Tigerdecken sind
 unzerreißbar und haben als eine gute Ware bei meinen Abnehmern
 allgemeine Anerkennung gefunden.

O. Bährle, Bahnbeamter i. P.

Ein Zeichen der Realität ist das grosse Renommee meiner
 Firma, denn nicht weniger als zirka 80.000 Kunden aus den Kreisen
 der Herren Eisenbahn- und Postbeamten zählen zu meinen Abnehmern.

Theodor Müller, Versandgeschäft
Wagnardorf in Böhmen.

Verlangen Sie bitte Preislisten, dieselben sende portofrei.

Geschäfts-Eröffnung!

Begehe mich den P. T. Eisenbahnbediensteten bekannt-
 zugeben, dass ich unter der Firma

H. A. Syriste

eine **Niederlage** von neuen, alten und übersehten
 Klavieren, Flügeln, Pianinos und Harmoniums, verbunden
 mit **Reparatur-Werkstätte** eröffnet habe; ebenfalls besorge ich
 die Stimmungen der Klaviere.

Ich versichere, dass ich bestrebt sein werde, die P. T.
 Kundschaft auf gewissenhafteste und sorgfältigste zu bedienen
 und bitte um zahlreichen Zuspruch.

Hochachtungsvoll

H. A. Syriste

Wien, VI. Wehrgasse 42.



Haben Sie schon einen Phonographen gratis bekommen?

Um mit... vorzügliche neueste Grammophonplatten überall eine
 anfragen, habe ich mich entschlossen, 2500 Phono-
 graphen zu verschenken. Verlangen Sie gegen Ein-
 sendung von 10 h (in Briefmarken) Prospekt und Sie
 erhalten einen prachtvollen Grammophon-Plattenspieler
 gratis und sofort erhalten.

I. Sprechmaschinen-Versand „Lowin“
 Wien, VI., Mollardgasse 26/11.

Den p. t. Ortsgruppen- und Fahrvereinen der

Eisenbahner

empfiehlt sich zur schleunigen und sorgfältigen Herstellung jeglicher

Druckarbeiten

als: Zeitungen, Werke, Proschüren, Vereinsblätter, Statuten, Auf-
 rufe, Schularbeiten, Einladungen etc. etc., und zur Lieferung von Papier
 jeglicher Gattung, Kartons etc. etc. bis

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“
Swoboda & Co.
 Wien, VI., Mariahilferstrasse 89A.
 Druckerei der „Arbeiter-Zeitung“, des „Eisenbahner“ und vieler
 anderer sozialdemokratischer Blätter.

Nicht einen Heller kostet Sie meine In-
 struktion, wie man Brüche heilt. Viele
 Dankschreiben. Schreiben Sie sofort an
C. Wallner, Spezialist, Wien, VII. Mariahilferstrasse 78/21

Kaufe bei Kraus

wer edle schöne Leinwand schätzt!

1 Stück Prima Hemdchiffon 84 Ztm. breit, 30 Meter lang K 6.-
 1 beste Runburger 88 : : : 13.-
 1 Krauswebe Nr. 87 84 : : : 17.-

Krauswebe ist ein weisser Wäschestoff von unbegrenzter
 Haltbarkeit u. wunderbarer, feinsten Qualität.

1 Dtzd. Leinwandhändtücher, weiss, 48x115 Ztm. gross, K 5.50.

Leintücher ohne Naht

aus bester Flachleinwand, 6 Stück 150x200 Ztm.
 gross, K 13.20, oder 150x225 Ztm. gross, K 14.88.

1 Dtzd. feine, reinleinen Taschentücher 43x49 Ztm. gross, K 6.-
 Jede Art gediegener Leinwand für Haushalt und Ausstattung,
 waschechte Neuheiten in Zephyren, Oxford u. s. w. versendet
 gegen Nachnahme, für Nichtpassendes Geld zurück.

Mechanische Weberei u. Leinwandfabrik
JOS. KRAUS, Nachod VII, Böhmen.
 Musterbuch gratis!

50% Ersparnis am Schuhwerk

mindestens bei Anwendung des patentierten Spar- und Schuhschneid-
 mittels „Gallofshin“. Vierfache Haltbarkeit der Sohle! Macht absolut wasser-
 dicht! Dem Heber nur zuzugestehen! Zahlreich erprobt und bestens bewährt, auch
 beim Militär! Heberall zu haben. Probepaket (1 Flasche „Gallofshin“ und 1 Dose
 „Gallofshin-Sparcreme“) gegen 1 Kr. in Briefmarken.

Meinige
 Fabrikation: **Gallofshinwerk Paul Ulrich**
 Bodenbach a. d. Elbe.

Bei Bestellung von 2 Paketen franko

Einzig vorzügliche Kaufgelegenheit für Händler und
 Hausierer in Schnittware. Versand auch an Private.

40 bis 45 Meter um nur 15 Kronen

Blusenstoff (Englisch-Zephyr), 20 Ztm. breit, neueste, zarte Muster;
 Modeschleier für Kleider, Blusen und Hemden; Hanover für
 Bettüberzüge (schöne Farben); Oxford für Männerhemden
 (ausserst dauerhafte Qualität); Krieseit für Unterröcke in dunklen
 und roten Farben; Blaudruck für Küchenschürzen und Haus-
 kleider. Restenlänge 6 bis 15 Meter. Garantiert fehlerfrei, garantiert
 waschecht und beste Qualität. Der Betrag wird sofort retour-
 niert, falls die Ware nicht gefällt, und das Paket un-
 frankiert retourgenommen.

Mindestabnahme 1 Postpaket (40 bis 45 Meter) per Nachnahme. Bei der
 Bestellung kann auch das gewünschte Sortiment angegeben werden.

Leinenweberei S. Stein in Nachod, Böhmen.

Weiters offeriere ich hochprima zu feinsten Wäsche und Braut-
 ausstattung gebleichte Runburger Leinwand und gebleichten
 Gradl für Unterwäsche. 40 Meter, nach Wunsch sortiert, K 18.50.

Halt! Reste

von Herren- u. Damenstoffen, welche
 sich im Verkauf der Saison angehäuft
 haben, gebe ich, solange der Vorrat
 reicht, zu tief herabgesetzten Preisen
 ab. Lassen Sie sich diesen Gelegen-
 heitskauf nicht entgehen und ver-
 langen Sie mittels Korrespondenz-
 Karte kostenlose Demusterung.

Tuch-Versandhaus
FRANZ SCHMIDT
 Jägerndorf 76 (Oest.-Schles.)

Möbelhaus Eduard Arnstein

IX., Porzellangasse 60

gegenüber dem Franz Josefs-Bahnhof.
 Solideste und beste Einkaufsquelle! Politierte Einrichtungen von
 K 110, 130, 210 aufwärts. Kucheneinrichtungen K 30, 40, 60.
 Komplette Schlaf- und Speisezimmer, altdeutsch und modern, von
 K 280 aufwärts. Ottomanen, Diwans etc. Nur eigene Erzeugung.
Eisenbahner geniessen besondere Ermässigung!
 Provinzaufträge werden ebenso gewissenhaft expediert wie bei
 persönlicher Auswahl. Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken
 kostenfrei. Preisliste gratis und franko.

Diamanten Ringe Diamanten
12 Kronen **12 Kronen**
 in prachtvollem Natur-Ausschnitt, farb. Kasten,
 bürstet u. Namensteinschneidung
 schärfster Arbeit nur im Verkaufshaus
LEOPOLD MAYER'S Nachfolger.

Mein Preisatlas enthält alle Ringformen.
Diamanten Obergänge Diamanten
24 Kronen **24 Kronen**
 bei Bestellung oder Einlieferung dieser Annonce.
 Gold, Silber etc. etc. wird an XIV., Mariahilferstrasse 187E.
 Zahlungsfrist angenommen.
 Goldschmiede Strassenbahn Schwendehof. Reparaturwerkstätte Telefon 8185.

8 Tage zur Probe.

Neueste Musikpendeluhr mit
Schlagwerk, Wecker u. Musik
 in prachtvollem Natur-Ausschnitt, farb. Kasten,
 75 cm hoch, schlägt halbe und ganze Stunden, weckt
 und spielt die schönsten Musikstücke zur beliebigen
 Stunde und verpflichtet mich, die Uhr innerhalb
 8 Tagen franko unbeschädigt retour zu nehmen und
 den Betrag ohne jeden Abzug retour zu senden.
 Preis per Stück K 14.—. Ohne Musik K 10.—.
 8 Jahre schriftl. Garantie. Versand per Nachnahme.
Erste und grösste Uhren-Niederlage
MAX BÖHNEL
 Wien, IV., Margarethenstrasse 27/9.
 Nickel-Roskopf-Uhr K 3.—, Silber K 7.—, Omega
 K 18.—, Silberkette K 2.—, Golduhr K 18.—,
 Goldkette K 20.—, Goldring K 5.—, Wecker K 2.—,
 Verlangen Sie meinen grossen Preisatlas mit
 5000 Abbildungen, welcher jedermann umsonst
 franko zugesendet wird.

MÖBEL

Autrit an die Herren Eisenbahner!

Wien's beste und billigste Ein-
 kaufsstelle ist die in Eisen-
 bahnerkreisen altbekannte,
 o langjährig bestehende o

Fünfhauser Möbelniederlage
M. Eisenhammer 142

Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142
 (neben der Löwendrogie Schawerda)
 politierte Zimmereinrichtungen K 130, 150, 170,
 190 u. 210. Kucheneinrichtungen von K 24 auf-
 wärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von
 K 240. — Moderne Kucheneinrichtungen, grau, weiss,
 grün, K 70. — Einzelne Gegenstände billig in großer Aus-
 wahl. Kleine Preisliste für die Provinz gratis. Grösster Möbel-
 Katalog gegen 60 Heller Briefmarken franko.

Briefliche Bestellungen streng reell wie bei persön-
 licher Auswahl.

Zufuhr zu allen Bahnhöfen und Bezirken Wien's kostenfrei.
Warnung! Um meine P. T. Kunden vor Schaden
 zu warnen, durch Verletzung zu bewahren, achte
 Sie genau auf meine Firma Fünfhauser Möbelniederlage,
 da eine Konkurrenz meine Hausnummer als Preis missbraucht,
 um meine P. T. Kunden zu täuschen. Achten Sie auf die gelbe
 Tafel vor dem Geschäftsort.

Rechtlich geschützt. Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine
 Marke: Eisen-
 Schmarke „Eisenbahnerkonduktoren“ in Lebensgröße in
 bahnkondukteur.

Günstiger Gelegenheitskauf

für Händler und Hausierer mit Schnittwaren; sende auch an Private:

40-45 Meter à K 15.—

fortiert. Stoffe auf Blusen, 78 Ztm. breit, feine neueste Mode-Dezign,
 Hemden- und Blusen-Dezign, vorzügliche rote Hemdenwand, Hanover,
 Bettzeug, Oxford auf Männerhemden, Frauenkuchenschürzen, Karthaus,
 Blaudruck auf Schürzen und Hauskleider, hübsche moderne Dezign.

Restenlänge 6-10 Meter.

Garantiert ohne jeden Fehler und fehlerfrei, nur in prima
 Qualität. Für Nichtpassendes sende ich sofort das Geld retour.

Mindestabnahme: 1 Postpaket, 40-45 Meter gegen Nachnahme franko.

Leinenweberei KARL KOHN, Nachod, Böhmen.

100 Ztm. lang, K 12.—. Mit
 Schlagwerk K 14.—, 110 Ztm.
 lang, weisse zum Aufziehen
 K 14.—, 135 Ztm. lang, mit
 2 Gewichten K 21.—, Struckbaum,
 70 Ztm. lang, K 7.50. Mit
 Schlagwerk K 9.50. Mit
 Tarmgoldenschlag K 10.80.
 14farb. Gold-Schmucksteinen,
 komplett ab K 2.— per Gramm.
 Alles durch die grösste
 und älteste Hauptniederlage
Leopold Mayers Nachf.
 Wien, XIV., Mariahilferstr. 187E.
 Strassenbahnfahrt wird bezahlt.

Wilhelm Beck & Söhne

k. u. k. Hof-Uniformierungsanstalt u. Uniformsortenfabrik.

**Uniformen, Kappen, Uniformsorten, Pelze, Pelz-
 blusen und Zivilkleider.**

ZENTRALWARENHAUS: WIEN, VI/2, Hirschgasse Nr. 25.

FILIALEN:
SARAJEVO u. BUDAPEST, INNSBRUCK, Burggraben 21.
LEMBURG, Walowa 11 etc. etc.

Preisliste und Massanleitungen gratis. — Provinzaufträge
 werden sofort effektiert.

Herausgeber: **Josef Tomschik**. — Verantwortlicher Redakteur:
Franz Vill.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ Swoboda & Co.
 Wien, VI., Mariahilferstrasse 89A.